



2. Heft / 30. Januar 1913

MAX SCHIPPEL · DAS WIRTSCHAFTSJAHR 1912

FÜR die rückblickende Beurteilung ist das Wirtschaftsjahr 1912 gerade wegen seiner vielen inneren Widersprüche von besonderem Reiz. Die Störungen in den politischen Höhen des Völkerlebens waren außerordentlich stark, aber ihr Einfluß auf die tieferen Grundschichten der Produktion erwies sich bisher noch immer merkwürdig schwach. Dagegen spiegelten die Börsen und der Geldmarkt in Krisen und heftigen Beklemmungen die politischen Umwälzungen getreulich, vielleicht bereits übertrieben wider. Werden die abweichenden Strömungen noch lange getrennt neben einander herlaufen können? Wird mit der Zeit eine einheitlichere Bewegung sich durchsetzen, sei es nach oben, sei es nach unten?

Die schwarzen Tage an der Berliner B ö r s e , vor allem der 1. und 2., dann wiederum der 11. und 12. Oktober, sind dem Leser noch in Erinnerung. Trotz alles schwachen zeitweiligen Wiederauflebens im November sind die panikartigen Wirkungen der Zuspitzung in der Balkankrisis noch nicht überwunden; der Dezember des abgelaufenen und die ersten Wochen des begonnenen Jahres brachten sogar neue heftige Rückfälle. Nimmt man die Börsenstatistik der *Frankfurter Zeitung* zur Grundlage, so stellte sich Ende 1912 der Kurswert der von der Berechnung umfaßten Papiere auf 56 522 Millionen Mark, »das bedeutet gegen Ende 1911 eine Verminderung um 2025 Millionen Mark, seit Ende September 1912 allein ist der Kurswert um 1120 Millionen gesunken«. Noch im 1. Halbjahr 1912 wurde der deutsche Kapitalmarkt in ganz ungewöhnlichem Maß durch die Ausgabe und Aufnahme neuer Effekten (Nominalbetrag 1832,79, Kurswert 2097,55 Millionen Mark) in Anspruch genommen; im 2. Halbjahr glitt diese Inanspruchnahme auf etwa ein Viertel zurück (Nominalbetrag 418,80, Kurswert 523,16 Millionen Mark). Man mag einwenden, daß die 2. Jahreshälfte nach dieser Richtung fast regelmäßig hinter der 1. zurückbleibt. Aber andererseits wäre selbst die erwähnte zweite Halbjahrsziffer noch nicht erreicht worden, »wenn nicht gerade einige erstklassige Gesellschaften mit neuen Effekten, seien es Aktien oder Obligationen, an den Markt gekommen wären«:

»Freilich, neue Aktien von Unternehmungen wie der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* (25 Millionen Mark) oder der *Elektrizitätslieferungsgesellschaft* (10

Millionen Mark), von *Deutsch-Luxemburg* (20 Millionen Mark) oder des *Bochumer Vereins* (6 Millionen Mark), der *Zeche Konsolidation* (4 Millionen Mark) usw., oder Obligationen wie die der *Hohenlohewerke* (35 Millionen Mark) und der *Siemens-Schuckert-Werke* (20 Millionen Mark) werden bei guter Rentabilität auch unter ungünstigen Verhältnissen am Kapitalmarkt nicht leicht auf Schwierigkeiten stoßen.¹⁾

In Frankreich lagen die Verhältnisse an der Börse und auf dem Geldmarkt, besonders seit dem kritischen 9. Oktober, ganz ähnlich. In Österreich gestalteten sie sich noch viel schlimmer. Nicht nur die vorher emporgetriebenen Kurse stürzten; das Publikum hob seine Einlagen bei Sparkassen und Banken in Massen ab; die Banken wiederum hielten, um weiteren Heimsuchungen gewachsen zu sein, ihrerseits das Bargeld nach Kräften fest. Dieses tote Anhäufen und Brachlegen sonst umlaufender Geldmengen, beim Publikum wie bei den Geld- und Kreditinstituten, brachte den von der Kriegsgefahr zunächst bedrohten Donaugroßstaat allmählig bis an den Abgrundrand einer allgemeinen Kreditkrisis. Doch selbst England fühlte den unaufhaltsamen Umschlag des Börsenwetters in unliebsamster Weise. Der 12. Oktober wurde zum schwarzen Sonnabend, weil die Flut der zum Verkauf drängenden Wertpapiere, vor allem vom Kontinent her, alle Aufnahmefähigkeit überstieg. Die Statistik des *Banker's Magazine* ergab für die 387 *representative securities* am 19. Dezember einen Gesamtwert von 3526,85 Millionen Pfund Sterling, gegen den Schluß des Vorjahrs also eine Entwertung von nicht weniger als 85 Millionen Pfund. Sogar für die Vereinigten Staaten wurde der starke Rückfluß früher in Europa untergebrachter Werte zur Verlegenheit. Immerhin wahrte die Union noch am meisten ihre selbständige Stellung. In der Unterbringung relativ kurzfristiger Anleihen von zusammen etwa 200 Millionen Mark seitens Österreichs und Ungarns bei einer überseeischen Großbankengruppe kam der Kontrast zwischen der Geldmarktlage diesseits und jenseits des Ozeans drastisch zum Ausdruck; freilich stellte sich die tatsächliche Verzinsung der nominell 4½prozentigen Schatzscheine (bei einem Übernahmekurs von 97 %, aber in 1½ und 2 Jahren zu 100 %, rückzahlbar) auf nicht weniger als nahezu 7 %.

Ganz anders gestalten sich die Feststellungen über die Produktion und den Gütertausch. Das Wirtschaftsjahr 1912, bemerkt soeben die Berliner Handelskammer, im Einklang mit der überwältigenden Mehrheit aller Beurteiler, »hat die 3 vorangehenden Jahre, die bereits einen stetigen Fortschritt aufgewiesen hatten, auf den meisten Gebieten überholt«:

»Sieht man von dem Baugewerbe und den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Branchen ab, so darf man sagen, daß die Aufwärtsbewegung, die sich im Jahr 1912 vollzog, eine allgemeine war, und daß, wenn trotzdem einzelne Betriebe von dem Aufschwung unberührt blieben, dies auf besondere Umstände zurückzuführen ist, die für das Gesamturteil nicht in Betracht kommen.«²⁾

Die *Times* überschreiben ihren Jahresrückblick *A Record of Great Prosperity* und sprechen von dem »überflutenden Lebensdrang der Produktion nach jeder Richtung« und von der »alles frühere übersteigenden Nachfrage nach Waren fast jeder Art.«³⁾ *Bradstreet's* bezeichnet, was Amerika anlangt, 1912 als eines der bemerkenswertesten Jahre für Landwirtschaft, Verkehr und Gewerbe; auf vielen und wichtigen Wirtschaftsgebieten seien die jüngsten

¹⁾ Siehe *Die Börsenkurse und Deutschlands Emissionen* in der *Frankfurter Zeitung* vom 2. Januar 1913.

²⁾ Siehe den Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1912, I. Teil / Berlin 1913 /, pag. 1.

³⁾ Siehe *A Record of Great Prosperity* in den *Times* vom 17. Januar 1913.

Rekorde abermals geschlagen worden; »auch für das eröffnete neue Jahr überwiegen die günstigen Vorbedingungen.«⁴⁾

Die deutsche Eisenproduktion bietet ein ungemein schlagendes Beispiel für den förmlichen Sturm und Drang der jüngsten kapitalistischen Expansion. Seit 1908, während des 20. Jahrhunderts dem einzigen Jahr, das einen zeitweiligen Rückgang brachte (Roheisenerzeugung 1906 12 478 067 Tonnen, 1907 13 045 760 Tonnen, 1908 11 813 511 Tonnen), bewegt sich die deutsche Roheisengewinnung in folgender Weise aufwärts:

Monat	Roheisenerzeugung (in Tonnen)				
	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	1 061 329	1 021 721	1 177 574	1 320 685	1 372 749
Februar	994 186	949 667	1 091 351	1 179 109	1 319 827
März	1 046 998	1 073 216	1 250 184	1 322 142	1 424 076
April	979 866	1 047 197	1 202 117	1 285 396	1 427 559
Mai	1 010 917	1 090 467	1 261 735	1 312 255	1 463 610
Juni	956 425	1 067 421	1 219 071	1 262 997	1 418 445
Juli	1 010 770	1 091 059	1 228 316	1 290 106	1 468 011
August	935 445	1 100 671	1 262 804	1 284 302	1 487 448
September	928 729	1 068 345	1 232 477	1 250 702	1 479 285
Oktober	941 582	1 113 763	1 291 379	1 334 941	1 633 539
November	930 738	1 119 052	1 272 333	1 323 683	1 537 205
Dezember	1 016 526	1 164 624	1 307 084	1 390 657	1 566 025
das ganze Jahr ⁵⁾	11 813 511	12 917 653	14 793 325	15 557 030	17 852 571

Die Produktion des eben abgeschlossenen Jahres stellt sonach ein Mehr dar: von 14% % gegenüber dem Vorjahr, von nicht weniger als 37 % gegenüber dem Höchstjahr (1907) der letzten Aufschwungsperiode, die von 1902-1903 bis 1907 reichte.

Bei der Steinkohle, dem Hauptbrennstoff, ist das Bild in allem wesentlichen das gleiche. Deutschlands Produktion betrug hier 1907 143,22 Millionen Tonnen, 1908 148,62, 1909 148,97, 1910 152,88, 1911 160,74, 1912 177 Millionen Tonnen. Noch in keinem einzigen Jahr hat die deutsche Steinkohlengewinnung auch nur entfernt eine ähnliche Ausdehnung erfahren. Dem 1jährigen Zuwachs von 16% Millionen Tonnen zwischen 1911 und 1912 stehen als Vergleichsziffern nur gegenüber: 0,35 Millionen Tonnen zwischen 1908 und 1909, zirka 4 Millionen Tonnen zwischen 1909 und 1910 und immerhin erst 8 Millionen Tonnen zwischen 1910 und 1911. Dabei ist vorläufig von stärkeren Vorratsbildungen, sowohl für die Hütten wie für die Bergwerke, gar keine Rede. Im Gegenteil, die Eisenindustrie mußte immer längere Lieferfristen ausbedingen, und die Eisenbahnen vermochten mit den Transportanforderungen der Gruben immer weniger gleichen Schritt zu halten, so daß, besonders in Rheinland-Westfalen, eine erregte Agitation gegen den Wagenmangel und gegen das ganze, etwas verknöcherte und allzuwenig bewegliche System der Staatsbahnleitung einsetzte. Zwar entwickelten Eisen sowohl wie Kohle eine regere Ausfuhr als je; bei alledem erfuhr jedoch, ein Zeichen der allgemein starken industriellen Beschäftigung, der heimische Verbrauch eine ungewöhnliche Vermehrung. In dem Berliner Handelskammerbericht ist hierüber zu lesen:

⁴⁾ Siehe *The Business Year in Bradstreet's* vom 4. Januar 1913.

⁵⁾ Nur die Jahresgesamtziffern enthalten die üblichen Richtigstellungen, so daß sie mit der Summe der Monatsziffern nicht immer genau zusammenfallen.

»Jeglicher Zweifel an der Tatsache einer überaus regen Beschäftigung der Industrie wird durch die starke Erhöhung des einheimischen Verbrauchs an Kohle beseitigt. Während das Jahr 1911 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme des Konsums um 4 bis 5% gezeigt hatte, war im Jahr 1912 ein Wachsen gegen das Vorjahr in Höhe von 9 bis 10% festzustellen. Daß bei der Versorgung des gestiegenen Verbrauchs die ausländische Kohle nur mit 6% beteiligt war, während sie im Vorjahr noch mit 7% beigetragen hatte, daß dagegen die Menge der deutschen Kohlenausfuhr um etwa 17% über das Exportquantum des Jahres 1911 hinausging, mag nebenbei bemerkt werden. In noch stärkerem Maß als der Kohlenverbrauch stieg Deutschlands Roheisenkonsum. Er übertraf den Verbrauch des Vorjahrs um 12 bis 13%, eine Steigerung, für die kaum ein Beispiel in der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu finden sein wird.«⁶⁾

Neben diesen grundlegenden Produktionen, denen sich als ebenbürtig noch die Elektroindustrien anreihen ließen, gewähren vor allem die Transporte der großen Verkehrs-zweige einen guten Anhalt für das Auf und Ab der allgemeinen Konjunkturkurve. Daß die deutschen Eisenbahnen in der Güter- wie in der Personenbeförderung überaus stark angespannt waren, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Noch mehr jedoch haben sich die Ansprüche an den Seetransport gesteigert. Reiche Getreide- und Maisernten in Nordamerika und Argentinien, eine überreiche Produktion von Stapelerzeugnissen des südlichen und östlichen Asiens, günstige Baumwollerträge in den Südstaaten der Union fügten diesmal noch einen außerordentlichen Anreiz zu der normalen Belebung des internationalen Güteraustausches hinzu. Die Handelskammer zu Hamburg äußert sich deshalb mit großer Befriedigung:

»Infolge des belebten Güteraustausches war die Seeschifffahrt stark beschäftigt, zumal auch der Auswandererzustrom aus Rußland und Österreich-Ungarn mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten wieder mit voller Stärke einsetzte. Die Linienreedereien sahen sich mit ihrem eigenen Schiffspark dem Güterandrang vielfach nicht mehr gewachsen und trugen durch Charterung fremder Dampfer zur Verminderung des in freier Fahrt tätigen Schiffsbestands nicht unwesentlich bei. Auch den Dampfern in freier Fahrt und den Segelschiffen kam unter diesen Umständen die günstige Lage des Frachtenmarktes zugute. Infolge der günstigen Schifffahrtsverhältnisse und der Höhe der Charterfrachten sind inzwischen namentlich von Linienreedereien weitere zahlreiche Aufträge auf Neubauten an die Schiffswerften ergangen.«⁷⁾

Noch günstiger lauten die Mitteilungen über die englische Reederei, die ihre unvergleichliche kommerzielle Vorherrschaft noch immer auf den meisten transozeanischen Welthandelsstraßen behauptet. Trotz aller großen Streikkämpfe daheim, erst seitens der Kohlengräber, dann seitens der Verkehrsarbeiter, schnellte der Außenhandel des Vereinigten Königreichs auf eine ungeahnte Höhe empor. Die Einfuhren erreichten zum erstenmal die Summe von 700 Millionen Gewichtspfund. Der Gesamtaußenhandel umfaßte 1344 Millionen Pfund: ein Zuwachs von 107 Millionen Pfund gegen 1911, und von 131% Millionen gegen 1910. Den Werten nach betrug die Steigerung gegen das Vorjahr: bei der Einfuhr 64,77 Millionen Pfund Sterling oder 9,5%, bei der Ausfuhr 33,31 Millionen Pfund oder 7,3%, bei der Wiederausfuhr 9,08 Millionen Pfund oder 8,8%. Die Nettotonnage der aus- und eingehenden Schiffe mit Frachten hob sich von 101 209 775 Tons in 1911 auf 108 357 687 Tons in 1912. Für die englische Reederei spielt aber neben der Seefahrt von und zu den eigenen heimischen Häfen die Verbindung zwischen fremden Handelsplätzen eine noch viel größere Rolle als anderwärts, und in

⁶⁾ Siehe den in Note 2 erwähnten Jahresbericht, pag. 3.

⁷⁾ Siehe den Jahresbericht der Hamburger Handelskammer für 1912 / Hamburg 1913 /, Einleitung.

diesen Sphären haben sich 1912 oft die höchsten Gewinne ergeben. Alles in allem wird die Übersicht der *Times* der Wirklichkeit entsprechen:

»Die Schifffahrt erfreute sich einer Prosperitätsperiode, wie sie die lebende Generation noch nicht kannte, ja man sagt nicht zu viel, wenn man 1912 als wahrscheinlich das gedeihlichste Jahr bezeichnet, das die Schiffseigner überhaupt jemals erlebten — trotz eines gewissen Abflauens mancher Frachtsätze in den Schlussmonaten. Die Besserung im Seeverkehr begann nach einigen Jahren des Druckes in der 2. Hälfte von 1910. Dies reichte damals hin die Ausfälle der ersten 6 Monate jenes Jahres wieder wettzumachen und die erfreulichsten Aussichten auf das nächste Jahr zu eröffnen. Dann folgte wirklich ein gutes Jahr, denn der Aufschwung setzte sich nicht nur fort sondern gewann an Lebhaftigkeit, bis die letzten 4 Monate von 1911 den Höhepunkt des ganzen Jahres darstellten. In unserer damaligen Jahresübersicht glaubten wir deshalb aus den Schlußerscheinungen ein noch mehr prosperierendes Jahr 1912 voraussagen zu dürfen . . . Heute glauben nicht wenige an den Fortbestand der Blüte auch für das weitere Jahr.«⁵⁾

Nach der bekannten *Lloyd*-statistik, die hierbei alle Kriegsschiffbauten ausschließt, waren im Vereinigten Königreich noch niemals so viele Schiffe im Bau gewesen wie Ende 1912: nämlich 542 Schiffe mit 1 970 065 Tons Gehalt. »Diese Tonnage ist«, wie es in dem Bericht der *Times* vom 9. Januar heißt, »um 123 000 Tons größer als die am Ende des 3. Vierteljahrs 1912, und 451 000 Tons größer als Dezember 1911. Die heutigen Ziffern sind die höchsten, die jemals in den Vierteljahrsberichten der Gesellschaft erschienen sind.« Zugleich erkennt der *Lloyd*-bericht an, daß Deutschland, trotz des weiten Abstandes seiner absoluten Produktionsziffern, verhältnismäßig rasch gerade auch auf diesem, heute ungeheuer wichtigen Wirtschaftsgebiet vorwärtsstrebt. Unter den Aufträgen der englischen Werften befanden sich nur 30 823 Tons für deutsche Rechnung, dagegen waren in Deutschland selber 92 Handelschiffe mit nicht weniger als 542 519 Tons in Konstruktion (gegen nur 388 166 Tons am 30. Juni 1912). Erst weit hinter Deutschland folgen die Vereinigten Staaten mit 236 185 Tons und Frankreich mit 175 588 Tons.

Eine weniger erfreuliche Kehrseite der Aufschwungszeit bildete der andauernde Preishochstand, der in allen Ländern wiederkehrt. Die deutschen Erfahrungen braucht man im Augenblick kaum zu wiederholen, nachdem sie seit langem schon im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden haben. Dem Freihandelsland England erging es jedoch keineswegs wesentlich besser als uns. In der *Labour Gazette*, dem Gegenstück zu unserm *Reichsarbeitsblatt*, wird soeben festgestellt:

»Das Ansteigen der Großhandelspreise, das den letzten Jahren eigen war, setzte sich 1912 in beschleunigter Weise fort. Die Indexziffer des Handelsamts, die hauptsächlich aus den Durchschnittswerten bei der Ein- und Ausfuhr abgeleitet wird, zeigte 1912 eine Erhöhung um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr und um 15 % verglichen mit 1900. Die Indexziffer von 1912 (115,0) war überhaupt die höchsterreichte seit 1883. Im einzelnen schwankte die Bewegung der Großhandelspreise. In der Gruppe *Kohle und Metalle* ragte das Jahr 1912 um 13,7 % über 1911 hinaus. Die *Textilrohstoffe* dagegen fielen im Vergleich mit 1911, im ganzen um 7,2 %. Bei *Lebensmitteln und Getränken* wiederum hoben sich die Großhandelspreise um 7,5 % über das Vorjahr.«⁶⁾

Die Sauerbeckschen Indexziffern, die sich auf den Preisen von 45 Waren aufbauen, ergeben für 1912 einen wesentlich höhern Durchschnitt (85) als selbst für das letzte Höchstkonjunkturjahr 1907 (80). 1908 und 1909, in der Depressionsperiode, war dieser Durchschnitt auf 73 und 74 herabgegangen,

⁵⁾ Siehe *Shipping and Freight*s in den *Times* vom 17. Januar 1913.

⁶⁾ Siehe *Board of Trade Labour Gazette*, Januar 1913, pag. 3.

dann steigerte er sich wieder von Jahr zu Jahr auf 78, 80 und zuletzt, wie erwähnt, auf 85. Die animalischen Lebensmittel (Fleisch und Butter) spielen auch hierbei eine besondere Rolle. Im Durchschnitt des Jahrzehnts 1890 bis 1899 finden wir sie bei Sauerbeck mit 80 verzeichnet, 1911 mit 90 und 1912 mit 96,9, so daß also die Verteuerung während des längeren Zeitraums über 21 %, während des letzten Jahres $7\frac{1}{2}$ % betragen würde.¹⁰⁾

Für die Vereinigten Staaten bringen die Indexziffern von *Bradstreet's* das gleiche Ergebnis. Vom Jahresbeginn bis zum Jahresschluß 1912 wäre danach die durchschnittliche Steigerung auf 6,6 % zu bemessen, vom 1. Dezember 1910 bis zum 1. Dezember 1912 auf 8,5 %.

»Im ganzen genommen stehen die Preise der großen Stapelbedarfsartikel auf einer Rekordhöhe . . . Infolge der landwirtschaftlichen Knappheit im Vorjahr waren besonders die Futterstoffe für das Vieh sehr teuer, und dies kam in den Fleischpreisen zum Ausdruck. Sowohl Chicago wie Kansas City notierten für Rinder die höchsten Preise, die in der Geschichte der Stockyards jemals erzielt wurden.«

Soweit eine Milderung dieser Teuerung von der Produktionsausdehnung in den k o l o n i a l e n Außenzonen Europas zu erwarten ist, sind die Aussichten im Augenblick vielleicht günstiger als seit langer Zeit. Neben Argentinien ist es in erster Linie K a n a d a (der »junge Riese des Nordens«, wie soeben wieder *Bradstreet's* es bewundernd nennt), dessen agrarische Aufschließung neuerdings fast im Sturmschritt vor sich geht. Die 1. Hälfte des laufenden Fiskaljahres brachte hier eine Einwanderung von nicht weniger als 273 649 Personen: 183 990 aus den Meereshäfen, 89 659 aus den Vereinigten Staaten. Das ist ein Mehr von 13 % im Vergleich zum Vorjahr, so daß das Gesamtjahr wahrscheinlich nicht weniger als 350 000 Zuwanderer bringen wird. Noch vor 10 Jahren war 70 000 eine unerreichte Höchstziffer; dagegen schwoll der Zustrom an: 1908 auf 262 468, 1909 auf 146 908, 1910 auf 208 794, 1911 auf 311 084. Die Frage ist freilich, wie weit diese Neulinge sich dem jungfräulichen Boden als Ansiedler oder den Gewerben und den großen Verkehrsunternehmungen als Lohnarbeiter zuwenden werden. Die erste Entwicklungsrichtung bedeutet Vermehrung der für den Weltmarkt verfügbaren Lebensmittel. Die zweite bringt mehr Konsumenten an die Orte der frühern Ausfuhr, vermindert also verhältnismäßig den Ausfuhrüberschuß. Immerhin darf man wohl gerade von den höheren Agrarpreisen die eine Wirkung erwarten, daß sie die Wagschale wieder stärker zugunsten einer lebhaftern, weil lohnenderen Siedelungskolonisation sinken lassen werden. Trotzdem wird die Förderung unserer heimischen Agrarproduktion nach wie vor der wichtigste und auf die Dauer am meisten erfolversprechende Ausweg bleiben.

XX EDUARD BERNSTEIN · DAS FAZIT ZWEIER PREUSSENTAGE



WER sich an den Wortlaut von Beschlüssen hält, kann folgern, daß der sozialdemokratische Preussentag in der Frage der bei den kommenden preußischen Landtagswahlen zu beobachtenden Taktik die in den *Sozialistischen Monatsheften* verfochtene Ansicht a b g e w i e s e n hat. Einstimmig, das heißt ohne daß sich eine Hand gegen sie erhob, ist die Resolution der Landeskommission über

¹⁰⁾ Siehe die Sauerbeckschen Tabellen in den *Times* vom 10. Januar 1913.

die Wahltaktik vom 4. Parteitag der Sozialdemokratie Preußens angenommen worden. Eine Resolution, die Bestimmungen enthält, die selbst von linksstehenden Volksparteilern für unannehmbar erklärt worden sind, und die daher, wenn an jenen Bestimmungen unnachgiebig festgehalten wird, zur Folge haben kann, daß die geschworenen Feinde jeder Reform des Wahlrechts in unverminderter Zahl ins Abgeordnetenhaus einrücken. Indes, ganz abgesehen davon, daß sie schon aus technischen Gründen nicht nach dem Buchstaben durchgeführt werden kann, lag es auch kaum im Willen des Parteitags mit ihr eine Satzung aufzustellen, von der unter keinen Umständen abgegangen werden dürfe. Das darf man aussprechen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen dem Parteitagsbeschluß durch rabulistische Deutelei einen falschen Sinn unterzuschieben. Offen soll vielmehr hier anerkannt werden, daß der Parteitag sich unzweideutig dafür ausgesprochen hat bei Stichwahlen in diesem Wahlkampf unser Verhalten zu allen gegnerischen Parteien, die überhaupt von uns unterstützt werden können, nach dem Grundsatz *Leistung bei der Wahl nur für Gegenleistung bei der Wahl* zu regeln.

Auf diese Bedingung hat sich bisher bei Wahlen zum preußischen Landtag nur die kleine Gruppe der *Demokratischen Vereinigung* eingelassen und sie auch (im Wahlkreis Teltow-Beeskow) tapfer eingehalten. Die Liberalen dagegen (die fortschrittlichen Volksparteiler wie die Nationalliberalen) haben ihr bisher stets ein *Non possumus* entgegengesetzt und als genügende Gegenleistung für die ihnen bei der Wahl zu leistende Unterstützung die Bekämpfung der Reaktion durch ihre Vertreter im Parlament bezeichnet. Verharren sie im bevorstehenden Wahlkampf bei der bezeichneten Praxis, so hätten sie demnach zu gewärtigen, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner überall, wo liberale Kandidaten gegen Kandidaten der konservativ-klerikalen Koalition oder deren Anhang in Stichwahl kommen, *Gewehr bei Fuß* stehen und die Liberalen, soweit es auf die sozialdemokratischen Stimmen ankommen wird, unbarmherzig durchfallen lassen werden. In diesem Fall würden voraussichtlich Kreise wie Stadt Breslau, Teltow-Beeskow, Brandenburg-Westhavelland Besitzstand der Konservativen bleiben und dazu andere, bisher von Linksliberalen vertretene Wahlkreise den Konservativen noch zufallen. Erfahrungsgemäß und aus sozialökonomisch sehr begreiflichen Gründen zieht die Sozialdemokratie aus denjenigen Klassen und Elementen, die den Heeresbann der Liberalen liefern, unverhältnismäßig mehr Rekruten als aus dem Gefolge der Konservativen. Es ist daher fast sicher, daß der Zuwachs an Wahlmännern, den die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Wahl zu erzielen hofft und hoffen darf, in der großen Mehrheit der Fälle sich auf Kosten der Linksliberalen vollziehen wird. Und da es die regsten, tatkräftigsten Elemente sind, die sich von bürgerlichen Parteien ab- und der Sozialdemokratie zuwenden, heißt dies zugleich mit der quantitativen eine qualitative Schwächung der Wählerschaft der Liberalen. Wenn also die Sozialdemokratie diesen obendrein jede Unterstützung bei den Stichwahlen versagt, so ist ein neues Zusammenschmelzen der Fraktion der Liberalen im Landtag nahezu sicher. Die Dreiklassenwahl aber macht es zweifelhaft, ob diesen Verlust der bürgerlichen Linken ein Zuwachs der sozialdemokratischen Mandate wettmachen wird.

Es war daher die erste Frage, ob die Liberalen gewillt und imstande sein würden von jenem *Non possumus* abzugehen.

Daß es an Wahlkreisen nicht fehlt, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, halte ich für außer Zweifel stehend. Der Hinweis auf die soziale Abhängigkeit der liberalen Wähler kann in großen Städten und vielen industriellen Mittel- und Kleinstädten nicht mit Fug geltend gemacht werden. So mangelhaft es auch um die Organisation der Liberalen bestellt ist, so kann es ihnen bei gutem Willen nicht unmöglich sein dort, wo Industrie und Handel überwiegen, etliche hundert Leute zu gewinnen, denen es ihre wirtschaftliche Stellung erlaubt für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Es heißt auch hier: Suchet, so werdet ihr finden. Man muß es sich nur angelegen sein lassen rechtzeitig die dazu erforderliche Stimmung zu schaffen. Ein absolutes *Non possumus* der Liberalen wäre, soweit es sich um den Grundsatz jener Forderung handelt, nicht anders aufzufassen gewesen als ein hartnäckiges *Non volumus*. Was aber in einzelnen Wahlkreisen möglich ist, ist in anderen faktisch unmöglich und in gut 80 % der Wahlkreise Preußens nicht einmal n ö t i g. In Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie nur auf höchstens 50 bis 60 Wahlmänner rechnen kann, ist es praktisch gegenstandslos, ob linksliberale Wahlmänner die Erklärung abgeben gegebenenfalls für die sozialdemokratischen Landtagskandidaten zu stimmen oder nicht. Außerdem aber sind in unzähligen Ortschaften die Freisinnigen so sehr in der Vereinzelung, daß eine Auswahl unter möglichen Wahlmännern gar nicht für sie besteht, wo es ihnen vielmehr mit den Wahlmannskandidaten so ergeht wie der Großherzogin von Gerolstein mit den Ehestandskandidaten: sie müssen lieben, was sie kriegen. In solchen Ortschaften gehört meistens sogar für einen Bürgerlichen schon ein ziemlicher Mut dazu selbst nur für einen Volksparteiler zu stimmen: je kleiner der Ort, um so stärker gewöhnlich der Klassengeist und die Ächtung dessen, der gegen die Klasse stimmt. Obendrein aber noch die von der Resolution der Landeskommission formulierte Erklärung unterschreiben würde für ihn unter Umständen mehr Schaden bedeuten, als er der Sozialdemokratie durch sie nützen kann, und mancher, der trotzdem das Risiko auf sich nähme, wo es einen Zweck hätte, wird sich dessen weigern, wo jeder greifbare Zweck fehlt. Kurz, in unzähligen Fällen würde selbst bei gutem Willen der freisinnigen Parteileitung die Durchführung des Gegenseitigkeitsgedankens am Mangel der für sie erfordernten Voraussetzungen scheitern.

Die dem Preußentag vorgelegte Resolution der Landeskommission nahm auf nichts davon Rücksicht. Sie war so gefaßt, als ob in ganz Preußen, in Ost und West, in Stadt und Land, in den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die gleichen Verhältnisse obwalteten. Sie ignorierte die Unterschiede im Wahlakt bei Terminwahl und Fristwahl. Sie fragte nicht nach den Unterschieden der örtlichen M ö g l i c h k e i t, sie kümmerte sich nicht um die großen Verschiedenheiten des örtlichen Werts der Gegenseitigkeitsverpflichtung. Sie schrieb diese unterschiedslos für alle Wahlkreise und Bezirke vor. Wer von dem Grundsatz ausgeht, daß eine Kampfparole keine Unmöglichkeiten und Zweckwidrigkeiten enthalten soll, konnte ihr daher ohne Einschränkungen und Vorbehalte auch dann nicht zustimmen, wenn er mit ihrem Grundgedanken einverstanden war.

Von dieser Überzeugung war der Abänderungsantrag diktiert, den ich am letzten Verhandlungstag dem Kongreß unterbreitete. Da er in der Presse als ein *Kompromißantrag* bezeichnet worden ist, muß ich bemerken, daß er

von mir schon v o r Zusammentritt des Parteitags ausgearbeitet worden war und schon v o r Eintritt in die Debatte über die Landtagswahl die Unterschriften einer Anzahl von Delegierten erhalten hatte. Nur weil ich erwartete, es würde sich auf den in ähnlichem Sinn gehaltenen Antrag des Wahlvereins Magdeburg eine größere Zahl von Kongreßteilnehmern einigen, brachte ich ihn nicht von Anfang an ein. Denn es lag mir daran jede Zersplitterung der Stimmen derer zu vermeiden, denen die Resolution der Landeskommission auf eine zu formalistisch-enge Festlegung der Wahltaktik hinauslief. Erst als es sich herausgestellt hatte, daß meine Voraussetzung bei der Magdeburger Resolution nicht zutraf, daß diese vielmehr einer erheblichen Anzahl von Delegierten zu deutungsfähig erschien, hielt ich es für angezeigt meinen Antrag dem Parteitag zu unterbreiten. Aber nicht als einen *Kompromißvorschlag*. Wie sehr er auch geeignet sein mochte einen solchen abzugeben, wäre er doch nun dafür zu spät gekommen. Was er tun konnte und sollte, war die Situation klären. Und das hat er meines Erachtens erzielt.

Nur unter ganz außergewöhnlichen Verhältnissen wird bei uns ein Parteitag sich dazu entschließen eine von der Parteileitung ihm vorgelegte Resolution zugunsten einer andern abzulehnen. Im vorliegenden Fall war es um so mehr ausgeschlossen, als im Hinblick auf das Moment, das auf große Versammlungen fast immer entscheidend einzuwirken pflegt, nämlich die *Gefühlsseite* der Frage, die Resolution der Landeskommission unzweifelhaft mit den in der Partei vorherrschenden Empfindungen im Einklang stand. Es betrifft dies die Forderung der *Gegenleistung im Wahlkampf selbst*. Sie ist, das kann man kühnlich aussprechen, von den wenigsten kalkulatorisch aufgefaßt worden. Aber sie war der großen Mehrheit der Delegierten das Probezeichen für die Entschlossenheit der Linksliberalen den Kampf für die Wahlrechtsreform mit der ihnen möglichen Energie zu führen. Der Wunsch diesen Gedanken mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen bestimmte ihr Verhalten den eingebrachten Änderungsanschlüssen gegenüber. Alles, was als Abschwächung oder Vertuschung jener grundsätzlichen Forderung gedeutet werden konnte, war der Ablehnung durch die Mehrheit sicher, und daher konnten selbst Reden, die jene Forderung grundsätzlich akzeptierten, keine nachhaltige Wirkung erzielen, sobald sie an der aufgestellten Formel Kritik übten. Denn da die Repliken naturgemäß an die Kritik anknüpften, gewann durch sie hinterher doch wieder die Vorstellung Oberhand, es handle sich um versuchte Vertuschung jener grundsätzlichen Forderung. Dieser sich immer wieder manifestierenden Tendenz war nur dadurch wirksam zu begegnen, daß die der Kritik zugrunde liegenden Gedanken durch einen spezialisierten Gegenvorschlag in unzweideutiger Gestalt greifbar veranschaulicht wurden.

Mein Antrag schien mir dieser Anforderung einigermaßen zu entsprechen. Hier sein Wortlaut:

1. Das Teilstück A [des Antrags der Landeskommission] wie folgt zu fassen:
 »1. Überall, wo dies möglich ist, sind sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen und ist für ihre Wahl mit größter Energie zu wirken.
2. Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt sind, sowie bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmannskandidaten haben die sozialdemokratischen Wähler im allgemeinen für die Wahlmänner der fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen. Den letzteren sind Nationalliberale dort gleichzustellen, wo sie mit

der fortschrittlichen Volkspartei zur Bekämpfung konservativ-klerikaler Kandidaten verbündet sind. Ob in einzelnen Wahlkreisen von dieser Bestimmung abzugehen ist, entscheidet die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens.

II. Das Teilstück B folgendermaßen abzuändern:

1. Bei den Abgeordnetenwahlen haben die sozialdemokratischen Wahlmänner im allgemeinen zunächst für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen und bei Stichwahlen zwischen den bürgerlichen Parteien ihre Stimmen dem Kandidaten der bezeichneten linksliberalen Parteien zuzuwenden.

2. In den Wahlkreisen Stadt Breslau, Nieder-, Oberbarnim, Teltow-Beeskow, Herford, Bielefeld sowie in anderen der zur Wahl von mehr als 1 Abgeordneten berechtigten Wahlkreise kann, sofern nach dem Urteil der sozialdemokratischen Landeskommission die Sozialdemokratie auf Grund der Zahl ihrer Wahlmänner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl voraussichtlich Anspruch auf mindestens eines der Mandate der Linksparteien hat, die Abgabe sozialdemokratischer Stimmen für Kandidaten der linksliberalen Parteien von der Verpflichtung dieser Parteien abhängig gemacht werden ihre Wahlmänner zur Abstimmung für einen von der Sozialdemokratie hierzu nominierten Kandidaten anzuhalten. Die Landeskommission hat die Liste der Wahlkreise, die nach ihrer Ansicht unter jene Kategorie entfallen, der Leitung der fortschrittlichen Volkspartei bei Eröffnung des Wahlkampfes bekanntzugeben.

3. Da bei früheren Wahlen die große Mehrheit der Wahlmänner der linksliberalen Parteien (teils infolge faktischer sozialer Abhängigkeit und teils aus übertriebener Angst oder aus Klassenvorurteil) nicht zu bewegen waren bei Stichwahlen ihre Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten abzugeben, wird es als Gradmesser des guten Willens dieser Parteien im Kampf gegen die Feinde einer demokratischen Wahlreform betrachtet werden, ob sie dafür Sorge tragen, daß in den ihnen bezeichneten Wahlkreisen von ihren Parteimitgliedern möglichst ausnahmslos solche Wahlmänner aufgestellt werden, die in der Lage und gegebenenfalls bereit sind für einen sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abzugeben.

Nach allem, was ich in früheren Artikeln in den *Sozialistischen Monatshetten* über die Taktik bei den Landtagswahlen geschrieben habe, erübrigt es sich hier noch etwas zur Begründung dieses Vorschlags folgen zu lassen. Er formuliert diejenige Wahltaktik, die nach meiner Überzeugung einzig und allein zum Ziel führen kann, wenn wir, unter Berücksichtigung des oben bezeichneten Wunsches der Parteitagmehrheit, hinter der ja ohne Frage die Mehrheit der Genossen im Lande steht, überhaupt die Phalanx der Feinde einer durchgreifenden Wahlreform fühlbar schwächen wollen. Und es ist weiterhin meine Überzeugung, daß, wenn unsere Wahlaktion im bevorstehenden Wahlkampf nicht zu einer Vermehrung der Mandate jener Phalanx führen soll, eine Wahlpolitik, die über das in meinem Antrag gezogene Maß von Anforderungen an die Linksliberalen hinausgeht, sich überhaupt nicht durchführen lassen wird. Ob das zutrifft, wird die Erfahrung zeigen. Dem Parteitag es klar zu machen wurde dadurch erschwert, daß man nicht alles auf der Tribüne darlegen kann, was bei der Wahl nach diesem heimtückischen Wahlsystem in Betracht kommt. Es klingt furchtbar radikal und ist des berühmten *stürmischen Beifalls* sicher auf der Tribüne mit tönendem Pathos zu verkünden, daß wir keine andere Reform anerkennen als das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aller Erwachsenen, und seine Erkämpfung einzig von der Macht des organisierten Proletariats erwarten. Aber wir wissen dabei alle, daß das Proletariat die dazu erforderliche Macht noch nicht hat, und wir daher vorläufig noch mit Veränderungen am Wahlrecht zu rechnen haben. Wir sind uns auch alle klar darüber, daß, wenn Teiländerungen kommen, es durchaus nicht gleichgültig ist, wie sie aussehen, und welcher wir gegebenenfalls den Vorzug zu geben haben. Hierüber uns zu verständigen wäre daher die Aufgabe des

Moments gewesen. Aber, o rühre, rühre nicht daran! Jede vorläufige Stellungnahme zu Teilreformen erscheint als unzulässig, weil man aus ihr einen quasi Verzicht auf unsere grundsätzliche Forderung herauslesen könnte. Eine Befürchtung, die gewiß verständlich genug ist, die aber eine erschöpfende öffentliche Erörterung der Momente, die unsere Wahltaktik bestimmen sollen, unmöglich macht.

Unter diesen Umständen war es von vornherein klar, daß mein Antrag auf Annahme durch den Parteitag nicht zu rechnen hatte. Aber er war darum nicht vergebens gestellt. Nachdem ich ihn eingebracht und begründet hatte, schlugen sowohl Genosse Ströbel, der nach mir zum Wort kam, wie auch der Referent über diese Frage, Genosse Hirsch, in ihren Antworten auf meine Ausführungen einen erheblich weniger abweisenden Ton an als vorher. Beide gaben zu, daß, wenn sich im entscheidenden Zeitpunkt einzelnes im Antrag der Landeskommission als nicht durchführbar herausstellen sollte, diese nicht an den Buchstaben gebunden sein dürfe. Genosse Hirsch erklärte zu dem Passus in meinem Antrag, wonach die Landeskommission v o r der Wahl den Freisinnigen eine Liste der Wahlkreise aushändigen sollte, in denen wir voraussichtlich ein Eintreten ihrer Wahlmänner für einen sozialdemokratischen Kandidaten beanspruchen würden, man könne der Kommission das Zutrauen wohl schenken, daß sie nur das verlangen werde, worauf die Sozialdemokratie nach dem Ausfall der Urwahlen Anspruch habe. Mit anderen Worten heißt dies aber nur, die Kommission respektive das Zentralwahlkomitee werde die Abtretung von Mandaten nur für Wahlkreise verlangen, wo die Sozialdemokratie mindestens einen bestimmten Prozentsatz der Wahlmänner hinter sich hat. Durchaus meine Ansicht. Aber der Antrag der Landeskommission sagte davon nichts. Er verlangte Abtretung von Mandaten ohne Rücksicht auf den Prozentsatz der sozialdemokratischen Wahlmänner. Solange nun anscheinend um das P r i n z i p jener Forderung gestritten wurde, nahmen die Anwälte der Resolution der Landeskommission auf diesen bedeutungsvollen Unterschied keinen Bezug. Von dem Moment an jedoch, wo sie es in knapp gefaßten Sätzen unverkennbar vor sich hatten, daß das Prinzip überhaupt nicht bestritten wurde, wo sie also nur noch die F o r m seiner Anwendung zu begründen hatten, scheint ihnen der Fehler in dem Antrag der Landeskommission zum Bewußtsein gekommen zu sein. Jetzt gaben sie zu, daß die Sache sich nicht nach dem Buchstaben des von jener dem Parteitag vorgelegten Schemas werde durchführen lassen. Überall sind es die Besonderheiten der örtlichen Umstände, von denen es abhängt, welches Maß der in der Resolution der Landeskommission aufgezählten Forderungen an die Liberalen anwendbar war und darum auch vernünftigerweise ihnen zur Bedingung gemacht werden konnte.

Mit anderen Worten, nicht der Buchstabe einer eisernen Formel, sondern der Geist eines maßgebenden Prinzips soll unsere Wahltaktik bestimmen. Erklärungen, die dies grundsätzlich anerkannten, waren selbst in der bedingten Form, wie die Genossen Hirsch und Ströbel sie abgaben, der erste Schritt eines Entgegenkommens an diese, von den Minderheitsrednern vertretene Anschauung. Ein solches Zugeständnis noch auf dem Parteitag selbst zu erlangen, darauf kam es mir vor allem an. Im Angesicht der zu überwindenden Vorurteile war es aber auch das Äußerste, was in der geringen Zeit, die dem Parteitag noch zu Verfügung stand, überhaupt in dieser

Richtung zu erzielen war. Es wäre wahrhaftig nicht zu viel gewesen für eine so wichtige Sache wie die Frage der Landtagswahlen der Debatte weitem Spielraum zu lassen als es auf dem Parteitag geschehen ist. Wir stehen am Vorabend eines Wahlkampfes, der auf 5 Jahre hinaus die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses bestimmen soll, der entscheidend ist dafür, ob und wie das verrottete Dreiklassenwahlssystem abgeändert werden wird. Durfte es da auf einige Stunden mehr für die Erörterung der Wahltaktik ankommen, von der unter Umständen so viel abhängen kann? Aus dem Schlußwort des Referenten Hirsch geht deutlich hervor, daß man eben angefangen hatte sich zu verständigen, als der Debatteschluß, der durch die Tagesordnung des Parteitags unvermeidlich geworden war, der Auseinandersetzung ein Ende machte. So blieb denn nur noch das eine übrig dafür Sorge zu tragen, daß die Meinung des Kongresses nicht durch eine irrige Abstimmung ein falsches Gesicht erhielt. In dieser Überlegung entschloß ich mich meinen Antrag vor der Abstimmung zurückzuziehen. Persönlich konnte mir seine Ablehnung gleichgültig sein; überstimmt zu werden ist keine Schande. Aber für die Sache war sie nicht gleichgültig. Bei Abstimmungen gibt es für ja und nein keine Abtönung, und so hätte die Ablehnung meines Antrags als das kategorische Verbot selbst jener Freiheit aufgefaßt werden müssen, die Ströbel und Hirsch für das Zentralwahlkomitee in Anspruch nahmen, da sie zwar in meinem Antrag gefordert wird, in der Resolution der Landeskommission aber keine Stätte hat. Dies mußte unbedingt vermieden werden.

So war der Ausklang unseres Preußentags formell die Annahme eines Antrags, der die Unterstützung der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen durch uns von Bedingungen abhängig macht, die zum Teil von jenen wirklich nicht erfüllt werden können, und substantiell Erklärungen zweier Wortführer der Mehrheit, die eine Modifikation jener Bedingungen als möglich in Aussicht stellten. Die Frage war nun, welche Antwort die Volksparteier dem Preußentag geben würden.

Sie ist auf dem am 20. Januar abgehaltenen Preußentag der fortschrittlichen Volkspartei erfolgt und lautet, um beim Stil der Kurie zu bleiben, *Non placent*. Ein der Presse mitgeteilter Auszug aus dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erstatteten Referat des Abgeordneten Fischbeck über die Wahltaktik der Volkspartei läßt diesen von den Bedingungen der sozialdemokratischen Landeskommission sagen, sie seien »zum Teil undurchführbar zum Teil mit der Selbstachtung der Partei unvereinbar«. Das zweite wird folgendermaßen begründet:

»Wenn in der sozialdemokratischen Resolution den Fortschrittlern sogar zugemutet werde sich schriftlich zu einer bestimmten Taktik im Parlament zu verpflichten, so müsse von vornherein bestimmt erklärt werden, daß unsere Kandidaten durch ein solches kaudinisches Joch nicht kriechen würden. Der Versuch der Sozialdemokratie auf die fortschrittliche Volkspartei bei der Aufstellung der Wahlmannskandidaten *erzieherisch* zu wirken sei zurückzuweisen, da unsere Partei bei der Auswahl der Wahlmänner nach ihren eigenen Erwägungen vorgehen werde. Die Partei könne auf Abmachungen, wie sie die Sozialdemokratie vorschläge, nicht eingehen.«

Man tut gut daran in diese Erklärung nicht mehr hineinzulegen als sie ausdrücklich besagt. Genau besehen sagt sie nämlich herzlich wenig. Sie irrt auf der Seite der Schlußfolgerungen. Sie besteht aus Vordersätzen,

denen der Nachsatz fehlt, auf den es ankommt. Niemand kann einer Partei, welche es auch sei, das Recht bestreiten von einer Liste ihr vorgelegter Bedingungen für eine Leistung zu erklären, welche davon sie als unannehmbar zurückweisen muß und welche nicht. Aber die Frage der Bedingungen erschöpft durchaus noch nicht die Frage vom Wert des Gegenstands dieser Bedingungen. Ich glaube auf keinen Widerspruch in unserer Partei zu stoßen, wenn ich die Forderung der schriftlichen Verpflichtung zu einer bestimmten Taktik für die allerunwesentlichste in der Resolution der Landeskommision erkläre, über die selbst unsere radikalsten Genossen mit sich reden lassen würden. Ich selbst kann sie höchstens Leuten gegenüber für angebracht halten, die sich zu keiner bestimmten politischen Partei bekennen. Parteileuten gegenüber ist sie ein untaugliches Mittel. Da bestimmt sich unser Verhalten durch das, was wir als das Wesen der betreffenden Partei und ihre Leistungskraft erkannt haben, da ist die richtigste Politik die Verständigung von Organisation zu Organisation. Und was die geforderte Auslese der Wahlmänner betrifft, so haben andere und ich auf unserm Preußentag selbst dargelegt, daß den Volksparteilern an vielen Orten die Möglichkeit fehlt nach den Regeln zu verfahren, die von der Resolution der sozialdemokratischen Landeskommision festgelegt werden. Es fehlt aber durchaus nicht an Orten, wo eine solche Auslese möglich ist, und wenn die Volkspartei den Kampf um das Wahlrecht und andere von ihr selbst für notwendig erklärte politische Reformen ernsthaft führen will, gebietet ihr eigenes Interesse ihr den Körper ihrer Wahlmänner aus so unabhängigen und zum Kampf entschlossenen Leuten wie nur irgend möglich zusammenzusetzen. Vernünftigerweise konnte daher nur die Form und nicht die Substanz dieser Forderung Anstoß erregen.

Und nun frage ich: Können Bemängelungen, die schließlich nur die Form treffen, für die wichtige Frage eines Zusammengehens der Parteien der Linken im bevorstehenden Wahlkampf das letzte Wort sein?

Die Erklärung der Volksparteiler lautet in diesem Punkt so unbestimmt wie nur möglich. Sie sagt nicht *Ja* und nicht *Nein*. Bei der Natur dieser Partei und ihrer Stellung zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalen erklärlich genug. Aber das Erklärliche ist noch nicht das Richtige. Wenn man gewärtig sein konnte, daß die Volksparteiler gewisse Punkte in der Resolution des sozialdemokratischen Parteitags für nicht annehmbar erklären würden, so war es nicht zu viel von ihnen verlangt, daß sie nun uns ihre Bedingungen oder Vorschläge zu erkennen geben. Man wird von jener Seite erwidern, daß ja der Wortlaut unserer Resolution dies ausschloß, da diese ein Ultimatum darstellt. Aber ich kann das nicht gelten lassen. Unsere Partei hat unzählige Male bewiesen, daß sie in diesen Dingen nicht einem Shylock gleich auf dem Schein besteht. Der Gedanke, der die Resolution der Landeskommision durchzieht und der nur wiedergibt, was das allgemeine Empfinden unserer Parteigenossen ist, heißt in Kürze: Wir verlangen Beweise zu verlässigen guten Willens. Wo unseren Genossen diese geliefert wurden, haben sie noch immer mit sich reden lassen. Das konnten die Leute im Rat der Volkspartei sich selbst sagen und in ihre Resolution wenigstens Sätze einflechten, die in diesem Sinn zu verstehen waren. Sie haben es nicht getan sondern das, was ich oben für den Grundfehler in der Resolution unseres Preußentags bezeichnet habe, nun in ihrer

Weise noch überholt oder noch übertrumpft. Auf den Formalismus hüben antworten sie mit verstärktem Formalismus von drüben.

Das ist das unmittelbare Fazit der beiden Preußentage. Aber dabei kann es nicht bleiben, und dabei wird es auch nicht bleiben. Im Augenblick bieten die beiden Parteien der Linken des Landtags der Welt das wundervolle Bild von Streitenden, die einander zurufen: Es geschieht dir ganz recht, wenn mir die Hände erfrieren. Verfahren wir und die Volksparteiler buchstäblich nach den Resolutionen unserer Preußentage, so wird das Resultat nur sein, daß beide sich eine Gelegenheit zur Verschiebung der Machtverhältnisse entgehen lassen. Darüber ist kein Zweifel mehr möglich. Nun hängt gewiß nicht alles an Parlamentsmandaten. Es sind andere Faktoren, die das letzte Wort in der Entwicklung der Völker sprechen. Aber Parlamente können die Entwicklung je nachdem fördern oder verschleppen, und wir haben es bisher immer damit gehalten das Verschleppen nach Möglichkeit zu verhindern. Wer von diesem Gedanken sein politisches Wirken bestimmen läßt, der kann es als keine genügende Entschädigung für die Verfehlung einer Gelegenheit gelten lassen, daß am Tag der politischen Bilanz die eigene Partei der andern werde zurufen dürfen: Ihr tragt mehr Schuld am Defizit als wir. Es handelt sich darum es zu dem Defizit nicht kommen zu lassen. *Caveant consules!*

OTTO UHLIG · DIE LIBERAL-SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT ALS FÖRDERIN DER KULTURARBEIT IN SACHSEN



MAN kann sagen, daß der sächsische Landtag von 1911-1912 ein Stück Geschichte bedeutet. Er hat nicht allein quantitativ ein großes Maß von Arbeit geleistet; es lagen ihm auch inhaltlich äußerst wichtige Gesetzentwürfe vor, die er freilich zum Teil — abgelehnt hat. Diese Ablehnung fällt indes nicht der eigentlichen Volksvertretung, der Zweiten Kammer, zur Last sondern der Ersten Kammer, die der Volkswille nicht beeinflußt, und der verantwortungslosen konservativen Nebenregierung.

Das Gepräge des Landtags und seiner Arbeiten ist seit den letzten Wahlen, den ersten unter dem Pluralstimmensystem, wesentlich verändert. Die frühere konservative Mehrheit der Zweiten Kammer ist zur Minderheit geworden, und eine starke sozialdemokratische Fraktion ist eingezogen. Die Fortschrittler bilden zwar immer noch eine nur kleine Partei, sind indes erheblich zahlreicher als früher. Unter diesen Umständen geben die National-liberalen den Ausschlag. Als Mittelpartei neigen sie bald nach rechts bald nach links; gegenwärtig werden sie aber mehr zur Linken getrieben, teils weil gewisse, aus dem Volk heraus wirkende Kräfte sie dahin drängen, teils weil das Vorgehen der Rechten sie zu sehr abstoßt. Unter solchen Verhältnissen ist die politische Stellungnahme wie die gesamte politische Auffassung der Sozialdemokratie von außerordentlicher Bedeutung. Die letzte Landtagssession bot allen Gruppen überreichliche Gelegenheit zu praktischer Arbeit. Die sozialdemokratische Fraktion spannte auch alle ihre Kräfte an, um

gesetzgeberische Verbesserungen zu erringen. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, in Steuerfragen entwickelte sie eine rege Initiative. Namentlich ist auch die leidlich vorteilhafte Gestaltung der Gemeindesteuergesetze ihrem Einwirken zu danken. Die größte Aufgabe aber erwuchs ihr bei der Volksschulreform. Deren Beratung bietet allein eine solche Fülle beachtenswerter Momente, daß ich mich auf ihre Darstellung beschränken möchte, so interessant es auch wäre die gesamte Tätigkeit des Landtags hier zu beleuchten.

Bei der Beratung des Volksschulgesetzentwurfs am 28. November 1912 tat der linksnationalliberale Abgeordnete Dr. Zöphel (Leipzig) einen bemerkenswerten Ausspruch. Der Führer der Konservativen, der Abgeordnete Opitz, hatte behauptet, die sozialdemokratische Fraktion habe sich bei der Volksschulreform mit Halbheiten begnügt; die Sozialdemokratie scheine danach allmählich Verständnis für die wirklichen Verhältnisse des Lebens zu gewinnen. Er hatte noch hinzugefügt: »Marchieren Sie nur so fort, dann werden Sie schon immer weiter nach rechts kommen.« Dr. Zöphel antwortete darauf, daß die Sozialdemokratie sich, wie Opitz meinte, mit Halbheiten zufrieden gegeben hätte, bewaise die politische Entwicklungsfähigkeit dieser Partei. Das sei nicht so zu verstehen, daß die sozialdemokratische Fraktion gewillt sei ihre Grundsätze aufzugeben; diese frohe Zuversicht könne er mit Opitz nicht teilen. Aber die Sozialdemokraten fingen an politisch klug wie die Schlangen zu werden, und man müsse leider feststellen: im selben Maß, wie die politische Klugheit auf der linken Seite des Hauses steige, scheine sie auf der rechten zu sinken. Er glaube nicht, daß durch die letzten Großtaten der konservativen Fraktion¹⁾ der linke Flügel des Hauses, der bei der Beratung des Volksschulgesetzes sehr geschickt operiert habe, sich veranlaßt sehen werde den Konservativen näher zu treten.

Der nationalliberale Redner hatte vollkommen recht. Die sozialdemokratische Fraktion hat gewiß eminent praktische Arbeit bei einer großen Reihe parlamentarischer Aktionen geleistet. Aber sie hat sich schwerlich dabei der konservativen Partei oder konservativer Politik auch nur um ein Haar breit genähert. Denn wenn die Sozialdemokratie jede erreichbare Verbesserung nicht nur annimmt sondern auch selbst erkämpfen hilft, so schlägt sie damit einen Weg ein, der dem der Konservativen direkt entgegengerichtet ist. Dafür sei nur ein kleines Beispiel angeführt. Warum erklärte der konservative Führer die beantragte Form der allgemeinen Volksschule für eine Halbheit? Er meinte:

»Die wirkliche Durchführung [der allgemeinen Volksschule] würde doch nur dann vorliegen, wenn man nicht bloß sämtliche Schüler in der selben Schule [des selben Ortes] zusammenbrächte sondern auch in allen Schulen des Landes allen Kindern ausnahmslos den selben Bildungsgrad vermittelte, dergestalt, daß in dem kleinsten Gebirgsdorf die selbe Form der Schule eingeführt werden müßte wie in der größten Stadt.«

Man sieht: Dieser Konservative, nach dessen Meinung die Sozialdemokratie in einer für ihn erfreulichen Schwenkung nach rechts begriffen ist, gehörte seinen Ideen nach selber eigentlich auf die äußerste Linke, das heißt etwa zu der Sorte starrgläubiger Anarchisten, die aus lauter Prinzipienfestigkeit jede wirkliche Tat verschmähen und, weil sie nur das Absolute wollen, praktisch

¹⁾ Gemeint ist die Ablehnung des Gemeindesteuergesetzes durch die Konservativen, die gegen das Gesetz stimmten, weil die Mehrheit der Kammer ein Verbot der Umsatzsteuer darin aufgenommen hatte.

zur absoluten Negierung jedes Fortschritts kommen. Wahrhaftig, es liegt System in dieser Prinzipienanbetung. Der sächsische Volksschulgesetzentwurf wollte von zwei bestehenden Ungleichheiten die eine aus der Welt schaffen; der konservative Prinzipienfanatiker läßt sie beide bestehen. Sicherlich, weniger aus übertriebenem Gerechtigkeitsgefühl als aus dem Wunsch heraus die gegenwärtigen Schulzustände dauernd zu erhalten. Ihm wäre freilich eine Gerechtigkeit am liebsten, die die städtische Volksschule der Schule »in dem kleinsten Gebirgsdorf« gleichmacht und sie dann durch die Standeschule ergänzt. Sollte die Sozialdemokratie nun, von dem andern Extrem her, die selbe unbedingte Gleichmacherei zum Prinzip erheben? Damit hätte sie sich nur einer schweren Schädigung der kulturellen Entwicklung schuldig gemacht. Denn gerade aus dem freien Recht der Gemeinden ihr Schulwesen selbständig auszugestalten hat sich eine vielseitige, reiche und fortschreitende Gestaltung der Schule ergeben.

Freilich schließt diese Vielgestaltigkeit der Schulverhältnisse auch noch sehr viel Rückständiges ein. So gab es in Sachsen 1911 unter 2359 Volksschulen noch immer 685 2klassige mit 1 Lehrer, 20 3klassige mit 1 Lehrer, 20 3klassige mit 2 Lehrern, 547 4klassige mit 1 bis 2 Lehrern. Das liegt indessen daran, daß der Staat dank vor allem dem konservativen Regime die Gemeinden mit dem wesentlichsten Teil der Schulkosten belastet und dadurch in den schlechtestgestellten Kommunen eine Höherentwicklung der Schule vereitelt, und andererseits daran, daß in vielen Gemeinden die konservativ denkende Minorität der Besitzenden, besonders der Grundbesitzer, den stärksten Einfluß übt. Den Sozialdemokraten mußte zunächst daran liegen den Gedanken der Einheitsschule am Ort zu fördern. Wird die Volksschule gleichzeitig zur Schule für die Kinder der Besitzenden, so wird sie schon von diesen in ihrem eigenen Interesse verbessert. Sie mußten ferner die Gemeinden materiell zu entlasten suchen,²⁾ um ihnen die Möglichkeit einer Weiterentwicklung des Schulwesens zu geben. Es lag deshalb durchaus in der Richtung des Fortschritts, wenn sie beantragten:

»Schulgemeinden, die mehr als 25 % ihres Staatseinkommensteuersolls für die Unterhaltung der Schulen aufzuwenden haben, erhalten den darüber hinausgehenden Aufwand vom Staat erstattet.«

Die frühere Forderung: Übernahme der Schullasten auf den Staat, gaben sie aus dem Grund preis, weil sie verhüten wollten, daß der Staat mit der Übernahme der gesamten Last auch die volle Gewalt über die Schule erhalte und damit überall seinen nivellierenden Einfluß geltend machen könne. Sie wollten den einzelnen Gemeinden, die eine so befruchtende Einwirkung auf das ganze Schulwesen geübt hatten, die Bahn für ihre Wirksamkeit frei lassen.

Die Sozialdemokraten forderten also zweierlei: die gesetzliche Vorschrift der allgemeinen Volksschule als Basis und Rahmen und die Elemente der Entwicklung auf dieser Grundlage und in diesem Rahmen durch die Befreiung der Gemeinden von schier tödlich wirkenden Lasten und Banden. Der ganze Opitzsche Vorwurf der Halbheit (den der konservative Führer natürlich in seinem Sinn erhoben hatte) fällt auch von einem für uns selbst maßgebenden Standpunkt in sich zusammen.

²⁾ Nach einer Statistik der Regierung waren im Jahr 1910 von 1908 sächsischen Schulgemeinden mit Schulkosten im Verhältnis zu den direkten Staatsteuern belastet: 153 mit 25 %, und weniger, 566 mit 26 bis 30 %, 632 mit 31 bis 75 %, 326 mit 76 bis 100 %, 147 mit 101 bis 125 %, 58 mit 126 bis 150 %, 16 mit 151 bis 175 %, 5 mit 176 bis 200 %, 5 mit 201 bis 225 %.

Wie steht es nun aber mit der Schlangenklugheit der Sozialdemokratie, die Dr. Zöphel halb anerkennend halb trauernd hervorhebt? Vermutlich deutete er damit auf unser Verhalten namentlich in dem Punkt hin, der für seine eigene Fraktion der kritischste war: der Frage der konfessionellen Volksschule. Kulturkämpferisch gestimmt, nicht allein gegen die *klerikale Gefahr* sondern auch gegen die protestantische Orthodoxie, hatten sich die Nationalliberalen ganz besonders auf die Konfessionsfrage geworfen. Zwar lehnten sie den konfessionslosen Unterricht ab. Andererseits forderten sie, wie der Abgeordnete Dr. Seyfert am 6. Februar 1912 ausführte, »daß der evangelische Lehrer die Gewissensfreiheit habe auch im Unterricht, die ihm im Rahmen der Kirche gewährleistet wird«. Sie wünschten, »daß der Religionsunterricht nicht beherrscht werden soll von einer einseitigen kirchlichen Richtung«, »daß der Religionsunterricht frei gehalten wird vom Dogmatismus jeder Art und festgesetzt und erteilt wird auf pädagogischer Grundlage«. Außerdem verlangten sie die simultane Volksschule, in der außerhalb des Religionsunterrichts und des kirchengeschichtlichen Unterrichts »unsere Jugend gemeinsam zu erziehen und zu unterrichten« sei. Der Weg für eine solche Reform des Religionsunterrichts war eigentlich in den sogenannten *Zwickauer Thesen* von 1909 gewiesen. Statt des darin Niedergelegten begnügten sich die Nationalliberalen aber mit einer von dem Geheimen Kirchenrat D. Meyer (Zwickau) aufgesetzten abgeschwächten Forderung, die sie in einem Zusatzantrag zu § 2 des Volksschulgesetzentwurfs (über die Lehrgebiete) formulierten. Er lautete:

»Der den Kindern der verschiedenen christlichen Glaubensbekenntnisse zu erteilende Religionsunterricht soll im Geist der betreffenden Kirche ohne Bindung an den Buchstaben der Bekenntnisformeln durch lebendige Einführung in das Leben und die Lehre Christi an der Hand der Heiligen Schrift erteilt werden.«

Die Sozialdemokraten beantragten dagegen den Religionsunterricht aus der ganzen Planbestimmung überhaupt zu streichen. Das lehnte die bürgerliche Mehrheit ab. Es entstand nunmehr die Frage, wie man sich zu dem nationalliberalen Antrag stellen solle. »Im Geist der betreffenden Kirche« wird der Religionsunterricht heute schon erteilt; darin brachte also der Antrag weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung. Er enthielt aber eine weitere Loslösung des Religionsunterrichts von dem Buchstaben der Bekenntnisformeln, und es wäre also krasser Dogmatismus gewesen ihn nur darum abzulehnen, weil er den Religionsunterricht nicht völlig beseitigen will. Ja, eine Ablehnung hätte auch der Reaktion in der Schule neue Waffen gegenüber den Lehrern geliefert, die den Religionsunterricht auf eine freiere Basis stellen wollten. Deshalb vereinten sich also die Sozialdemokraten mit den beiden liberalen Fraktionen zu einer Mehrheit für den Antrag, statt umgekehrt in Gesellschaft der Konservativen einen Marsch nach rechts anzutreten.

In der Frage der Simultanschule fielen die Nationalliberalen schließlich um. Am 2. Oktober gaben sie bei der Beratung über den Konfessionsparagraphen in der Deputation folgende Erklärung ab:

»Die nationalliberale Partei würdigt in vollem Maß die Bedeutung des religiösen Bekenntnisses für jeden einzelnen und die Notwendigkeit einer christlichen Erziehung in der Volksschule. Sie beklagt aber aufs tiefste den unseligen konfessionellen Hader, der den so nötigen innern Frieden unseres Volkes stört. Sie ist darin einig, daß die Schule, deren vornehmste Aufgabe die Förderung der nationalen Werte sein soll, diesem Streit entrückt werden muß. . . . Die nationalliberale Fraktion

in ihrer heutigen Zusammensetzung ist in ihrer überwiegenden Mehrheit der Anschauung, daß eine Vereinigung der Kinder aller Bekenntnisse den religiösen Frieden besser sichert als deren Trennung. Nun hat aber die königliche Staatsregierung erklärt, daß sie auf die konfessionelle Trennung der Schulen nicht verzichten könne, und daß ohne sie das Gesetz für sie unannehmbar sein würde. Die nationalliberale Fraktion würdigt die Bedeutung dieser Erklärung. Darum hat sie in dem ersten Willen das Zustandekommen des für Sachsen so nötigen und wichtigen Gesetzes an ihrem Teil zu ermöglichen sich entschlossen das für sie überaus große Opfer zu bringen und die Forderung der Regierung auf Trennung der Volksschulen nach den Bekenntnissen der Mehrheit und der Minderheit anzunehmen.«

Die Nationalliberalen gaben also die Simultanschule preis. Um wenigstens den Schein ihres Prinzips zu retten, beantragten sie simultane Schulgemeinde und -verwaltung. Sie opferten damit den Kern und begnügten sich mit der Schale. Denn das Wesentliche ist doch die konfessionell ungehemmte Schule, die Erziehungsquelle für die Kinder. Und wenn die Erklärung von dem »konfessionellen Hader« spricht, so ist es ja klar, daß eine konfessionelle Schule in der Hand einer konfessionell gemischten Verwaltung diesen Hader gerade verewigen muß. Den bedeutendsten Streitpunkt, ob konfessionelle Minderheitsschulen zu errichten seien oder nicht, wollten die Nationalliberalen durch die Bestimmung entscheiden, daß eine Minderheitsschule errichtet werden müsse, wenn die Majorität der Minderheitsbevölkerung einen dahingehenden Antrag stelle, und in Schulgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern mindestens 120 Kinder, in kleineren Gemeinden mindestens 60 Kinder während der letzten 5 Schuljahre die öffentliche Volksschule besucht hätten. Danach hätte man die bisher bestehenden Minderheitsschulen in der Hauptsache beibehalten dürfen. Weitere zwei Schutzbestimmungen, die die Nationalliberalen noch beantragt hatten, würden in einem simultanen Schulvorstand zu vielen Streitigkeiten geführt haben. Es sollten danach Minderheitsschulen nur errichtet werden dürfen, wenn 1. dort die Schulkosten für ein Kind nicht höher seien als in der Mehrheitsschule, und wenn 2. die Minderheitsschule keine Verschlechterung gegenüber der bestehenden Volksschule in ihrem innern Ausbau bedeute. Die wichtigere zweite Bestimmung wäre übrigens dadurch schon aufgehoben worden, daß ja Minderheitsschulen bereits existieren, eine »Verschlechterung« gegenüber den früheren Verhältnissen also gar nicht nachgewiesen werden könnte.

Doch von all diesen Nebensächlichkeiten abgesehen: An dieser praktischen Arbeit konnten sich die Sozialdemokraten freilich nicht beteiligen. In allen den Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfs dagegen, die tatsächliche Verbesserung enthielten, ging unsere Fraktion stets mit den beiden bürgerlich liberalen Parteien zusammen. Ohne sie hätte kein liberaler Antrag eine Mehrheit gefunden, da die Konservativen alles unerbittlich niederstimmten; ebensowenig konnte aber irgendein sozialdemokratischer Antrag ohne die Zustimmung der Nationalliberalen angenommen werden. (In einer Reihe von Fällen stimmten die Sozialdemokraten und die Freisinnigen allein; die Mehrheitsbildung hängt aber von den Nationalliberalen ab.) Was die Mehrheit von sozialdemokratischen Anträgen akzeptierte, war freilich herzlich wenig. Abgelehnt wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Ausrottung des sogenannt religiösen und vaterländischen Gesinnungsdrills, Lehrmittelfreiheit, Schulkinderspeisung und Kinderfürsorge, Verbot der körperlichen Züchtigung, weitere Herabsetzung der Schülerzahl in der Klasse, weitere Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer, höhern Ausbau der Mädchenfort-

bildungsschule, Wahl des Schulvorstands (im wesentlichen) durch allgemeines gleiches direktes Wahlrecht, volles Frauenwahlrecht usw. Einige sehr wichtige sozialdemokratische Forderungen fanden aber doch Annahme, so der Grundsatz des **Arbeitsunterrichts**. Vor allem aber die **Einheitsschule**, das heißt eine allgemeine Volksschule, mit dem Aufbau einer Abteilung mit höheren Bildungszielen, die ohne Entgelt allen Befähigten offen stehen sollte. Und endlich allgemeine Unentgeltlichkeit der Volksschule.

Wie war das möglich? Nur dadurch, daß die Nationalliberalen diesen Forderungen zustimmten. Diese Tatsache verdient eine besondere Beleuchtung. Wie kam es, daß die Nationalliberalen zum Beispiel die Forderung der Unentgeltlichkeit der Schule wieder aufnahmen, die sie seit den Schulkämpfen von 1873 vergessen zu haben schienen und die sie mit niedergestimmt hatten, als sie 1886, 1890, 1892, 1896 von den Sozialdemokraten wieder gestellt worden war? Und weshalb traten sie 1912 für die Arbeitsmethode in der Schule und für die Einheitsschule ein, während sie 1907 in ihrem eigenen Antrag zur Volksschulreform nur allgemein von einer »Neuregelung des gesamten Volksschulwesens in einem den Bedürfnissen der Gegenwart und dem jetzigen Stand der pädagogischen Wissenschaft entsprechenden Sinn« gesprochen hatten? Die Antwort liegt in folgendem: Der Wortführer der Nationalliberalen in Schulfragen ist gegenwärtig der Seminardirektor Dr. Seyfert (Zschopau), der in der Lehrerbewegung eine hervorragende Rolle spielt. Und hier haben wir auch die gesuchte Erklärung für die Haltung der Nationalliberalen. Ihre Forderungen sind Forderungen der **Lehrerschaft**, sie haben diese Forderungen einfach aus Rücksicht auf ihre politische Gefolgschaft übernommen, zu der die **Intelligenz**, die Lehrerschaft, die Beamtschaft usw. ein nicht nur der Zahl sondern auch der geistigen Bedeutung nach sehr erhebliches Kontingent stellt. Das also hat den sächsischen Nationalliberalismus endlich zu positiver politischer Arbeit getrieben.

Allerdings steht diese positive Arbeit noch allzu sehr unter dem alten Wesenszeichen der Nationalliberalen: Halbheit. Wir sind natürlich weit entfernt jeden Kompromiß verwerfen zu wollen. Wir müssen uns vielmehr darüber klar sein, daß fast sämtliche Erfolge in den parlamentarischen Kämpfen der Gegenwart die Frucht von Kompromissen waren. Kompromisse unbedingt verwerfen hieß also einen schweren politischen Fehler begehen und sich selbst zu völliger politischer und wirtschaftlicher Unfruchtbarkeit verdammen. Jeder Kompromiß ist vernünftigerweise nur unter den zwei Gesichtspunkten zu werten: welche Errungenschaften er tatsächlich bringt, und welchen Beweggründen er entspringt. In dem hier behandelten Fall lagen die Dinge so, daß den Nationalliberalen der Abschluß von Kompromissen sehr erschwert, auf der andern Seite die Neigung dazu doch angespornt wurde. Die sächsischen Nationalliberalen werden von den vorwärtsdrängenden Elementen in ihrer Anhängerschaft zu aktiver Reformarbeit gedrängt. Wollen sie nicht einen wesentlichen Teil ihrer Macht aufs Spiel setzen, so bleibt ihnen nichts übrig als diesem Zug nachzugeben. Dagegen wirkt besonders die Masse ihrer kleinbürgerlichen Wähler wieder nach entgegengesetzter Richtung. Diese haben weder Interesse noch Verständnis für eine hohe Entwicklung des Volksschulwesens; sie fordern nur *positive Arbeit*, nicht weitreichende Pläne; sie nähern sich intellektuell überhaupt mehr den konservativen Wählerschich-

ten. Und nun erboten sich die regierenden Konservativen solche *positive Arbeit* zu leisten; sie wollen die Regierungsvorlage, die unter ihrer Ägide zustande gekommen ist, annehmen und laden die Nationalliberalen zu Gleichem ein. Da wanken diese, ihren Händen entfällt ein Stück ihres schönen Schulprogramms um das andere. Aber manches bleibt doch darin, und das müssen sie festhalten, denn dahinter stehen Fordernde, deren Heeresfolge man braucht. Diese Rücksicht rettete die 3 wichtigen Forderungen des Reformprogramms, die so mit Hilfe der Nationalliberalen eine Mehrheit fanden. Diese sind im übrigen vorläufig noch zu sehr von dem Gedanken hypnotisiert vor den konservativer Denkenden unter ihren Wählern als *regierungsfähig* erscheinen und ihnen unbedingt zeigen zu müssen, daß sie es an *positiver Arbeit* den Konservativen gleichtun.³⁾

Die Kraft, die die Nationalliberalen zum positiven Schaffen treibt, hat also einen positiven und einen negativen Pol. Unter diesen Umständen war es ohne Frage die Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion die Verhältnisse auszunutzen und im Zusammenwirken mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen die Änderungen des Entwurfs durchzusetzen, die dem ganzen Reformwerk den Stempel gaben, um die der Kampf hauptsächlich geführt wurde, und um derentwillen nachher das Gesetz (für jetzt) scheiterte. Uns kann es schließlich gleichgültig sein, was das Handeln der bürgerlichen Parteien bestimmt. Dienen wir mit unserm Vorgehen nur einem Ziel, das durch keine Kabale auf anderer Seite herabgezogen werden kann, und sind wir uns selbst nur der Reinheit unserer Zwecke bewußt, so haben wir jederzeit mitzuhelfen, wo wir die Gesellschaft um einen Schritt vorwärts schieben können. Lag also schließlich die Frage vor, ob die Sozialdemokraten wegen der *religiösen* und *vaterländischen* Tendenzen des Gesetzes und wegen des klassenstaatlichen Charakters, den es trotzallem der Volksschule noch wahrte, das Ganze ablehnen, oder ob sie es seiner wertvollen Verbesserungen wegen annehmen sollten, so konnte die Entscheidung nicht schwierig sein. Unsere Vorkämpfer im Landtag, die seit mehr als einem Menschenalter vergeblich um die Unentgeltlichkeit der Schule kämpften, hätten mit Recht mitleidig über Nachfolger gelächelt, die eine so bedeutende Eroberung einfach fortwarfen, als sie sie endlich in Händen hielten. Und das um so mehr, als sie dazu noch große weitere Errungenschaften: allgemeine Einheitsschule, freies Recht auf unentgeltliche höhere Bildung, Mädchenfortbildungsschule, methodische Verbesserungen usw. gewinnen konnten. Auf der andern Seite stand überdies für die Sozialdemokraten die Gefahr, daß sie in eine unfreiwillige Arbeitsgemeinschaft mit den Konservativen gerieten und durch die so geschaffene politische Situation auch jede andere Fortschrittmöglichkeit zerstörten. Denn die Tatsache, daß auf diese Art die Sozialdemokraten und die Konservativen zusammengewirkt haben würden, hätte alle Parteien befürchten lassen, daß jeder Fortschrittsversuch zwischen den Extremen von links und rechts zerrieben werde.

Zu dem, was ich den positiven Pol in den Motiven der Nationalliberalen nannte: der Rücksicht auf die Lehrer und die ihnen verwandten Kreise, ist

³⁾ Ich spreche hier nur von ihrem Verhalten in der Zweiten Kammer selber und sehe davon ab, daß sie sich in den Unterhandlungen mit der Ersten Kammer geneigt zeigten auch über die Formel über den Religionsunterricht, die Schulgeldfreiheit und unter Umständen sogar auch über die allgemeine Volksschule zu handeln.

hier noch eine besondere Bemerkung zu machen. Diese Kreise bilden zwar keine rein proletarische Schicht, oder sie nehmen doch eine besondere bevorzugte Stellung innerhalb des Proletariats ein; ihrer ganzen sozialen Lage, ihren Existenzbedingungen nach gehören sie gleichwohl zu diesem. Trotzdem rangen gerade sie dem Nationalliberalismus, dieser Partei der Bourgeoisie, Zugeständnisse ab. Sie lieferten damit einen neuen Beweis, daß ein zielsicheres politisches Vorgehen einzelner oder aller proletarischen Schichten sehr wohl von den herrschenden Schichten solche Zugeständnisse zu erzwingen vermag.

Gewiß war die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft bei dem Volksschulgesetzentwurf noch keine sehr enge. Machten sich schon zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlern Differenzen geltend, so klappten zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten die stärksten Gegensätze, die bei der Diskussion verschiedener Einzelfragen auch zum Ausdruck kamen. Aber die Nationalliberalen kamen uns doch ein Stück auf unserm Weg entgegen, und das mußte auch unser Handeln beeinflussen. Gewiß hätte die nationalliberale Partei Waffengefährten lieber auf der andern Seite des Hauses gesucht. Da die Konservativen jedoch selbst die geringfügigsten Reformen ablehnten und sich zu keinerlei Konzessionen verstehen wollten, so blieb der Partei der Mitte nichts anderes übrig als sich unter Zustimmung zu radikaleren Forderungen eine Arbeitsgemeinschaft nach links zu sichern. So kamen also die demokratischen Beschlüsse in der Schulfrage zustande, die nicht vergeblich gefaßt worden sind, wenn sie auch gegenwärtig noch an dem Widerstand der Ersten Kammer scheiterten. Denn in ihnen ist nicht allein ein Programm für die Zukunft niedergelegt; sie bedeuten auch einen positiven Schritt in diese Zukunft hinein, einen Schritt zu einer bessern Volksschule, die notwendig zugleich mit einem allgemeinen Aufstieg der arbeitenden Klassen verbunden sein wird. Um diesen politischen Weg zu gehen, ist es nötig die Kräfte des gesamten Proletariats zusammenzufassen, sie zu schulen und zu konzentrieren. Dann können wir mit diesen Kräften den Herrschenden begegnen und ihnen unter dem Zwang schwieriger taktischer Situationen Schritt um Schritt abringen, was (als voller Sieg) erst in einer entfernten Zukunft erreichbar wäre.

Als Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion kommt es mir nicht zu ein Urteil über unsere Haltung bei den Schulreformkämpfen abzugeben. Aber es sei mir gestattet das eine auszusprechen: Wir sind froh dabeigewesen zu sein.

XX HERMANN MATTUTAT · NACH DEN LANDTAGS- WAHLEN IN WÜRTTEMBERG



Am 9. Januar ist der neue württembergische Landtag in der üblichen Weise vom König eröffnet worden. Die Proportionalwahlen, die am 18. Dezember stattfanden, haben an der durch die Haupt- und Nachwahlen herbeigeführten Situation¹⁾ nichts Wesentliches mehr geändert. Noch mehr als bei den Nachwahlen machte sich bei den Proportionalwahlen eine bedauerliche Wahlflauheit bemerkbar, unter der

¹⁾ Siehe Lindemann *Die württembergischen Landtagswahlen 1912 und ihre Lehren in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1527 ff.

mit Ausnahme des Zentrums alle Parteien zu leiden hatten. Infolge dieser Indifferenz ist leider die Sozialdemokratie von der Stelle der stärksten Partei, die sie bei den Bezirkswahlen einnahm, an die zweite Stelle zurückgedrängt worden; an die erste Stelle trat das Zentrum. Die Stimmenzahl ist folgende: Zentrum 849 113, Sozialdemokratie 823 779, Volkspartei 617 907, Konservative und Bauernbund 495 779, Nationalliberale 380 723. Die Proportionalwahlen brachten nur insofern noch eine Überraschung, als es dem Zentrum gelang im Schwarzwald- und Donaukreis zu seinen seitherigen 3 Sitzen noch einen weiteren zu erobern und damit die Zahl der Mandate von Zentrum und Konservativen auf 46, die Hälfte des Landtags, zu erhöhen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Proportionalwahlstimmen hat seit 1906 eine ansehnliche Vermehrung erfahren. Trotzdem kann das gewonnene Resultat nicht befriedigen. Gegenüber der Hauptwahl am 16. November haben bei der Proportionalwahl etwa 24 000 unserer Wähler nicht mitabgestimmt. (Im Jahr 1906 betrug diese Zahl nur 6000.) Allein in Stuttgart stimmten 4500 Wähler weniger für uns. Ihre Beteiligung hätte uns ein weiteres Mandat bringen müssen. In einzelnen Arbeiterbezirken machten nur zirka 50 % der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Zu einem Teil erklärt sich diese Wahlflauheit durch die häufige Inanspruchnahme der Wähler bei den Reichstagswahlen, Landtagswahlen und Gemeindewahlen; denn auch die bürgerlichen Parteien wurden davon betroffen. Zum größern Teil aber tragen die inneren Parteistreitigkeiten die Schuld an dieser bedauerlichen Tatsache. Bei den Wahlen, die vorangingen, konnte man die gleiche Beobachtung machen. Selbstverständlich ließen sich die Gegner diese Situation nicht entgehen, sie richteten ihren Kampf gegen uns darauf ein, in dem ihnen jene innerhalb der Partei in der gehässigsten Weise ausgetragenen Differenzen und die besonders von der sogenannten radikalen Seite gegen einzelne Genossen gerichteten Angriffe die besten Waffen lieferten. Diese Umstände haben einem großen Teil unserer Wähler die weitere Wahlbeteiligung verekelt und sie gegen alle Wahlaufrufe und Hinweise darauf, was auf dem Spiel stand, unempfindlich gemacht. Es ist das die gleiche Erscheinung, wie sie nach dem Dresdener Parteitag bei den Reichstagswahlen im Jahr 1907 zutage trat: Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen.

Die Stärke der einzelnen Fraktionen im Landtag ist nun die folgende: Sozialdemokratie 17 (Gewinn: 1), Volkspartei 19 (Verlust: 4), Nationalliberale 10 (Verlust: 3), Konservative und Bündler 20 (Gewinn: 5), Zentrum 26 (Gewinn: 1). Die volksparteilich-nationalliberale Taktik hat sich nicht bewährt. Mit der dominierenden Stellung der Volkspartei im Landtag ist es vorbei. Noch schlimmer liegen die Dinge für die nationalliberale Partei, für die der Wahlausfall eine empfindliche Schlappe bedeutet. Sie vermochte trotz größter Anstrengungen nicht einmal ihren Vorsitzenden Kübel vor dem Durchfall zu retten. Nur der Umstand, daß es dem frühern Abgeordneten Hieber gelang der Sozialdemokratie das Welzheimer Mandat abzunehmen sichert ihr einen Führer. Begreiflicherweise ist man auf der Linken von dem Gesamtergebnis der Wahl recht wenig erbaut, besonders da es nicht zum wenigsten durch die Mängel des jetzigen Wahlrechts herbeigeführt ist. Allgemein gibt man zu, daß der bestehende Zustand, die Art, wie gegenwärtig der Landtag gewählt wird, nicht als zweckmäßig angesehen werden

kann. Die Aufeinanderfolge von Hauptwahlen, Nachwahlen und Proportionalwahlen stellt ganz außerordentliche finanzielle und agitatorische Anforderungen an die Parteien, ohne doch zu einem gerechten Ausgleich der Kräfte und einer einwandfreien Verteilung der Mandate zu führen. Besonders die linksstehenden Parteien befinden sich sehr erheblich im Nachteil, indem sie, trotz wesentlich höherer Stimmenzahl gleichwohl nicht mehr Mandate als die rechtsstehenden Parteien eroberten. Gleichwohl fühlen sich die bürgerlichen Parteien nicht veranlaßt hieraus die Konsequenzen zu ziehen. Nur die Sozialdemokratie tut das; sie fordert die Einführung der Verhältniswahlen für den ganzen Landtag an Stelle der heutigen Bezirkswahlen. Die bürgerlichen Parteien wollen davon nichts wissen. Ihnen genügte es, wenn einige allzu offensichtliche Mängel des für die Wahl von 17 Mitgliedern des Landtags in Anwendung kommenden Proportionalwahlsystems beseitigt würden. Das mit diesem System zur Anwendung kommende Kummulieren und Panachieren hat sich nicht bewährt. Die Möglichkeit, daß jeder Wähler auf den ihm von den Parteien präsentierten Stimmzetteln nach Belieben Streichungen vornehmen oder den ihm besonders genehmen Kandidaten bis zu 3 Stimmen geben kann, macht die Parteien von einzelnen gerissenen Wahltreibern abhängig. Das hat sich bei den letzten Proportionalwahlen in unangenehmer Weise gezeigt. Auch bei der Sozialdemokratie. Eine einige und in sich geschlossene Partei würde mit solchen Erscheinungen schließlich fertig werden; mindestens könnten sie bei ihr keine allzu große Bedeutung erlangen. Leider fehlen zurzeit bei der württembergischen Sozialdemokratie, namentlich aber in Stuttgart, diese Voraussetzungen völlig, weshalb es auch an gereizten und verbitterten Auseinandersetzungen über den Ausfall der Proportionalwahlen nicht mangelte.

Mit der Eröffnung des Landtags sind diese Auseinandersetzungen in ein neues Stadium geraten. Die Teilnahme der sozialdemokratischen Fraktion an der Eröffnungssitzung hat auf der *radikalen* Seite wieder einen jener Entrüstungstürme entfesselt, wie sie in den letzten Jahren nur zu häufig zum Wohlgefallen der Gegner inszeniert wurden. In der bekannt liebenswürdigen Weise wurde in der *Schwäbischen Tagwacht* der Vorwurf erhoben, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten mit Ausnahme der 4 neu zu vereidigenden dem höfischen »Eröffnungsrummel« mit Hurra und Hoch beigezogen und ihn durch ihre Anwesenheit sanktioniert hätten. Ähnliche Angriffe wurden auch in einem Teil der übrigen sozialdemokratischen Presse gegen die württembergische Landtagsfraktion gerichtet, und man versuchte so einen neuen Parteiverrat zu konstruieren, der die Volksseele zum Kochen und die Masse in Aufregung bringen sollte.²⁾ Eingeleitet wurde die Entrüstungsaktion durch eine Stuttgarter Parteiversammlung, die unmittelbar vor der Landtagseröffnung stattfand, und in der nach einem Referat des Genossen Westmeyer eine Resolution zur Annahme gelangte, die die Erwartung ausspricht, »daß die Landtagsfraktion jede Teilnahme an der höfischen Zeremonie bei der Eröffnung des Landtags unterläßt«. Wie verfehlt die über die Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion an der Landtagseröffnung produzierte Entrüstung ist, zeigt die Erklärung des Fraktionsvorstands in der *Schwäbischen Tagwacht*. Danach ließ sich die Fraktion von

²⁾ Solche Versuche bilden ja in der sozialdemokratischen Partei eine periodisch wiederkehrende Erscheinung; siehe darüber Schröder *Eine Selbstverständlichkeit* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 22 ff

den gleichen Gesichtspunkten leiten, die 1907 und 1911 für sie maßgebend waren. Die Fraktion betrachtet die Landtagseröffnung als einen staatsrechtlichen Akt, wofür sie sich auf die Verfassung stützen kann, die die Eröffnung des Landtags durch den König vorsieht. Im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten findet die Eröffnung nicht im Schloß des Monarchen sondern in dem Sitzungssaal der Zweiten Kammer statt. Dieser Umstand in Verbindung mit § 161 der Verfassung, wonach, wenn bei Einberufung des Landtags nicht zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind, die Zweite Kammer für die Dauer der Session für alle zu fassenden Beschlüsse ausscheidet, haben die Fraktion 1907 wie auch 1911 neben anderen Gründen zur Teilnahme an der Eröffnungssitzung bewogen. Die Auslegung des § 161 durch die Fraktion begegnete zwar von einigen Seiten Widerspruch, ihre Haltung wurde aber von den Parteigenossen des Landes gebilligt, und die Landesversammlungen erklärten sich damit einverstanden. Es bestand daher für die Fraktion kein Grund diese ihre Haltung zu ändern, um so weniger als sie sich durch eine andere Entscheidung nur dem allgemeinen Gespött ausgesetzt hätte. In Frage konnte allenfalls kommen, ob nicht die Rücksicht auf die bestehenden Parteidifferenzen eine Nichtbeteiligung als zweckmäßig erscheinen ließ. Eine Prüfung der württembergischen Parteiverhältnisse läßt jedoch für die Verwirklichung einer Hoffnung auf baldige Besserung sehr wenig Raum. Die Fraktion brauchte also nicht anders zu handeln als sie getan. Hierzu kam noch ein weiterer Grund. Die Sozialdemokratie hat noch stets bei ihren parlamentarischen Kämpfen um die Erfüllung ihrer Forderungen erklärt, sie übernehme alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Pflichten. Nach der württembergischen Verfassung und der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer fiel diesmal dem Genossen Tauscher als dem ältesten Mitglied der Kammer die Pflicht zu das Alterspräsidium zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Pflicht war nur bei Teilnahme an dem Eröffnungsakt möglich. Nach Lage der Verhältnisse konnte die Fraktion den Genossen Tauscher unmöglich allein lassen, ihre Teilnahme an der Landtagseröffnung war somit geboten. Zwar stand dem Genossen Tauscher ohne weiteres das Recht zu auf das Alterspräsidium zu verzichten, und von bürgerlicher Seite wäre man sehr gern bereit gewesen die sich aus diesem Verzicht ergebende Verpflichtung zu übernehmen. Aber weshalb in aller Welt hätten wir denn zum Nutzen anderer verzichten sollen? Die Sozialdemokratie strebt überall nach einer Erweiterung ihrer Rechte. Der Verzicht auf ihr zustehende Rechte ist dazu kein geeigneter Weg. Völlig verfehlt wäre es, ließen wir uns den Weg zur Gleichberechtigung durch einige nebensächliche und alberne Zeremonieen verrammeln. Einen größern Gefallen könnten wir den Gegnern der Sozialdemokratie nicht erweisen. Ließen wir uns durch derartige Zwirnsfäden zurückhalten, so wären wir sicher in sehr kurzer Zeit von allen Seiten damit umspannt. Leisten die sozialdemokratischen Abgeordneten beim Eintritt in das Parlament nicht den vorgeschriebenen Eid »das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes ohne alle Nebenrücksichten treu und gewissenhaft zu beraten«? Wir lassen uns eben durch Formeln und Zeremonieen von der parlamentarischen Mitarbeit nicht ausschließen. An dieser Haltung der Sozialdemokratie wird auch das Geschrei einiger radikaler Unpolitiker nichts ändern.

Die Eröffnung des Landtags hat sehr schnell eine Klärung der durch die

Wahl geschaffenen eigenartigen politischen Situation gebracht und damit allem Raten und Kombinieren ein Ende bereitet. Das Zentrum, das anfänglich sehr energisch den Präsidenten für sich reklamierte, trat plötzlich bescheiden zurück und räumte diese Position den ihm an Stärke wesentlich nachstehenden Konservativen ein, um sich auf diese Weise den Sitz des ersten Vizepräsidenten zu sichern. Herr Groeber fürchtet die Reaktion, die der Koalition der Rechten folgen muß, und sucht ihr möglichst vorzubeugen. Aus diesem Grund sollte vermieden werden, daß neben den *schwarzen* Präsidenten der Ersten Kammer noch ein *schwarzer* Präsident der Zweiten Kammer trat. In diesem Fall hätten wohl auch die Konservativen die Gefolgschaft versagt. Leider haben die Nationalliberalen bei der Wahl des Präsidenten nicht den Mut gehabt sich nach der einen oder der andern Seite zu entscheiden; sie zogen es vor mit ganzen 9 Stimmen einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. So kam es, daß die Wahl auf einen Konservativen fiel. Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann ein Zentrumsabgeordneter, zum zweiten ein Konservativer gewählt. Das gesamte Präsidium befindet sich also in den Händen des konservativ-klerikalen Blocks. Die Richtung der Politik, die sich hier andeutet, ist auch schon in der Regierung zum Ausdruck gelangt. Unmittelbar nach der Beendigung der Proportionalwahl nahm der Minister des Innern von Pischek seinen Abschied. Damit trat ein Mann von der politischen Bühne ab, bei dem auch wir Sozialdemokraten die Lauterkeit des Charakters, die Ehrlichkeit des Willens und die Gewissenhaftigkeit der Amtsführung anerkennen müssen. Während der letzten Jahre war Herr von Pischek bei der Durchführung seiner Vorlagen wiederholt auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen; so bei der Bauordnung, der Einführung des Landeswohnungsinspektors, dem Schularztgesetz usw. Mit dem Zentrum und den Konservativen hatte er mehrfach scharfe Auseinandersetzungen. Welcher Art diese waren, geht daraus hervor, daß ihm einer der bündlerischen Agitatoren dabei brüsk zu verstehen gab: so leicht wie einen neuen Minister finde man keine neue Stallmagd. Die Neugestaltung der parteipolitischen Verhältnisse durch die Wahlen mußte ihm, dem arbeitsfrohen Mann, ein ferneres Verbleiben im Amt nicht als zweckmäßig erscheinen lassen, und so verließ er die Stätte, an der er trotz seines Alters sonst wohl noch mehrere Jahre gewirkt hätte. Sein Nachfolger ist Herr von Fleischhauer, der bisherige Kultusminister, an dessen Stelle der Präsident des evangelischen Konsistoriums Dr. von Habermaß tritt.

Über die Aufgaben des neuen Landtags gibt die bei Eröffnung des Landtags vom König verlesene Thronrede nur ungenügenden Aufschluß. Sie stellt lediglich eine farblose Aneinanderreihung derjenigen Vorlagen dar, die die Regierung einzubringen gedenkt. Die eingeschlagenen Bahnen sollen »weiter verfolgt«, an der Vervollkommenung derjenigen öffentlichen Einrichtungen soll »fortgebaut« werden, die dem Leben des deutschen Einzelstaats »seine besondere Weihe« geben. Zunächst muß der Etat erledigt werden. Die Finanzen werden als »in wohlgeordnetem Zustand« bezeichnet; ob es dabei bleibt, ist freilich eine andere Frage. Weiter werden die Förderung des Verkehrs, die Fürsorge für alle Zweige des Unterrichtswesens und das bereits vorliegende Gesetz über die Pensionsverhältnisse der Körperschaftsbeamten erwähnt. Die Gemeinden sollen höhere Einnahmen aus der Einkommensteuer erhalten, das Gesetz über die innere Ordnung des Etats soll

demnächst, die Wegeordnung im Lauf der Landtagsperiode, die Reform der Gebäudebrandversicherung »später« vorgelegt werden. Nicht erwähnt werden dagegen sozialpolitische Maßnahmen für die arbeitende Bevölkerung, so das Wohnungswesen, die Arbeitslosenversicherung, die Übernahme der Schul-lasten auf den Staat, die finanzielle Ordnung zwischen Staat und Kirche, die Fortführung der Steuerreform, wie auch der weitere Ausbau der Vereinfachung der Staatsverwaltung. Auch der neue Etat zeigt eine geringe Initiative der Regierung. Es sind zwar eine Reihe von Neuerungen vorgesehen, die aber wenig bedeutungsvoll scheinen. Der Staatsaufwand wird sich von rund 112 Millionen im Jahr 1912 auf 118,8 Millionen im Jahr 1913 und auf 121,7 Millionen im Jahr 1914 steigern. Von einer Entlastung der kleinen Einkommen sowie von einer Änderung der drückendsten Positionen des Sporteltarifs ist nichts vorgesehen.

Die Zurückhaltung der Regierung ist wohl begreiflich: Sie paßt sich den veränderten Verhältnissen an. Sie beabsichtigt, weil von ihr bei der Zusammensetzung eine eigentliche Parteipolitik nicht befolgt werden kann, eine Politik der mittlern Linie einzuhalten, für die sie auf eine Mehrheit der Abgeordnetenversammlung rechnet. Wie das offiziöse Communiqué, das diesen Plan der Regierung verkündet, weiter verrät, ist der neue Minister des Innern »einem maßvollen vernünftigen Fortschritt durchaus zugetan«. Deshalb sei auch die Befürchtung nicht begründet, daß eine Stockung in der Gesetzgebung eintreten werde. »Nur so viel wird man annehmen können, daß der Hochdruck, mit dem die Gesetzgebungsmaschine im letzten Jahrzehnt gearbeitet hat, einem etwas maßvollern Tempo Platz machen wird. Notwendige Reformen werden aber auch in Zukunft dem Land nicht vorenthalten bleiben.« Der neue Minister des Innern glaubt also mit sämtlichen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten und eine Politik betreiben zu können, die von ihnen ausnahmslos unterstützt wird.

Die kommende Landtagssession wird vermutlich eine Periode des fast völligen Stillstands in der Gesetzgebung sein. Für eine andere Gestaltung der Situation besteht zurzeit keine Aussicht. Denn sie könnte nur durch eine feste Koalierung der gesamten Linken, der bürgerlichen wie der sozialistischen, herbeigeführt werden. Von solch einem Großblock ist aber vorläufig gar keine Rede. Namentlich die nationalliberale Partei ist in Württemberg verblendet genug, um sich gegen jede Anbahnung eines solchen Zusammenschlusses zu sträuben (was ihr allerdings durch die politisch verfehlte Haltung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie sehr erleichtert wird). Die Sozialdemokratie hat bei den Nachwahlen zu ihrem Teil daran gearbeitet, daß nicht eine Mehrheit der beiden reaktionären Parteien im Landtag zustande kommt. Wenn dieser Taktik der Erfolg fehlte, so tragen daran die Volkspartei und in noch höherm Maß die Nationalliberalen die Schuld. Die Folgen können nicht ausbleiben, zum Teil kommen sie ja bereits in dem Wahlresultat zum Ausdruck. In den Kreisen der Nationalliberalen macht sich auch schon eine starke Gärung bemerkbar. Von den Führern wird alles versucht die auftretenden Zwistigkeiten beizulegen und vor der Öffentlichkeit nicht bemerkbar werden zu lassen. Aber die Zersetzung läßt sich nicht aufhalten. Wir haben alles Interesse daran, daß der Wille zu einem positiven Zusammenarbeiten der gesamten Linken noch zum Durchbruch gelangt. Auch aus diesem Grund erscheint es dringend geboten, daß endlich in den

Reihen der württembergischen Sozialdemokratie die für eine fruchtbringende Parteiarbeit so notwendige Ruhe und Besonnenheit wiederkehrt, daß vor allem die persönlichen Differenzen verschwinden. Die letzten Landtagswahlen haben es nur zu offenkundig werden lassen, wie viel noch für den Ausbau unserer Organisation und die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse getan werden muß. Um diese Mängel und Lücken zu beseitigen, brauchen wir die opferfreudige und einigē Mitarbeit aller Parteigenossen.

XX KASPAR SCHMIDT · IST DER KLEINBETRIEB IN DER LANDWIRTSCHAFT DEM GROSSBETRIEB ÜBERLEGEN?



IN den letzten Jahren ist in der sozialdemokratischen Partei das Problem der landwirtschaftlichen Produktion lebhaft diskutiert worden. Fast auf jedem Parteitag wird eine eingehende Erörterung der Agrarfrage gefordert; in Chemnitz /1912/ schlugen die Kölner Genossen wiederum vor sie auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen. In der Presse brachte besonders Genosse Dr. Arthur Schulz die Frage in Fluß. In einer Reihe von Abhandlungen in den *Sozialistischen Monatsheften* beschäftigte er sich mit der landwirtschaftlichen Produktion und entfachte dadurch eine weitere Diskussion des Problems. Zweifellos hat er sich damit ein außerordentliches Verdienst erworben; denn die Bedeutung der Agrarfrage für die weitere Entwicklung der Partei tritt immer klarer zutage. Unsere Agitation auf dem Land wandte sich bisher ausschließlich an die ländliche Arbeiterschaft. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ist es aber ebenso dringend notwendig, daß wir immer tiefer in die klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung eindringen.

Eine der Grundfragen des Agrarproblems ist nun die: Vermehren oder vermindern sich die Kleinbetriebe? Das heißt also: Gilt die Marxsche Konzentrationstheorie auch für die Landwirtschaft? Zunächst hegte man keinerlei Zweifel an dieser Gültigkeit. In den letzten Jahren haben sich die Anschauungen in der Frage dagegen so gewandelt, daß die einsichtigeren Marxisten die absolute Gültigkeit der alten Theorie für die Landwirtschaft bereits preisgegeben haben. Es ist eben nicht gut zu bestreiten, daß die wirklichen Tatsachen hier die Konzentrationslehre vollkommen *ad absurdum* führten, daß auf dem Land nicht die Kleinbetriebe ab- und die Großbetriebe zunehmen, sondern die Entwicklung dort den gerade umgekehrten Weg geht. In dem selben Maß nun, wie diese Tatsache von den Anhängern der Konzentrationstheorie unterschätzt wird, wird sie meines Erachtens von Arthur Schulz überschätzt. Jedenfalls schießt er über das Ziel hinaus, wenn er jetzt umgekehrt in jedem Fall den Großbetrieb für agrarwirtschaftlich unrentabel erklärt und deshalb an ein langsames Verschwinden der landwirtschaftlichen Großbetriebe glaubt. Er ist der Ansicht, der Großbetrieb als solcher stehe in seinen Produktionsresultaten unter allen Umständen dem Kleinbetrieb nach. Ich halte diese Meinung in solcher Allgemeinheit für durchaus nicht erwiesen. In Schulz' Darstellung verrücken sich meines Erachtens die Tatsachen allzusehr wieder zugunsten der Kleinbetriebe.

Wollen wir zu wirklich unparteiischer Beurteilung der Frage gelangen, so dürfen wir zunächst nicht ausschließlich die statistischen Zahlen der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 zugrunde legen, die das ganze Reich umfaßt und bei dem Vorherrschen der Großbetriebe in einzelnen Teilen Deutschlands deshalb kein richtiges Bild gibt. Die Verhältnisse stellen sich etwas anders dar, wenn wir zum Beispiel die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung in Bayern für sich allein betrachten. Aufschluß über diese Entwicklung gibt uns die hier folgende Tabelle:

Größenklasse (in Hektar)	Anzahl der Betriebe			Vermehrung respektive Verminderung					
	1907	1895	1882	1895 bis 1907		1882 bis 1895		1882 bis 1907	
				absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
unter 2	241642	236575	262343	+5067	+ 2,1	-25768	-9,8	-20701	- 7,9
2 bis 5	162431	165408	165429	-2977	- 1,8	- 21	-0,1	- 2998	- 1,8
5 bis 20	224640	216999	207986	+7641	+ 3,5	+ 9013	+4,3	+16654	+ 8,0
20 bis 100	40663	44182	45169	-3519	- 8,0	- 987	-2,2	- 4506	-10,0
100 und darüber	535	621	594	- 86	-13,8	+ 27	+4,6	- 59	- 9,9
zusammen	669911	663785	681521	+6126	+0,9	-17736	-2,6	-11610	- 1,7

Die vorstehenden Zahlen geben, wie wir sehen, den Schulzschen Behauptungen nicht völlig recht. Von 1882 bis 1895 gingen fast sämtliche Betriebe mit Ausnahme der mittelbäuerlichen (von 5 bis 20 Hektar) an Zahl zurück. Von 1895 bis 1907 stieg die Anzahl der Betriebe in beinahe allen Größenklassen wieder. Ein ähnliches Bild gibt die vergleichende Betrachtung der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Auch hier finden wir eine absolute Zunahme nur bei den Mittelbetrieben; die Kleinbetriebe (von 2 bis 5 Hektar) und die Parzellenbetriebe (unter 2 Hektar) weisen ebenso wie die Großbetriebe (von 20 bis 100 Hektar und darüber) eine Flächenabnahme auf. Danach ist die Entwicklung der Kleinbetriebe also jedenfalls starken Schwankungen unterworfen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Bundesstaaten. Sachsen zeigt eine Abnahme in den beiden unteren Größenklassen, Baden sogar bei den Mittelbetrieben (5 bis 20 Hektar); die Mittelbetriebe verminderten sich dort zwar nur von 36 437 auf 36 352, also in sehr geringem Maß, die Abnahme ist aber deshalb bezeichnend, weil alle anderen Bundesstaaten wie auch das Reich im Ganzen gerade bei dieser Größenklasse sonst die stärkste Zunahme aufweisen. In Baden fällt noch eine andere eigentümliche, statistisch sonst einzig dastehende Erscheinung auf: eine Zunahme der Großbetriebe (über 100 Hektar) von 83 auf 119. Eine Ausnahmestellung nimmt natürlich Preußen ein; die zahlreichen Großbetriebe in Preußen üben einen starken Einfluß auf das Gesamtergebnis der Reichsstatistik. Diese zählt an Betrieben über 100 Hektar 1882 20 439 = 0,7 %, 1907 dagegen nur noch 19 117 = 0,6 %. In ganz anderer Weise beeinflussen die Großbetriebe in Preußen das Gesamtergebnis bei einer Übersicht der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Hier umfassen die Betriebe über 100 Hektar 1882 31,7 %, 1907 28,1 %. Dadurch schnellen die Prozentzahlen in der Gesamtreichsstatistik stark in die Höhe. Während in Bayern die Betriebe über 100 Hektar 2,2 % (1882 2,3 %), in Sachsen 13,8 % (14,1 %), in Württemberg 2 % (1,7 %), in Baden 1,3 % (1,8 %), in Hessen 4,5 % (4,9 %) der landwirtschaftlich benutzten Fläche umspannen, nahmen im ganzen Reich die Groß-

betriebe 1907 22,2 % (1882 24,4 %) der bebauten Fläche ein. So stark beeinflußt also die besondere Lage in Preußen das Allgemeinresultat. Meiner Meinung nach dürfen wir deshalb aus den Ergebnissen der Reichsstatistik allein noch keinen endgültigen Schluß ziehen. Fraglos zeigt die Statistik zwar für die Entwicklung der Kleinbetriebe relativ günstige Resultate. Aber diese Resultate sind doch nicht markant genug, als daß wir danach behaupten könnten: der ganze Großbetrieb sei nicht mehr leistungsfähig und müsse untergehen.

Vor allem sind in den einzelnen Zählperioden starke Schwankungen in der Zu- oder Abnahme der verschiedenen Betriebsgrößenklassen zu verzeichnen. Schon für die in Schulz' Untersuchungen besonders hervorgehobenen Mittelbetriebe (5 bis 20 Hektar)¹⁾ sind die statistischen Resultate nicht absolut beweisend. Für die Größenklasse von 2 bis 5 Hektar weist die Zählperiode von 1895 bis 1907 das entgegengesetzte Ergebnis auf als die vorhergehende; im Gegensatz zu der frühern Zunahme hatten jetzt diese Betriebe um 10 041 abgenommen. Auch für die Großbetriebe datiert die abnehmende Bewegung erst aus der Periode von 1895 bis 1907; von 1882 bis 1895 hatten sie noch um 70 zugenommen. Diese Zunahme war freilich auch sehr unbedeutend, sie beweist aber doch, daß auch hier die Entwicklung noch nicht eindeutig ist. Wir müssen ferner berücksichtigen, daß auch der Aufkauf von Großgütern zu Ansiedlungs- und Germanisierungszwecken einen Einfluß auf die statistisch festgestellte Abnahme der Großbetriebe ausübt. Diese künstliche Verringerung der Großbetriebe durch Zerschlagung von Großgütern, die Schulz selbst erwähnt, müßte er aber aus seiner Berechnung ausschalten. Sie beweist selbstverständlich nichts für den natürlichen Gang der landwirtschaftlichen Entwicklung, auf den es hier allein ankommt, sondern stellt einen gewaltsamen Eingriff in diese Entwicklung dar.

Für die starken Schwankungen in der Zu- und Abnahme der einzelnen landwirtschaftlichen Größenklassen sei hier noch ein Beispiel aus Bayern, dem klassischen Land des Mittelbauerntums, angeführt. Hier wies eine einzige Größenklasse (von 5 bis 20 Hektar) in allen 3 aufeinanderfolgenden Zählungen eine Zunahme auf. Alle anderen Größenklassen, also auch die Kleinbetriebe, zeigen 1907 eine Abnahme gegen den Stand von 1882. In dem vom statistischen Landesamt in München herausgegebenen Werk *Die Landwirtschaft in Bayern* heißt es darüber:

»Wenn wir die Verschiebungen während der einzelnen Erhebungsperioden ins Auge fassen, so zeigt sich, daß seit 1895 nur 7 Größenklassen [in der betreffenden Tabelle sind die Betriebe in 18 Größenklassen eingeteilt, beginnend mit Betrieben unter 0,1 Ar bis zu Betrieben über 1000 Hektar], sämtlich unter 20 Hektar, eine Zunahme der Betriebszahl erfahren haben. Alle übrigen Größenklassen weisen einen Rückgang der Betriebszahl auf. Bei den kleinsten Betrieben mögen vielleicht Zählungsverschiedenheiten mit im Spiel sein, so daß sich nicht genau sagen läßt, inwieweit die Ziffern den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Im übrigen aber ist die Entwicklung seit 1895 charakterisiert durch eine entschiedene Zunahme des mittelbäuerlichen Betriebs und eine ebenso entschiedene Abnahme der kleinbäuerlichen, der großbäuerlichen und der Großbetriebe. Die von 1882 bis 1895 im allgemeinen beobachtete Entwicklung hat sich somit seitdem fortgesetzt und verschärft. Bemerkenswert ist, daß der Großbetrieb seiner Fläche nach seit 1895 nicht so stark abgenommen hat wie seiner Zahl nach. In dieser Beziehung scheint vielmehr die Entwicklung so verlaufen zu sein, daß die Großbetriebe, die bestehen blieben, eher

¹⁾ Siehe Schulz *Bodenverstaatlichung oder Güteraufteilung?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1216.

sich vergrößert als verkleinert haben; denn die Durchschnittsfläche eines Großbetriebs war 1882 283,1 Hektar, 1895 318,5 Hektar und 1907 341,6 Hektar.«

Diese amtlichen Feststellungen sind wohl schwerlich verdächtig die Resultate etwa im marxistischen Sinn günstiger zu färben. Dennoch beweisen auch sie, daß es nicht zulässig wäre nur aus den 3 letzten Betriebszählungen so schwerwiegende Folgerungen zu ziehen wie es Schulz tut. Der kurze Zeitraum von 2½ Jahrzehnten ist eben nicht ausreichend, um daraus einen allgemeinen Satz herzuleiten. Auch bietet die Wiedergabe einzelner Resultate aus der Statistik überhaupt keine genügende Grundlage zur Beurteilung des gesamten landwirtschaftlichen Produktionsproblems; hier sind vielmehr noch die verschiedensten anderen Umstände zu berücksichtigen.

ZUM Beweis seiner Behauptung, daß der Kleinbetrieb dem Großbetrieb an Produktivität überlegen ist, führt Schulz mehrere Beispiele an. Er will unter anderm beweisen, daß der klein- respektive der mittelbäuerliche Betrieb weitaus mehr Brotgetreide und Futtermittel erzeuge als der Großbetrieb. Sehen wir zu, wie es in einem normalen bäuerlichen Land, in Bayern, mit der Bestellung des Bodens aussieht.²⁾ Hier das Verhältnis der Getreidefläche zum übrigen Anbau:

Art der Benutzung	Betriebe									
	unter 2 Hektar		von 2 bis 5 Hektar		von 5 bis 20 Hektar		von 20 bis 100 Hektar		über 100 Hektar	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Getreide	49269	46,8	212197	58,9	925684	63,5	530010	65,8	32484	57,4
Zuckerrüben	1006	1,0	2975	0,8	8723	0,6	3385	0,4	1200	2,1
Kartoffel	35255	33,5	65207	18,1	161292	11,1	58759	7,3	7427	13,1
Futterpflanzen	11082	10,5	45496	12,6	191114	13,1	101573	12,6	9704	17,1
Sonstige Ackerfrüchte	4646	4,4	16783	4,7	52475	3,6	22094	2,7	2585	4,6
Brache	1418	1,3	9021	2,5	89838	6,1	75495	9,4	2094	3,7

Ohne Zweifel können sich hier die Großbetriebe neben den Kleinbetrieben getrost sehen lassen. Die prozentuale Steigerung der mit Kartoffeln bestellten Fläche bei den Betrieben unter 2 Hektar deutet sogar auf die prekäre Lage eines großen Teils dieser Kleinbesitzer hin. Noch ungünstiger stellen sich die Klein- und Mittelbetriebe gegenüber den Großbetrieben, wenn wir den Getreidebau in seinen einzelnen Arten betrachten. Es seien hier nur die Verhältniszahlen angeführt. Es wurde Getreide angebaut (in %):

Getreideart	Betriebe				
	unter 2 Hektar	von 2 bis 5 Hektar	von 5 bis 20 Hektar	von 20 bis 100 Hektar	über 100 Hektar
Sommerweizen	1,0	1,2	1,4	1,4	3,2
Winterweizen	5,1	9,5	14,3	18,9	16,6
Spelz	1,7	3,1	3,6	3,2	0,8
Roggen	51,6	42,0	31,4	25,8	23,1
Gerste	17,8	17,0	18,8	20,3	22,5
Hafer	20,6	24,8	27,9	28,2	30,4
Menggetreide	2,2	2,4	2,6	2,2	3,4

²⁾ Ich halte Bayern für die Untersuchung des landwirtschaftlichen Produktionsproblems für weit geeigneter als Preußen oder das Reich. In Bayern ist die Landwirtschaft so ziemlich über das ganze Land gleichmäßig verbreitet. Die Industrie beschränkt sich hauptsächlich auf die 3 Städte Nürnberg, Färth und Augsburg; auf dem Land ist nur in Oberfranken etwas Industrie zu finden.

Auch hier hält der Großbetrieb einen Vergleich mit dem Kleinbetrieb aus. Auffallend erscheint der starke Anteil des Roggenbaus bei den Zwerg- und den kleinfäuerlichen Betrieben. Er beweist, daß sie nur für den persönlichen Bedarf ihrer Besitzer Getreide anbauen können. Deshalb bauen sie natürlich in erster Linie Brotgetreide, also Roggen. Für den Markt können sie davon nichts abgeben. Die Versorgung des Marktes bleibt also den Groß- respektive auch den Mittelbetrieben überlassen, die demnach für die Volkswirtschaft ganz und gar nicht überflüssig erscheinen. Bauen die kleineren und mittleren Betriebe Getreide nur für den Eigenbedarf, so ist das Bestehen größerer Betriebe zur Erzeugung des notwendigen Getreideüberschusses sogar absolut erforderlich. Ob diese größeren Betriebe 50 oder 100 Hektar Bodenfläche umfassen, ist dabei an sich gleichgültig. Die ganze Schulzsche Kleinbetriebstheorie wird jedenfalls durch diese Überlegung allein in ihrer absoluten Form hinfällig.

Schulz stützt seine Anschauungen aber namentlich auf die Ergebnisse der Statistik über die Viehhaltung. Diese liefern ihm das Hauptargument für die behauptete Überlegenheit der Klein- über die Großbetriebe. Und hierin ist seine Beweisführung freilich glücklicher. Denn tatsächlich ist die Dichtigkeit der Viehhaltung in prozentualer Berechnung auf je 100 Hektar Fläche eine höhere in den Klein- als in den Großbetrieben. Während nach der letzten Betriebszählung in Bayern auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche in den Betrieben unter 2 Hektar 72,1 Kühe kommen, kommen auf Betriebe von 100 Hektar und darüber nur 23,4; bei Schweinen stellt sich das Verhältnis auf 114,6 gegenüber 21, bei Hühnern auf 743,1 gegen 56,9, bei Gänsen auf 132,5 gegen 3,5. Aber wiederum verfällt Schulz in den gleichen Fehler aus dieser einen Berechnung auf die Entwicklung im gesamten Großbetrieb schließen zu wollen. Auch hier wieder sind verschiedene Momente in Betracht zu ziehen. Ebensowenig dürfen wir vergessen, daß die Fortführung einer solchen prozentualen Berechnung bis auf die kleinsten und die ausgedehntesten Betriebsgrößenklassen schließlich zu einer reinen Zahlenspielerie wird und jeden realen Sinn verliert. Dehnt man zum Beispiel nach der eben erwähnten Zusammenstellung der Viehdichtigkeit in Bayern die Berechnung auf die Betriebe unter 2 Ar aus, so ergäbe sich für sie auf 100 Hektar landwirtschaftlich bebauter Fläche eine Zahl von 2168,1 Schweinen, 2830 Ziegen, 19 733 Hühnern usw. Demgegenüber ständen für die Großbetriebe mit 500 und mehr Hektar nur 3,5 Schweine, 0,1 Ziegen, 12 Hühner. Niemand wird bestreiten, daß diese rechnerisch vollständig einwandfreien Zahlen praktisch absolut wertlos sind. Man bedenke: Betriebe unter 2 Ar! (1 Ar hat bekanntlich 100 Quadratmeter). Ein Betrieb unter 2 Ar kann höchstens aus einem Häuschen mit einem kleinen Stückchen Ackerland bestehen. 1000 bis 1200 oder gar 1500 solcher Betriebe zusammen würden erst eine Anbaufläche von 100 Hektar ergeben. In einem solchen Betrieb können weder 19 Hühner noch 2 Schweine oder 2 Ziegen gehalten, oder es müßte der größte Teil des Futters dazugekauft werden.

Auf die reale Bedeutungslosigkeit der statistischen Berechnung der Viehdichtigkeit aus der hier erwähnten Tabelle macht übrigens auch Ministerialrat Dr. Zahn vom statistischen Landesamt in München besonders aufmerksam. Er schreibt in dem oben genannten amtlichen Werk:

»Ob aus diesen auf die Dichtigkeit des Viehstands bezüglichen Nachweisungen allein schon die Überlegenheit der kleinen Betriebe über die großen hinsichtlich der Viehhaltung abgeleitet werden darf, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls gelten diese Berechnungen nur für die Gesamtheit der Betriebe zusammen, nicht für jeden einzelnen Betrieb. Man müßte wohl für eine einwandfreie Schlußfolgerung auch erst noch die Zusammensetzung des Viehstands in den einzelnen Größenklassen nach Alter und Geschlecht näher kennen, und es müßte namentlich möglich sein auch die Qualität der Tiere mitzuberechnen. Erst dann ließe sich aus diesen Zahlen ein zutreffendes Urteil in der berührten Frage ableiten, die übrigens sowohl vom Standpunkt der privatwirtschaftlichen Rentabilität wie dem der volkswirtschaftlichen Produktivität zu betrachten wäre.«

Um dem Vorwurf zu begegnen, daß ich gerade da aufhöre zu zitieren, wo Dr. Zahns Ausführungen gegen meine Ansicht sprechen könnten, füge ich übrigens noch eine weitere Stelle hinzu:

»Nach anderweiten allgemeinen Erfahrungen sei der Klein- und Mittelbetrieb dem Großbetrieb bei den heutigen Arbeiterverhältnissen überlegen. Die Höherwertigkeit des Viehs der Großbetriebe ... vermag kaum einen genügenden Ausgleich für die erheblich geringere Dichtigkeit ihres Viehstands zu schaffen.« Im übrigen macht auch Dr. Zahn die richtige Bemerkung, man dürfe aus der unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber den Kleinbetrieben geringern Rentabilität der ostpreussischen Großbetriebe noch nicht folgern, daß der Großbetrieb an sich eine überwundene Betriebsform darstelle.

Daß es mit dem Großbetrieb doch nicht so schlimm bestellt ist, zeigt wiederum die bayrische Statistik vom 12. Juni 1907. Trotz der Zunahme der Kleinbetriebe ging danach die Zahl der Großvieh haltenden Betriebe ganz beträchtlich zurück. 1882 gab es noch 534 434 solcher Betriebe, 1907 deren nur noch 503 099; das ist also eine Abnahme um 31 335. Dennoch stieg die Zahl der Rinder von 3 024 491 im Jahr 1882 auf 3 561 139 im Jahr 1907. Ebenso vermehrte sich die Zahl der Schweine von 1 074 508 auf 1 702 256. Das heißt: Die Zahl der viehhaltenden Kleinbesitzer vermindert sich; eine geringere Zahl von Besitzern produziert zusammen dennoch eine ungleich größere Viehmenge, der einzelne vergrößert also seinen Besitzstand. Eine derartige Steigerung der Viehproduktion ist aber niemals im Kleinbetrieb sondern nur im Mittel- und Großbetrieb möglich. Die Vermehrung der Rinder (Pferde, Schafe und Ziegen lasse ich aus meiner Betrachtung aus, weil sie von vornherein nur in eine bestimmte Betriebsgrößenklasse rangieren) betrug in den Kleinbetrieben 13,8 %, in Mittelbetrieben 28,1 %, in Großbetrieben (über 100 Hektar) 34,1 %. In Parzellenbetrieben (unter 2 Hektar) nahmen sie um 26,1 % ab. Bei Schweinen war das Verhältnis folgendes: Sie vermehrten sich in den Parzellenbetrieben um 69,1 %, in Kleinbetrieben um 61 %, in Mittelbetrieben um 67 % und in Großbetrieben um 95,1 %. Und ebenso wie in Bayern lagen die Verhältnisse in den übrigen Bundesstaaten. Für Rinder ist eine stärkere Vermehrung in den Groß- als in den Kleinbetrieben in Preußen, Sachsen, Baden, Elsaß-Lothringen und im gesamten Reich zu verzeichnen; für Schweine in allen Bundesstaaten mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und ebenso im gesamten Reich. Für eine richtige Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Klein- und Großbetrieben in der Viehhaltung sind diese Tatsachen jedenfalls auch nicht zu übersehen. Für die Viehhaltung besitzen wir im übrigen noch eine weitere statistische Quelle: die Viehzählung vom 2. Dezember 1912. Zwar liegen vorläufig nur ihre Gesamtergebnisse, noch nicht die Einzelheiten vor. Doch ist schon daraus zu entnehmen, daß in Bayern seit der Zählung von 1907 die Anzahl der Rinder

von 3 725 430 auf 3 554 117, also um 6,4 %, gesunken ist. Die Zahl der Schweine zeigt eine Abnahme von 2 056 222 auf 1 800 690, also von 2,4 %. Ebenso sank die Zahl der Schafe, Kaninchen, Gänse, Enten und Hühner, also sämtlicher Vieharten, die für die Fleischversorgung der Bevölkerung von Bedeutung sind. Das gibt sicherlich auch zu denken.

Genosse Dr. Schulz schlägt vor die Zerschlagung der Großgüter zu Zwecken der innern Kolonisation zu einer Programmforderung der Partei zu erheben, um so ein Agitationsmittel für die Landbevölkerung zu gewinnen. Die Absicht ist klar und gut. Aber die Partei könnte sich doch erst dann mit ihm einverstanden erklären, wenn einwandfrei festgestellt wäre, daß auch unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen (bei Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden) die Produktivität der Großbetriebe hinter der der Kleinbetriebe zurückstehen müsse. Wie wenig mustergültig heute besonders die Großgüter des Ostens bewirtschaftet werden, dafür führt Schulz selbst Beispiele an. So zitiert er die folgende Stelle einer Denkschrift:

»Die Bewirtschaftung dieser Güter [Janowitz in Posen] war, von wenigen rühmenswürdigen Ausnahmen abgesehen, schlecht, der Acker zum großen Teil verwahrlost, versumpft und heruntergewirtschaftet, der Ertrag dementsprechend gering. Die Verkehrsverhältnisse konnten kaum schlechter sein als sie es waren.«¹⁾ Unter solchen Umständen kann freilich weder der Groß- noch der Kleinbetrieb rentabel sein. Und hier handelt es sich sicherlich nicht um vereinzelte Ausnahmefälle; was Schulz da sagt, bezieht sich mindestens auf alle mit minderwertigen Arbeitern bewirtschafteten Güter.

Es ist also unmöglich aus diesen Verhältnissen heraus zu entscheiden, welche Form der landwirtschaftlichen Produktion an sich die beste und ertragreichste ist. Ganz richtig sagt Genosse Dr. David:

»Überhaupt handelt es sich ja für uns um die Frage nicht, welcher Betrieb mehr leistet, sondern welcher unter den günstigsten Umständen mehr zu leisten vermag. Die Antwort steht für jeden gewissenhaften Agrarpolitiker fest: Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Berufsstufen und Arten ist ganz relativ. Unter den verschiedenen natürlichen, gesellschaftlichen, historischen Bedingungen ist bald dieser, bald jener Betrieb geeigneter die höchste Produktivität zu erreichen.«²⁾

So ziehe ich also insgesamt den Schluß: Die Entwicklung in der Landwirtschaft zeigte bisher eine Zunahme der kleineren und mittleren und eine Abnahme der Großbetriebe. Aus der Statistik geht ferner hervor, daß die Produktivität der Klein- und Mittelbetriebe unter den heutigen Verhältnissen die der Großbetriebe in zahlreichen Fällen übersteigt. Die bisherigen Resultate reichen jedoch noch nicht aus, um eine systematische Verminderung der Großbetriebe in unserm Programm zu fordern. Da die Statistik über die Ergebnisse der einzelnen Betriebsformen in der Landwirtschaft vorläufig noch sehr schwankende Resultate zeigt, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß man weitere und definitive Ergebnisse abwartet, darauf die Untersuchung aufbaut und erst, wenn die Sachlage zweifelsfrei festgestellt ist, bestimmte Agrarforderungen erhebt. Vorläufig würde mir die Aufstellung eines besondern Agrarprogramms verfrüht erscheinen. Dagegen halte ich es für notwendig, daß die Partei die Kleinbetriebe in der Landwirtschaft schützt und fördert.

¹⁾ Siehe Schulz Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 2. Band, pag. 1033.

²⁾ Siehe David Sozialismus und Landwirtschaft, 1. Band / Berlin 1903 /, pag. 55.

XX

SEN KATAYAMA · DAS JAPANISCHE REGIME UND DER SELBSTMORD ALS SOZIALE ER- SCHEINUNG



JAPAN ist unter allen Ländern der Erde am schwersten durch Steuern belastet. In Japan ist man stolz auf Tapferkeit und auf billige Arbeit. Innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren hat das Land 2 kritische Perioden durchlebt: die Kriege mit China und mit Rußland. Aus beiden ist es siegreich hervorgegangen. Dem Volk aber geht es ganz und gar nicht besser. Warum? Das ist bei den augenfälligen Fortschritten, die Japan gemacht hat, für den Außenstehenden schwer zu begreifen. Vieles von der Kultur des europäischen Westens hat Japan in dem letzten halben Jahrhundert angenommen. In der Industrie herrscht jetzt auch bei uns das Fabrikssystem; fast eine Million Arbeiter arbeiten im Lande in verschiedenen Fabrikbetrieben. Wir errichten mächtige Hochbauten nach den neuesten Eisenkonstruktionen; wir exportieren Baumwollwaren nach fremden Ländern. Aber der größte Teil der Bevölkerung bestellt dabei den Boden noch auf Urväterart, mit Hacke und Spaten. So steht Ältestes direkt bei Neuestem. Japan besitzt auch eine großartige Flotte von 500 000 Tonnen Gehalt und ein bedeutendes Landheer, das 19 Divisionen umfaßt und auf 25 Divisionen verstärkt werden soll.

Der japanische Staat hat eine konstitutionelle Regierung. Neben dem Kaiser stehen die verantwortlichen Minister, an ihrer Spitze der Ministerpräsident. Dieser bestimmt nach seiner Wahl die anderen Minister, die der Kaiser zu ernennen hat. Nun war bei der letzten Regierungskrise der Kriegsminister wegen der Forderung die Armee in Korea um 2 Divisionen zu vergrößern allein in Opposition zu den übrigen Mitgliedern des Kabinetts; er legte sein Portefeuille direkt in die Hände des Kaisers zurück. Es war jetzt die Aufgabe des Ministerpräsidenten Saionji an seiner Statt einen andern für seinen Posten zu gewinnen. Er fand indes niemand, und daher demissionierte er mit den sämtlichen übrigen Ministern. Als neuen Kabinettschef empfahl er den Fürsten Yamergata. Dieser lehnte ab. Nach vielen Schwierigkeiten, und nachdem nach einander 3 Kandidaten das Ministerportefeuille ausgeschlagen hatten, fand sich endlich in der Person des Fürsten Katsura jemand, der die Kabinettsbildung übernahm. Es gelang ihm auch das Ministerium zustande zu bringen. Was diesen Ministerwechsel besonders eigentümlich erscheinen läßt, das ist die Tatsache, daß Saionji nicht nur der Hauptführer und der Beherrscher der liberalen Partei ist, von der die Mehrheitsbildung im Haus der Abgeordneten völlig abhängt, sondern daß auch seine Politik allgemein gebilligt wurde, ja in fast allen Klassen der Bevölkerung begeisterte Zustimmung und Unterstützung fand. Nur die Bürokratie war gegen ihn. Daß er sich nicht halten konnte, beweist, daß in Japan gegenwärtig die Bürokratie ausschlaggebend ist. Indessen scheint der Regierungswechsel auch für die Bourgeoisie günstig; wenigstens wird das neue Ministerium von den kapitalbesitzenden Klassen willkommen geheißen. Der größte Teil der Bevölkerung ist aber gegen diese Regierung. Man nimmt daher allgemein an, daß sehr bald ein scharfer Konflikt zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Ministerium zum Aus-

bruch kommen werde. Vielleicht darf man mit einer Änderung des bestehenden Zustands rechnen, da die Parteien entschlossen scheinen den Kampf bis zum äußersten durchzufechten. Ebenso freilich das Ministerium. Dieses hat seine Vorbereitungen für den Kampf bereits getroffen, indem es an Stelle der alten Polizei- und Verwaltungsbeamten neue ernannte. Der Präsident der Polizeipräfektur von Tokio ist ein bekannter früherer Polizeichef der Stadt. Er war es, der im September 1908 den Befehl gab die Revolutionäre in Tokio niederzuschießen. Ebenso ist der neue Minister des Innern ein bekannter Veteran im Dienst der Bureaukratie.

In der Öffentlichkeit denkt man allgemein sehr pessimistisch über die Zukunft. Es ist in der Tat nicht vorauszusagen, was sich aus der gegenwärtigen Situation herausbilden wird. Nur dies eine scheint sicher: Man wird auf Heeres- und Flottenverstärkungen hinarbeiten und zu diesem Zweck entweder weitere Steuern erheben oder versuchen im Ausland eine neue Staatsanleihe aufzunehmen, was allerdings wiederum die Lasten vermehren muß. Wir besitzen über die Belastung der japanischen Bevölkerung vorläufig noch keinerlei statistische Erhebungen. Aber der anerkannt erste Sachverständige Japans auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und des Finanzwesens ist der Meinung, daß die Steuern, die in Japan an die verschiedenen Körperschaften, das heißt an die staatlichen und die kommunalen Behörden zu entrichten sind, für jeden Staatsbürger über ein Drittel des Einkommens betragen. Das ist äußerst hart für den, der seinen Lebensunterhalt aus eigener Arbeit bestreiten muß. Vor 2 Jahren ging in Japan ein Arbeiterschutzgesetz für Fabrikarbeiter durch. Aus Mangel an Geldmitteln konnte es bis jetzt noch nicht in Kraft gesetzt werden, so daß die japanischen Arbeiter nach moderner Auffassung so gut wie gar nicht geschützt sind. Seit 1 oder 2 Jahren leidet die Bevölkerung auch unter sehr hohen Lebensmittelpreisen. In Tokio leben mehr als 200 000 Menschen an der Grenze des Elends; in 7 Elementarschuldistrikten wurden fast 1000 Kinder gezählt, die aus Armut die Schule nicht besuchen können; weitere 1000 Schulkinder haben nicht genug, um sich jemals satt zu essen.

Was ist die Folge aller dieser traurigen Zustände? Zunächst eine ständige Zunahme der Verbrechen. Über 70 000 Personen füllen gegenwärtig die japanischen Gefängnisse. Namentlich aber steigt die Anzahl der Selbstmorde immerwährend. Man sehe die folgenden Zusammenstellungen:

Jahr	Todesart				Anzahl der Selbstmorde auf je 10 000 Einwohner
	Selbstmord	Mord	Tod auf der Straße	Tod durch Unglücksfälle oder dergleichen	
1899	8699	1063	1344	12 664	1,99
1900	8372	995	1378	13 550	1,89
1901	8433	1088	1159	11 536	1,89
1902	8582	1148	1057	11 445	1,90
1903	8783	1169	1042	13 395	1,92
1904	9864	1276	1210	13 918	2,12
1905	10149	1178	1440	14 142	2,15
1906	9413	1196	1402	13 324	1,97
1907	8906	1236	1378	14 015	1,84
1908	9180	1360	1244	15 525	1,87
1909	9600	1531	1071	14 100	1,95

Jahr	Art des Selbstmords						
	Erhängen	Ertrinken	Durchschneiden der Kehle	Vergiften	Erschießen	nicht festgestellt	insgesamt
Männer							
1904	3925	1092	242	152	127	615	6153
1905	3899	1179	261	155	126	625	6245
1906	3593	1148	186	124	117	564	5732
1907	3337	984	193	137	127	644	5422
1908	3296	921	201	170	121	759	5468
1909	3427	1087	239	171	143	830	5897
Frauen							
1904	1704	1600	103	76	9	219	3711
1905	1718	1776	79	59	8	264	3904
1906	1591	1685	95	58	8	244	3681
1907	1516	1510	87	68	13	290	3484
1908	1573	1536	112	103	9	379	3712
1909	1517	1574	108	112	12	380	3703

Als Ursachen der Selbstmorde wurden im Jahr 1909 angegeben: Wahnsinn bei 2597 Männern und 1577 Frauen; Krankheit bei 1100 Männern und 735 Frauen; Armut bei 706 Männern und 311 Frauen. Das heißt also: Von 9600 Menschen töteten sich ungefähr 7000 aus einer der 3 genannten Ursachen. Wohl wird in Japan unter bestimmten Umständen der Selbstmord als eine sittliche Tat gerühmt, wie etwa im Fall des Generals Nogi. Aber von diesen Ausnahmen abgesehen ist er im wesentlichen durch die gegenwärtigen sozialen Zustände im japanischen Land bedingt.

ROBERT SCHMIDT · RENTENHYSTERIE

BEKANNTLICH ist die finanzielle Grundlage der Arbeiterversicherung auf Beitragsleistungen der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates respektive der Gemeinden aufgebaut. Dem Arbeiter werden zwei Drittel der Lasten, die die Krankenversicherung bewirkt, und die Hälfte der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auferlegt, während die Unternehmer ein Drittel der Krankenversicherung, die Hälfte zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und die Unfallversicherung tragen. Der Staat gibt zu jeder Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrente einen bestimmten Beitrag, die Gemeinde trägt einen Teil der Verwaltungskosten.

Die Beitragsleistungen sind fortgesetzt Gegenstand der lebhaftesten Klage in Unternehmerkreisen, während die Arbeiter wohl mit manchen Einrichtungen der Arbeiterversicherung unzufrieden sind, aber über die Beitragsleistung Beschwerden nie geäußert haben. Vor allem sind es die fortgesetzt steigenden Ansprüche der Unfallversicherung, die stark den Unwillen in Unternehmerkreisen hervorrufen. Es gibt eben sehr viele, die eine andere Pflicht dem Arbeiter gegenüber nicht anerkennen wollen als die für die geleistete Arbeit den Lohn zu zahlen. Diese Anschauung geht darauf hinaus im Arbeiter ein Stück Arbeitsmaterial zu betrachten, das nach seinem Wert ausgenutzt wird, dann aber aus dem Betrieb ausscheidet, wenn ein gewisser Nutzwert nicht mehr vorhanden ist. Die soziale Gesetzgebung hat diese Wertung nicht gelten lassen sondern die Unternehmer zu Leistungen heran-

gezogen, die für den Fall bereit stehen, daß die Arbeitskraft durch Unfall oder Krankheit versiegt. Wo ein wenig soziales Empfinden vorhanden ist, wird dieser Standpunkt keine Anfechtung erfahren können. Unser Erwerbsleben fordert heute eine sehr erhebliche Zahl von Opfern an Gesundheit und Leben, und wenn nur unter diesen Voraussetzungen das wirtschaftliche Getriebe aufrechtzuerhalten ist, dann darf die soziale Fürsorge nicht den wirtschaftlich Schwachen auferlegt werden sondern dem, der den Ertrag aus der Arbeit zu einem erheblichen Teil für sich in Anspruch nimmt.

Es ist übrigens nicht zutreffend, daß die Unfallziffer relativ steigt. Vergleichen wir die Ergebnisse des letzten Berichts (über das Jahr 1910) des Reichsversicherungsamtes mit den Ergebnissen vor 10 Jahren, so ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Jahr	Durch Betriebsunfälle wurden				Auf je 1000 Versicherte kamen				
	getötet	erwerbsunfähig völlig	gemacht teilweise	vorüber- gehend	Verletzte insgesamt	Tote	Erwerbsunfähige völlig	teilweise	vorüber- gehend
1900	8449	1366	51 111	45 521	5,63	0,45	0,07	2,70	2,41
1910	8704	1060	47 325	73 735	4,75	0,31	0,04	1,72	2,68

Die Tabelle ergibt, daß prozentual die Zahl der Unfälle zurückgegangen ist. Sicherlich ein Beweis, daß die Unfallverhütung Fortschritte gemacht hat. Auch ist die Rechtsprechung den Berufsgenossenschaften zu Hilfe gekommen; sie stellt heute viel strengere Anforderungen für den Nachweis der Erwerbsbeeinträchtigung als ehemals. Daher sinkt die Zahl der völlig und teilweise Erwerbsunfähigen, während die Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen, die nur für kürzere Zeit Rente bekommen, aufwärts geht.

Trotzdem steigen die Lasten der Unfallversicherung, weil ein Beharrungszustand noch nicht eingetreten ist. Zu den alten Verpflichtungen kommen die in jedem Jahr neu entstehenden hinzu. Auch ist die Durchschnittstendenz in der Abnahme der Unfälle nicht allgemein. So steigerten sich in der Knappschaftsgenossenschaft in dem 10jährigen Zeitraum die Zahl der Unfälle auf 1000 Versicherte von 12,2 auf 15,54. Diese außerordentlich hohe Unfallziffer beweist, daß in zahlreichen Erwerbszweigen die Gewinne nur mit großen Opfern an Leben und Gesundheit der Arbeiter eingeheimst werden können. In die Bilanz eines Unternehmens gehören aber an erster Stelle die Aufwendungen für diejenigen, die Schaden gelitten haben, diese Aufwendungen sind ein Bestandteil der Betriebskosten. Das vermögen indessen gerade die führenden Kreise in den Industrien nicht einzusehen, in denen der Verbrauch von Arbeitskräften am schnellsten sich vollzieht. Nirgends ertönen die Klagen über die Lasten der Arbeiterversicherung lauter als in den Kreisen der Schwereisenindustrie und des Bergbaus, also da, wo jährlich Tausende siecher und verkrüppelter Arbeiter aufs Straßengewühl geworfen, wo im Jahr 1910 allein 2186 Arbeiter durch Betriebsunfälle totgeschlagen wurden. Es entspricht daher ganz der Stimmung jener Kreise, wenn jetzt Professor Ludwig Bernhard in seinem Buch *Un-erwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik* der Arbeiterversicherung ein vernichtendes Urteil spricht.¹⁾ Seine Behauptung, daß die Arbeiterversiche-

¹⁾ Siehe über dieses Buch Kampffmeyer *Tendenzwissenschaft gegen Sozialpolitik* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 3 II.

nung die Simulation und die Sucht nach Rente groß gezogen hat, ist nicht neu, sie ist sehr oft von solchen, denen die Sozialpolitik immer ein Greuel war, vorgetragen worden. Das genannte Buch gewinnt nur Bedeutung durch die Stellung des Verfassers und durch die Unbefangenheit, mit der in ihm ohne genügende Sachkenntnis die ungeheuerlichsten Behauptungen aufgestellt werden.

Die Unfallverletzten sollen nach Professor Bernhard von Rentenbegehrungsvorstellungen beherrscht werden, aus denen sich dann im weiteren Verlauf Unfallneurose, Hysterie oder andere Nervenerkrankungen entwickeln. Die Arbeiter verzögern vielfach die Heilung des Leidens, um die Rente länger zu erhalten, sie übertreiben und simulieren, um unrechtmäßig den Anspruch zu erlangen. Zum Beweis werden Ärzte genannt, die fast ohne Ausnahme im Dienst der Berufsgenossenschaften stehen, und von denen einige ihre Heilanstalten nur dadurch halten, daß ihnen die Berufsgenossenschaften dauernd Patienten überweisen. Jeder, der mit Unfallsachen zu tun hat, weiß, daß er von diesen Ärzten eine sehr geringe Einschätzung der Nervenleiden für die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Arbeiters zu erwarten hat. Diejenigen Ärzte aber, die nicht in diese einseitige Beurteilung einstimmen, werden von Professor Bernhard beiseite geschoben, ihre Statistik der Nervenerkrankungen wird bemängelt und als unzuverlässig hingestellt. In den letzten Jahren ist allerdings wiederholt in der ärztlichen Fachpresse die Meinung vertreten worden, daß die Fälle von traumatischer Neurose früher nicht im Anschluß an Unfälle beobachtet wurden, erst die Unfallversicherung habe sie gezeitigt. Diese Annahme hat aber keine sichere Grundlage; denn der Arzt hat erst durch die Unfallversicherung die Möglichkeit jahrelang den Patienten zu beobachten, während dies früher nur eine Ausnahme gewesen sein wird. In der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung* vom 15. Dezember 1912 wendet sich Dr. E. Bloch unter Angabe einiger krasser Fälle, die dartun, daß auch ohne Rentenanspruch nach Verletzungen schwere Nervenleiden in die Erscheinung getreten sind, gegen jene einseitige Beurteilung der Unfallnervenerkrankungen. Eines dieser Beispiele widerspricht auch direkt der Behauptung des Professors Bernhard, daß bei den Studentenmensuren keine traumatische Neurose zu beobachten ist. Dr. Bloch teilt aus seiner Praxis einen Fall mit, der das Gegenteil zeigt.

Es zeugt immer von einem mangelnden sozialen Verständnis, wenn Ärzte behaupten, daß die Begehrungsvorstellung eine Rente zu erlangen die Unfallneurose auslöse. Ein verständiger Nervenarzt wird nicht bestreiten, daß die Unsicherheit der Existenz, die Sorge um die Zukunft ungünstig auf das Nervensystem des Patienten einwirken. Ist der Verletzte nicht in dieser Lage? Die Unfallversicherung bietet ihm bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes bis zu 1500 Mark, jetzt 1800 Mark, als Rente. Der Mehrverdienst wird nur mit einem Drittel angerechnet. Bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit wird diese Rente den Arbeiter in seiner sozialen Stellung schwer herabdrücken. Noch schlimmer steht es um den Verletzten, wenn ihn der Arzt zur Hälfte oder ein Drittel erwerbsfähig schreibt. Der Arzt hat ganz zutreffend geschätzt. Aber wer nimmt einen Arbeiter, der zur Hälfte erwerbsfähig ist? Die großen Betriebe stellen keinen Arbeiter ein, der nicht ärztlich untersucht ist, über 40 Jahre alte Arbeiter werden überhaupt zurückgewiesen. Es klingt recht eigenartig, wenn,

wie es oft geschieht, vor dem Reichsversicherungsamt dem Verletzten auf seine Frage, wie er seine 25 oder 40 % Erwerbsfähigkeit verwenden könne, die Antwort zuteil wird, er möge versuchen Heimarbeit zu erlangen oder sich um eine Stellung als Wächter oder Bote bemühen. Regelmäßig erfolgt hierauf die Antwort: auch da will man keine Krüppel haben. Wenn alle die Ärzte, die da behaupten, die Unfallverletzten meiden die Arbeit, ihre Hilfsbereitschaft dadurch zeigen würden, daß sie einmal versuchten für den Verletzten Arbeit zu beschaffen, dann würde mancher doch einen ganz anderen Einblick in diese Dinge erhalten. Diese Belehrung wird allerdings bei Ärzten unfruchtbar sein, die die Arbeiterversicherung nur von dem Standpunkt betrachten, ob der freien Inanspruchnahme des Arztes Grenzen gezogen werden, wie es dem Professor Quincke (auch ein Zeuge, auf den sich Professor Bernhard beruft) beliebt. Dieser Sachverständige der Arbeiterversicherung schloß einen Artikel in der *Schlesischen Zeitung* im Jahr 1905 mit der weisen Lehre:

»Der einzelne wie die Nation, die im Lebenskampf bestehen wollen, sollte der Devise gedenken: Hilf dir selbst, so wird Gott dir helfen!«

Bei solcher Höhe der sozialen Einsicht würde man den Versicherten das Gesundheitsbeten empfehlen müssen.

Niemand, der objektiv den Vorgängen in der Arbeiterversicherung gegenübersteht, wird bestreiten, daß es Fälle gibt, wo der Verletzte übertreibt oder simuliert. Nur wäre es töricht einzelne Vorkommnisse unter den Hunderttausenden zu verallgemeinern. Bei den Mitteln, die dem Arzt für die Untersuchung zur Verfügung stehen, ist es ausgeschlossen, daß er wirkliche Simulation nicht erkennt. Was freilich alles von Ärzten als Simulation angesehen wird, dafür einige Beispiele: Bei einem Arbeiter stellte sich nach einem Unfall ein starkes nervöses Zittern des rechten Beines ein. Der Arzt der Berufsgenossenschaft hielt diese Zitterbewegung für künstlich gemacht. Im Bureau des Zentralarbeitersekretariats in Berlin saß der Mann eine Stunde, ohne daß bei abgelenkter Aufmerksamkeit die nervösen Zuckungen unterbrochen wurden. Es ist rein unmöglich stundenlang solche Zitterbewegung künstlich zu machen; zu dem Ergebnis müßte ein Arzt bei sachlicher Würdigung des Vorgangs ganz von selbst kommen. Das Obergutachten des Reichsversicherungsamtes bestätigte dann, daß von Simulation keine Rede sein könne. Noch eigenartiger lag ein zweiter Fall. Der Verletzte zeigte ein starkes Vibrieren der Haut der linken Oberkörperhälfte. Der Arzt der Berufsgenossenschaft bemerkt, das sei künstlich hervorgerufen; man könne solches willkürliche Zittern der Haut auch bei Pferden beobachten, wenn sie Insekten wegscheuchen. Dieser Pferd doktor machte mit seiner Entdeckung keinen Eindruck, weil der Einwand, daß eine solche Bewegung nicht künstlich hervorgerufen werden könne, auch den Richtern glaubhaft erschien. Aber die Fälle solcher unverständlichen Anschuldigung der Simulation sind nicht selten.

Das ganze Gerede über die Rentensucht der Arbeiter ist schon deshalb ganz töricht, weil das Reichsversicherungsamt seit langem entschieden hat, daß eine traumatische Neurose, die im Kampf um die Rente entsteht, nicht als Unfallfolge anzusehen sei. Diese Entscheidung ist außerordentlich hart für die Verletzten. In einer Besprechung einer Schrift *Die Unfallneurose, ihre Entstehung, Beurteilung und Verhütung* von Dr. Sachs kommt Dr. F. Lepp-

mann in der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung* 1903 zu folgendem Ergebnis:

„Die beiden Schlußkapitel handeln von der Behandlung und Verhütung der Unfallneurose. Scharf bekämpft wird jede Intensivbehandlung, gewarnt wird vor der Gewöhnung an objektiv ungerechtfertigte Renten auf dem ganzen Gebiet der Unfallverletzungen, auch die sogenannten *Gewöhnungsrnten* erscheinen dem Verfasser nicht unbedenklich, und zum Schluß nennt er das Radikalmittel, welches geeignet sei die Unfallneurose aus der Welt zu schaffen: komme der Gutachter nach sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis, daß der Unfall nur das auslösende Moment für einen Kampf um eine Rente dargestellt habe, dann dürfe für die Unfallneurose keine Rente bewilligt werden; einzelne Ungerechtigkeiten würden zwar vorkommen, aber die Ausrottung der traumatischen Neurose sei solche Opfer schon wert. Diese Schlußsätze des Buches stellen nach unserer Überzeugung den großen Irrtum des Verfassers dar. Gewiß: Wenn man nachweisen kann, daß der Unfall nur ein Streben nach Rente, und dieses erst wieder die Nervenkrankheit ausgelöst habe, dann ist die Neurose nicht entschädigungspflichtig. Aber wenn wir sorgfältig alle Fehlerquellen ausschalten, dann können wir diesen Nachweis eben sehr selten führen, so selten, daß es gegenüber der großen Zahl der Unfallneurosen gar keine Rolle spielt. Wenn wir aber umgekehrt glauben häufig beweisen zu können, daß bloß die Aussicht auf Rente die Ursache der Krankheit sei, dann ignorieren wir eben die wichtigsten Fehlerquellen, dann berücksichtigen wir nicht genügend die eventuelle Wirkung von Kopfverletzungen auch scheinbar harmloser Art auf den Schädelinhalt, die Wirkung fortgesetzter Schmerzen, begründeter Zukunftssorgen, heftiger Schreckwirkungen auf das Seelenleben. Gewiß sehen wir in Tausenden und Abertausenden von Einzelfällen, daß neben diesen rein körperlichen und unvermeidlichen seelischen Einflüssen auch Vorstellungsserien, die an die Rente anknüpfen, das Krankheitsbild stark beeinflussen, aber wo will man in diesen Mischfällen die Grenze ziehen, was entschädigungspflichtig und was nicht?“

Die Darlegung trifft durchaus das Richtige. Wenn heute die Zahl der Nervenkrankungen erheblich zunimmt, so ist das keine besondere Erscheinung in der Unfallversicherung sondern leider eine allgemeingültige Beobachtung für alle Erwerbsschichten. Die Ursachen sind nicht unbekannt. Das Hasten und Jagen im Erwerbsleben, der Kampf eine soziale Position zu erhalten stellen Ansprüche an die Spannkraft des einzelnen, denen auf die Dauer die Nerven nicht widerstehen. Die Zahl der Nervenkranken wächst ungeheuer, und die junge Generation zeigt nicht selten, daß ihr die Nervenschwäche der Eltern als unwillkommenes Erbe mitgegeben ist. Es ist erschreckend, wie groß die Zahl nervenkranker Kinder ist. Werden solche nervenschwachen Personen Opfer eines Unfalls, so tritt eine Erschütterung ihres Nervensystems ein, die alle Symptome der traumatischen Unfallneurose zeigen, sie verzagen im Kampf um die Existenz, der Zustand steigert sich bis zu unerträglichen Angstvorstellungen. Auch hier einige Beispiele. Ein Bergarbeiter, der bei einem schweren Unfall im Betrieb gerettet wurde, war nicht zu bewegen seine Arbeit im Bergwerk wieder aufzunehmen, weil er von einem Angstgefühl beherrscht wurde, das jede Arbeit unmöglich machte. Das ist nicht etwa ein sittlicher Defekt, wie Professor Bernhard erklären würde, der durch die Unfallversicherung begünstigt ist, sondern ein krankhafter Zustand. Einen Beweis dafür finden wir in dem Verhalten eines bei dem Untergang der *Titanic* Geretteten, der so unter den Angstvorstellungen jener Unglücksnacht litt, daß er schließlich geisteskrank wurde. Daß hier die Begehrungsvorstellung zur Erlangung einer Rente diesen Zustand herbeiführte, ist wohl nicht anzunehmen.

Die Behauptung, daß die Arbeiter den Heilungsprozeß verzögern, muß von allen abgelehnt werden, die nicht mit großer Voreingenommenheit dem Ar-

beiter begegnen. Es würden wohl auch kaum alle Berufsgenossenschaften in dieses Urteil des Professors Bernhard einstimmen. Richtig ist nur, daß in vielen Fällen die Arbeiter den vollständigen Abschluß des Heilverfahrens verlangen, ehe sie die Arbeit aufnehmen. Das ist berechtigt und auch begründet; eine zu frühe Aufnahme der Arbeit verursacht nicht selten einen Rückschlag der Erkrankung, und es liegt nahe, daß der Arbeiter möglichst einen hohen Grad der Erwerbsfähigkeit wieder erlangen will. Gewiß würde der Wegfall der Rente ein Zwang sein die Arbeit aufzunehmen; aber die Unfallversicherung soll auch ein geordnetes Heilverfahren und, wenn möglich, die Wiederherstellung des Verletzten herbeizuführen.

Auch die Arbeitersekretariate sind dem Professor Bernhard verdächtig dem Arbeiter die Rentensucht zu suggerieren. In der ärztlichen Literatur soll darüber geklagt werden. Demgegenüber kann darauf hingewiesen werden, daß von vielen Ärzten Verletzte zu den Arbeitersekretariaten geschickt werden. Vor einigen Jahren hat ein sehr angesehener Arzt in einem Vortrag im Reichsversicherungsamt hervorgehoben, wie objektiv man den Ansprüchen der Verletzten im Zentralarbeitersekretariat gegenübersteht, wie dort unberechtigte Ansprüche abgelehnt werden usw. In Bezirken, in denen die Arbeiter über die Arbeiterversicherung aufgeklärt sind, da, wo die Gewerkschaft ihre Tätigkeit entfaltet, ist die Inanspruchnahme der Spruchbehörden sehr niedrig. Aus Schlesien und Posen, wo es an politischer und gewerkschaftlicher Organisation noch sehr mangelt, gelangen an das Reichsversicherungsamt die meisten aussichtslosen Invalidensachen. Wer so schwere Angriffe gegen die Arbeiter und ihre Institutionen schleudert, hätte schon die Pflicht sich die Sache etwas eingehender anzusehen. Vor allem wäre ein Studium der Berichte der Arbeitersekretariate unerläßlich gewesen, wenn man irgend ein begründetes Urteil abgeben wollte.

Was ist nun das Schlußergebnis der Bernhardschen Kritik? Professor Bernhard schlägt vor die Kostenfreiheit bei den Spruchbehörden aufzuheben, um die große Zahl der Prozesse zurückzudrängen. Nehmen die Arbeiter wirklich die Spruchbehörden viel in Anspruch? Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts vom Jahr 1911 wurden in Unfallsachen von 100 berufungsfähigen Bescheiden 17,18 vom Arbeiter angefochten; in Invalidensachen waren es sogar nur 14,5. Kein verständiger Mensch kann behaupten, daß diese Zahlen eine große Prozeßwut bekunden. Dem Professor Bernhard sind diese Tatsachen offenbar ganz unbekannt; das läßt aber sein Wissen nicht gerade als sehr gründlich erscheinen. Als weiteres Reformmittel wird von ihm die Streichung aller Renten unter 25 % und die Rentenabfindung der Verletzten empfohlen. Das bedeutete eine Entlastung der Industrie, dürfte aber vorläufig doch nur ein frommer Wunsch bleiben.

Wenn es wirklich wahr wäre, was Profesor Bernhard behauptet: daß die Arbeiterversicherung moralisch und hygienisch unerwünschte Folgen zeitigt, so wäre das eben eine überaus traurige Begleiterscheinung der Arbeiterversicherung. Diese Behauptung steht aber auf luftigem Grund. Es ist Professor Bernhard ebensowenig geglückt sie durch Argumente und Tatsachen glaubhaft zu machen wie allen denen, die vor ihm über die angebliche Rentenhysterie der Arbeiter geklagt haben.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Wilhelm Schröder

Reichstag: Am 7. Februar ist ein 1912 Jahr verflossen, seitdem der deutsche Kaiser den Reichstag mit einer Thronrede eröffnete, in der es im Hinblick auf die soziale Gesetzgebung hieß, daß die Entwicklung nicht still stehe. Blätter der bürgerlichen Linken lobten den versöhnlichen und volkstümlichen Ton der Kundgebung und fanden Worte der Anerkennung für den Versuch der Regierung mit dem Reichstag der 110 Sozialdemokraten zu leben. Der Reichstag selbst schickte sich in die neuen Verhältnisse und brachte die Tatsache, daß die Macht der verbündeten Parteien der Konservativen und des Zentrums zurückgedrängt war, durch die Wahl des Präsidiums zum Ausdruck. Als es dann an die Beratung des Etats ging, erklärte der Abgeordnete Dr. Frank im Namen der stärksten Fraktion des deutschen Parlaments, daß auch sie als oberstes Gesetz den Zwang zum Schaffen anerkenne. Leider erwies sich die Arbeits- und Abstimmungsmehrheit der Linken recht bald als eine Erscheinung vorerst noch recht problematischer Natur. Mit der Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstagspräsidium hatte es nach 4 Wochen ein Ende, weil die Sozialdemokratie sich nicht in die neuen Verhältnisse schicken wollte, und der parteigenössische Schaffensdrang lebte sich zunächst in der gründlichen Erörterung des mit der Fortschrittspartei getroffenen Wahlabkommens und der Schandwürdigkeit der Dämpfungstaktik aus. Auf der andern Seite der auseinanderstrebenden Kampflinie Bassermann-Bebel sah man ähnliches: Entschuldigungen der Nationalliberalen ob des von den Konservativen gegen sie erhobenen Vorwurfs durch die Stimmabgabe zugunsten Bebels bei der Präsidentenwahl das Vaterland verraten zu haben und die Zusicherung hinfür den nationalen Traditionen der Partei treu zu bleiben. Wie der Wille des rechten Flügels dieser Partei mit den Konservativen auf gutem Fuß zu leben in die Tat umgesetzt wurde, und wie dann die Konservativen dieses Wohlverhalten mit Einbruchversuchen in nationalliberales Gelände beantworteten, ist bekannt. Mittlerweile

haben die Zänkereien innerhalb der nationalliberalen Partei derartig ungebärdige Formen angenommen, daß man fast glauben könnte, es würde von jedem in ihren Reihen als eine Erlösung betrachtet werden, wenn der rechte Flügel sich mit den Freikonservativen vereinigte und die übrig bleibenden zwei Drittel gemeinsam mit den Fortschrittler eine dem Zentrum fast an Stärke gleichkommende Partei zu bilden suchten. Die Verstärkung des linken Elements im Liberalismus würde freilich gleichzeitig den Verzicht auf eine Mehrheitsbildung der Gesamtlinken in sich schließen, die sehr wohl möglich wäre, da die Fortschrittler ihre Bereitwilligkeit zu einem Zusammengehen mit dem Nationalliberalen deutlich genug gezeigt haben. Ist man aber dazu entschlossen, so läßt sich trotz aller zentrifugalen Tendenzen doch ein *modus vivendi* finden. Indes wäre aller Liebe Mühe umsonst, wenn die Sozialdemokratie in ihrer Isolierung bleibt, die schon um deswillen nicht glänzend zu nennen ist, weil sie durchaus den Wünschen der Regierung und der Konservativen entspricht.

Hoffentlich bleibt die Lage derart, daß wenigstens eine entschiedene Abwehr scharfmacherischer Pläne, wie sie sich in der Abstimmung über die konservative Arbeitswilligenresolution am 22. Januar gezeigt hat, allezeit im Reichstag selbstverständlich ist. Freilich, etwas Positives liegt in solchen Willenskundgebungen nicht. Daß trotz der 110 Sozialdemokraten die Reichsregierung doch noch nicht daran denkt die wachsende Macht der organisierten Arbeiterschaft anzuerkennen, hat Staatssekretär Dr. Delbrück in jener Reichstagsrede vom 10. Dezember 1912 gezeigt, die in der Beweisführung gipfelte, daß die Unternehmer unumschränkte Herren über das Koalitionsrecht der Arbeiter seien, und die den christlichen Gewerkschaften aus keinem andern Anlaß als wegen ihres arbeitswilligen Verhaltens beim großen Bergarbeiterstreik Anerkennung zollte. Aber auch in dieser wichtigen Frage liegt die Entscheidung weniger bei der Sozialdemokratie als beim Zentrum, das nach der bis jetzt geltenden Anschauung auf die hinter ihm stehenden Arbeiter einige Rücksicht zu nehmen hat. Immerhin darf man jetzt wohl

endgültig bei der Regierung die Erkenntnis voraussetzen, daß alle gewalt-samen Mittel gegen den Emanzipations-kampf der Arbeiterklasse versagen müssen, daher unanwendbar seien. Wenn auch nicht in der Sozialpolitik, so hat doch in den politischen Befug-nissen des Reichstags ein Stück Ent-wicklung eingesetzt. Durch Beschluß vom 8. Mai 1912 ist die Einrichtung der kleinen Anfragen geschaffen worden, für die am Dienstag und Freitag jeder Woche je eine Stunde reserviert ist. Weiter hat der Reichstag sich das Recht gegeben an die Besprechung von Inter-pellationen die Feststellung zu knüpfen, daß die Behandlung der in Betracht kommenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder nicht ent-spricht. Während der Reichstag von der Ausdehnung des Interpellationsrechts bislang nur einen mäßigen Gebrauch machte, waren seine Mitglieder um so fleißiger im Stellen der kleinen An-fragen. Nicht selten, daß ihrer etwa ein halbes Dutzend an einem Tag zu er-ledigen waren. Daß die Antworten der Regierungsvertreter zuweilen recht mager und nichtssagend ausfielen, ist auch in den Fällen begreiflich, wo die Anfragen ernstere Dinge betrafen als etliche anti-semitische Abgeordnete aufs Tapet zu bringen für angebracht hielten. Auch auf sozialdemokratischer Seite würde wohl eine stärkere Wirkung mit diesem neuen Recht des Reichstags erzielt werden, wenn es nur in Angelegenheiten an-gewandt würde, die das ganze Land in-teressieren. Vorerst hat man vor allem dann, wenn eine wichtige Sache, etwa der Etat, auf der Tagesordnung steht, den Eindruck, daß durch die kleinen An-fragen eine störende Verzögerung in der Behandlung größerer, die Bevölkerung berührender Angelegenheiten herbeige-führt wird. Auch der Gebrauch neuer Rechte will gelernt sein. Über alle Kleinlichkeiten hinweg schrei-tet aber der Gang der sozialen Ent-wicklung, dem auch eine auf Erhaltung des Bestehenden bedachte Regierung Anerkennung zollen muß. Wenn die Vorlage über das Petroleummonopol in ihrem Aufbau auch verfehlt ist, so schließt sie doch das Eingeständnis in sich, daß abermals auf einem wichtigen Gebiet des Wirtschaftslebens das Walten des Privatkapitals zu einer öffentlichen Gefahr ausgewachsen ist. Und so ziem-lich im selben Augenblick, wo diese Vorlage der öffentlichen Beurteilung

unterbreitet wird, kommt die Regierung in der Frage der Fleischsteuerung den Gemeinden mit einem Appell, der in seinem Wesen auf nichts anderes hin-ausläuft als die Fleischversorgung zu einer kommunalen Aufgabe zu machen. Beachtet man nun noch, daß die Staats- und kommunalsozialistische Entwickelung der Dinge das Großunternehmertum zu einer eifrigen Abwehragitation zu-sammenschließt, und daß der mächtigste unter den Berliner Terrainspekulanten auf der Tagung der Haus- und Grund-besitzervereine im Mai 1912 in heftige Klagen über den privateigentumsfeind-lichen Geist der Kathedersozialisten, der Polizeiverwaltungen und der Mini-sterien ausbrach, so sehen wir von neuem, daß aller Kleinlichkeitskrämerei zum Trotz der gewaltige Sozialisierungs-prozeß sich in unserm Vaterland mit ehernen Schritten vollzieht. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es alle diese Zei-chen richtig zu bewerten, nicht an For-men und äußerlichkeiten zu kleben son-dern im Kleinen wie im Großen sich ihrer historischen Aufgabe bewußt zu werden.

× ×
Preußische Landtags- wahlen 1913 Die Aussicht bei den Landtagswahlen eine ge-meinsame sozialdemokra-tisch-liberale Angriffsfront gegen die Feinde der Wahlreform zu bilden ist durch die Reden und Beschlüsse der beiden im Januar abgehaltenen Preußen-tage sehr erschwert worden (siehe den Artikel Bernsteins in diesem Band, pag. 80 ff.). Auf dem in Berlin vom 6. bis zum 8. Januar abgehaltenen sozial-demokratischen Preußentag wurde nach einem eingehenden Referat des Ge-nossen Paul Hirsch und nach einer mehr als eingehenden Diskussion die folgende von der Landeskommission ausgearbei-tete Resolution angenommen:
 »Da die Parlamentswahlen für die So-zialdemokratie in erster Linie der Ent-faltung der Agitation zur Aufklärung der Massen dienen, so sind die Parteigenos-sen verpflichtet sich auch in Preußen überall an den Landtagswahlen zu be-teiligen.
 Für die Wahl gelten folgende Grund-sätze:

A. Für die Urwahlen.

1. Wo es gelingt (und sei es auch nur in einem Ort eines Landtagswahlkreises) sozialdemokratische Wahlmänner aufzu-stellen, müssen sich die Genossen an den Urwahlen in allen 3 Wählerklassen be-teiligen; sie dürfen in diesem Fall nur

für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.

2. Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, sind die Genossen nur mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission berechtigt für bürgerliche Wahlmänner zu stimmen, vorausgesetzt, daß deren Abgeordnetenkandidaten spätestens 5 Tage vor den Urwahlen schriftlich zu Händen des sozialdemokratischen Wahlkomitees erklärt haben, daß sie für den Fall ihrer Wahl in jeder Session im Abgeordnetenhaus die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung beantragen oder für solche Anträge stimmen werden, wenn sie von anderer Seite gestellt werden.

3. Für Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmännerkandidaten gelten folgende Regeln:

a) In Landtagswahlkreisen, in denen nur 1 Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen bürgerliche Wahlmännerkandidaten nur unter der Voraussetzung der Ziffer 2 und mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses.

b) In Landtagswahlkreisen, in denen mehr als 1 Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen die Wahlmännerkandidaten derjenigen bürgerlichen Parteien, deren Wahlkomitee sich verpflichtet der Sozialdemokratie ein Mandat abzutreten, vorausgesetzt, daß der zur Stichwahl stehende Wahlmann vor der Wahl schriftlich eine Erklärung abgegeben hat, daß er bereit und unabhängig genug ist bei den Abgeordnetenwahlen für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen ist Stimmenhaltung zu üben.

B. Für die Abgeordnetenwahlen.

1. Bei der Abgeordnetenwahl müssen die sozialdemokratischen Wahlmänner im 1. Wahlgang für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, soweit nicht unter Ziffer 2 und 3 Ausnahmen zugelassen sind.

2. Gibt die Sozialdemokratie in Landtagswahlkreisen mit mehr als 1 Abgeordneten bei der Stichwahl den Ausschlag, so hat sie die Abtretung eines Mandats zu fordern. Wird diese Forderung bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im 1. Wahlgang außer für einen sozialdemokratischen Kandidaten für die Kandi-

daten der betreffenden bürgerlichen Parteien. Wird diese Forderung nicht bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner im 1. Wahlgang nur für ihre Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme.

3. Mit Genehmigung der Landeskommission können die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im 1. Wahlgang für bürgerliche Kandidaten stimmen, falls als Gegenleistung in bestimmten anderen Wahlkreisen bürgerliche Wahlmänner schon im 1. Wahlgang für sozialdemokratische Kandidaten stimmen.

4. Finden in Landtagswahlkreisen mit 1 Abgeordneten Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien statt, so dürfen die sozialdemokratischen Wahlmänner nur unter der Voraussetzung von A Ziffer 2 mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission für einen bürgerlichen Kandidaten stimmen.

Die am 20. Januar vom preussischen Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei beschlossene Resolution zur Wahltaktik lautet:

»Der preussische Delegiertentag der fortschrittlichen Volkspartei spricht sich für ein möglichst einmütiges Zusammengehen der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen aus. Er billigt die bisher in dieser Richtung getroffenen Abmachungen mit der nationalliberalen Partei und ersucht die Parteileitung auch weiterhin im Einvernehmen mit den Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf eine gleiche Verständigung in möglichst vielen anderen Wahlkreisen hinzuwirken. Der Delegiertentag fordert die Parteigenossen auf unverzüglich in die Wahlbewegung einzutreten und die Rüstung für den Wahlkampf mit allem Nachdruck zu betreiben. Soweit wahltaktische Abmachungen mit den Nationalliberalen oder besondere Vereinbarungen der deutschen Parteien in gemischtsprachigen Landesteilen nicht getroffen sind, werden die Parteigenossen ersucht selbständig die Wahlarbeit aufzunehmen und energisch auf die Wahl fortschrittlicher Wahlmänner und fortschrittlicher Abgeordneter hinzuwirken.«

Während die sozialdemokratische Resolution sich mit minutiöser Genauigkeit über unser Verhalten zu bürgerlichen Parteien äußert, ist in der fortschrittlichen die Sozialdemokratie mit keinem Wort erwähnt. Der Referent Fischbeck sprach von dem kaudinischen Joch, das die Sozialdemokratie für den Libe-

ralismus aufgerichtet habe; es könne auf das bestimmteste erklärt werden, daß die fortschrittlichen Kandidaten nicht hindurchkriechen würden. Wie die *Radikalen* in unseren Reihen gewissermaßen stolz darauf sind, daß die auf unserm Preußentag angenommene Resolution dem gemeinsamen Kampf der Linken allerhand doktrinäre Hindernisse in den Weg legt, so scheint auch Herrn Fischbeck wenig daran zu liegen, daß es im Landtagswahlkampf zu einer sozialdemokratisch-liberalen Verständigung kommt. Unter diesen, den Konservativen höchst genehmen Umständen bleibt weiter nichts als die Hoffnung, daß die Wähler und ihre Wahlkomitees selber den Ernst der Stunde eher begreifen werden als ihre Strategen, und daß ähnlich wie bei den Reichstagswahlen die Not schließlich dennoch Sozialdemokraten und Liberale zu einer gemeinsamen Kampffront zwingen wird.

✕
**England:
Homerule**

✕ Das Unterhaus gab am 17. Januar der Regierungsvorlage, die den Irländern für ihre eigenen Angelegenheiten die politische Selbstverwaltung sichern soll, nach heftigen Kämpfen seine Zustimmung. Die *Homerule*vorlage fand mit 367 gegen 257 Stimmen Annahme. Die unionistische Opposition ging gegen die Bill sehr energisch zu Werke. Bei der Beratung am 2. Januar fiel aus dem Mund des Unionistenführers Bonar Law der Ausspruch, daß die Bewohner der protestantischen Provinz Ulster eher das Regiment einer feindlichen Macht annehmen als sich der Autorität des künftigen Dubliner Parlaments, in der die Katholiken selbstverständlich die Übermacht haben, beugen würden. Diese Worte mögen als der Widerhall der Gewaltmaßnahmen aufzufassen sein, die den Weg des *Homerule* kennzeichneten. Nach den Mißerfolgen der irischen Agitation zu Anfang der siebziger Jahre hatte die impulsive Bewegung gegen die ungeheuerlichen agrarischen Mißstände 1881 die Annahme der Landbill zur Folge; doch war es mit der Reformpolitik bald zu Ende, als Staatssekretär Lord Cavendish und Unterstaatssekretär Burke Opfer der von den Feniern verübten Dynamitschläge wurden. Eine neue Reformvorlage scheiterte 1893 am Widerstand des Oberhauses. Auch der jetzige Versuch Irland durch das Geschenk der Selbstverwaltung zu versöhnen findet die Lords als Gegner. Doch hat das Oberhaus mittlerweile das Recht

verloren Beschlüsse des Unterhauses endgültig zu annullieren. Eine vom Unterhaus gutgeheißene, jedoch vom Oberhaus verworfene Vorlage wird Gesetz, wenn sie innerhalb eines Zeitraums von mindestens 2 Jahren nach der Einbringung 3mal die Zustimmung des Unterhauses erhalten hat. Das Verlangen des irischen Volkes kann also in absehbarer Zeit befriedigt werden, wenn nicht eine Auflösung des Parlaments erfolgt, und die Neuwahlen die aus Liberalen, Iren und Arbeiterpartei zusammengesetzte Mehrheit beseitigen.

✕ **Frankreich** Zwei Ereignisse trafen in wenigen Tagen zusammen: der Rücktritt des Kriegsministers Millerand am 12. Januar und die Wahl des Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der Republik am 17. Januar.

Millerand kam darüber zu Fall, daß er in wirklich übel angebrachter Nachgiebigkeit den ehemaligen Kerkermeister des Hauptmanns Dreyfus, du Paty de Clam, wenn auch nur als Landwehroffizier, wieder in die Territorialarmee einreihen wollte. Ob der in vielen Sätteln gerechte Millerand als Kriegsminister nur ein Schaumschläger war oder in Wahrheit den Namen eines Reorganisators der Armee verdiente, als der er auch von deutschen Politikern hingestellt wird, läßt sich schwer entscheiden. Wahrscheinlich treffen, dem französischen Volkscharakter entsprechend, beide Kennzeichnungen auf diesen Politiker zu, der gleich seinem Kollegen Briand, obgleich Sozialist, doch zum Vertrauensmann des französischen Bürgertums wurde. Allzu billig ist es den merkwürdigen und begabten Mann mit dem moralischen Schlagwort des Renegatentums abzutun.

Poincaré wurde mit Hilfe der Rechten, der er als Gegner der radikalen Kirchenpolitik sympathisch war, auf 7 Jahre zum Präsidenten gewählt. Im entscheidenden 2. Wahlgang stimmten in der Nationalversammlung für ihn 483, für den Ackerbauminister Pams (der von Clemenceau lanciert war) 296 und für den sozialistischen Abgeordneten Vailant 69 Mitglieder der Nationalversammlung. An Poincaré wird gerühmt, daß er ein ehrlicher Förderer der Wahlreform sei. Nebenher geht, je nachdem als Lob oder als Makel, die Kennzeichnung, daß man es in dem neuen Präsidenten mit einem Mann zu tun habe, der als Persönlichkeit schärfer als sein

Vorgänger Fallières hervortreten werde. In der Ministerpräsidentenschaft ist auf Poincaré jetzt Briand gefolgt. So ist es schneller zu einem zweiten Ministerium Briand gekommen als man annehmen konnte. Das parlamentarische Schicksal dieses Ministeriums ist freilich noch recht ungewiß.

✕ **KurzeChronik** 60 Jahre alt ist am 30. Dezember der Staatssekretär des Äußern von Kider-

len-Waechter eines plötzlichen Todes gestorben. Die deutsche Presse, von der konservativen bis zur sozialdemokratischen, zollte in ihren Nachrufen dem Talent des Verstorbenen Anerkennung; eine Ausnahme machten nur die alldeutschen Blätter. Die *Deutsche Zeitung* sagte ihm nach, daß er sein Amt und die Politik des Deutschen Reiches nicht ernst genug genommen habe. Schärfer noch urteilte die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, daß die Nullen in Amt und Würden in Berlin noch stärker vertreten sein müßten als man bisher annahm, wenn der Kaiser einen Kiderlen als einen der bedeutendsten Männer gefeiert habe. Dagegen meinte die *Leipziger Volkszeitung*, daß die deutsche Bourgeoisie in Kiderlen einen Sachwalter verloren hätte, der ihre Interessen häufig besser zu wahren verstand als die vorlauten Schreier es wahr haben wollten.

✕ Zum neuen Staatssekretär des Äußern ist der bisherige Botschafter in Rom, Gottlieb von Jagow, ernannt worden.

✕ Am 14. Januar empfing der König von Spanien den Führer der republikanischen Partei in der Kammer, Azcarate. Wenn nach der amtlichen Darstellung auch nur soziale Fragen den Gegenstand der Unterhaltung bilden sollten, so wird doch nicht daran gezweifelt, daß der König durch die Annäherung an die entschiedenste bürgerliche Opposition sich die Gunst der Bevölkerung zu erwerben und seinen Thron vor Fährlichkeiten zu sichern strebt. Die Ereignisse in Portugal, der gewaltsame Tod des Ministerpräsidenten Canalejas und die Popularität, die der König von Italien sich durch seine Vorurteilslosigkeit zu verschaffen gewußt hat, reden eine Sprache, die der spanische Monarch nicht mißverstehen scheint. Ob das Unternehmen des Staatsoberhauptes Erfolg haben wird, bleibt allerdings abzuwarten. ✕ In Japan ist Mitte Dezember das Ministerium Saionji zurückgetreten (siehe den Artikel Katayamas in diesem Band, pag. 108 ff.). Den Anlaß

gab die Streichung der von der Militärpartei geforderten Mittel zur Bildung von 2 neuen Divisionen in Korea. Da das Land jetzt mit 5300 Millionen Mark Schulden belastet ist, so verlangt das Volk, daß neue Lasten von den Besitzenden getragen werden sollen. Man sieht einem Verfassungskampf zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem neuen Ministerium Katsura entgegen.

✕ **Literatur** Der Verlag der *Hilfe* hat bei Gelegenheit der Wahlen 4 Streitschriften herausgegeben, die sich mit den Sünden der verschiedenen, nicht auf dem Boden des Liberalismus stehenden parlamentarischen Parteien befassen. Otto Pommer behandelt die Konservativen, Friedrich Lorenzen das Zentrum und die Antisemiten, Erich Eyck die Sozialdemokratie. Die letztgenannte Broschüre hebt, wie es sich zur Reichstagswahl des vorigen Jahres gebührte, in geschickter Aufmachung die Schwächen der sozialdemokratischen Partei hervor. Allerdings in durchaus einseitiger Weise, indem sie zeigt, wie die parteigenössische Orthodoxie Mühe hat die Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung in ihr starres System hineinzupressen. Ein besonderer und nur durch die agitatorischen Bedürfnisse zu entschuldigender Fehler ist es, daß die Broschüre dem *Ultraradikalismus* in unseren Reihen eine Bedeutung beimißt, die zu seinem wirklichen Ansehen in einem grotesken Mißverhältnis steht. Zum Nachdenken regt die Schrift insoweit an als sie zeigt, daß nicht nur die Konservativen sondern auch die Liberalen mit Vorliebe die Sozialdemokratie ausspielen. Die beiden Schriften Lorenzens zeigen den Kenner des deutschen Parlaments und seiner Fraktionen; sie sind sehr gut geschrieben und können auch nach dem aktuellen Anlaß der Wahl noch gut gelesen werden. ✕ In ansprechender Darstellung teilt uns Arthur Holitscher amerikanische Reiseerlebnisse mit (*Amerika heute und morgen* / Berlin, S. Fischer/). Der Verfasser sucht in die Amerikanischen Eigentümlichkeiten einzudringen und zeigt auch für soziale und politische Mißstände einen scharfen Blick. Ein Beispiel: Holitscher fragt einen intelligenten Vertreter der unterdrückten Negerrasse, warum sie sich nicht den Sozialisten anschließen, diese wären doch die einzigen, die sie wie Menschen behandeln würden. Die Ant-

wort lautet: »Die Sozialisten wollen von uns nichts wissen, und zwar mit Recht. In der alten Zeit der Sklaverei stand für jeden Negermissetäter ein Negerdenunziant auf, der die Sache dem Massah petzte. Von diesem Sklavengeist steckt noch vieles dem heutigen Neger im Blut. Für solche Parteigenossen bedanken sich die Sozialisten natürlich.« Mehrere Abschnitte des Buches sind für den Politiker wie für den Sozialforscher von großem Interesse. Man erhält einen (natürlich nicht vollständigen) Begriff von der Psyche des modernen Amerikaners, die bestimmt zu sein scheint auch den Alteuropäer mitsamt seiner Politik in gewisser Weise umzuformen. Jedenfalls täten wir gut daran unsere Kenntnis Amerikas stark zu erweitern, um nicht immer wieder, zum Beispiel in unseren handelspolitischen Beziehungen, schließlich merken zu müssen, daß wir doch eigentlich ganz verkehrte, nach unserm Schema gebildete Vorstellungen hatten. Bücher wie das vorliegende tun gute Dienste zur Erweiterung unseres Horizonts.

Wirtschaft / Max Schippel

Bankdiskont Die deutsche Reichsbank ist mit ihrem, seit dem 6. November 1912 geltenden

Diskontsatz von 6 % über den gefährlichen Jahresschluß hinübergekommen. Ganz glücklich allerdings nicht, denn die Belastung am Jahresende war eine vorher nie gekannte; am 31. Dezember war das Unternehmen mit nicht weniger als 703,86 Millionen Mark in die Notensteuer hinabgeglitten, obwohl ihm, im Gegensatz zu früheren bescheidenen Zeiten (bis 1. Januar 1911 steuerfrei nur 472,83 Millionen Mark) gleichzeitig vorübergehend ein steuerfreies Notenkontingent von 750 Millionen Mark zur Verfügung stand. Auch die Rückflüsse im neuen Jahre sind bisher keine besonders starken gewesen, so daß am 7. Januar, bei 550 Millionen Mark Notenkontingent, der steuerpflichtige Betrag sich noch immer auf 558,04 Millionen Mark stellte; gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war der Notenumlauf noch immer um 230 Millionen größer. Doch hat sich bei allen wirtschaftlich führenden Ländern ein ähnlicher Zustand herausgebildet, und zwar, abermals ganz wie bei uns, teils infolge der Hochkonjunktur mit ihrer ungewöhnlichen Inanspruchnahme des Kredits teils infolge der politischen Unsicherheit, die alle Banken zu verdoppelter Vorsicht und Vorbereitung mahnte. Die Haupttat-

sachen der internationalen Diskontbewegung waren deshalb im Vorjahr, in unverkennbarer Grundübereinstimmung, die folgenden. Die deutsche Reichsbank begann das Jahr 1912 mit einem Diskont von 5 %, an dem sie seit dem 19. September 1911 festgehalten hatte; sie glaubte dann am 11. Juni eine Probe ihrer Kraft ablegen zu können, indem sie, zu nicht geringer Überraschung der Kritiker der deutschen finanziellen Schwäche, zu 4½ % zurückging; selbst die geringe Erhöhung um ½ % am 24. Oktober, nach den ersten Panikausbrüchen an den Börsen infolge der Balkanwirren, war wohl mitbestimmt durch Rücksichten auf die Wirkung nach außen hin; am 6. November erfolgte alsdann die Steigerung auf 6 %. Die Bank von England hatte mit größeren Herabsetzungen begonnen, um dann in der gefährdrohenden Periode um so entschiedener die Diskontschraube anzuziehen: dem Diskont von 4½ % am Jahresanfang folgten 3½ % am 8. Februar und 3 % am 9. Mai, während der 29. August 4 % und nach weiteren 7 Wochen der 17. Oktober 5 % brachten, an denen man in London bis jetzt noch, um allen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten gewachsen zu sein, festhalten zu sollen glaubte. Die Bank von Frankreich hatte ihren gewohnten Satz von 3 % schon 1911 während der Marokkokrise verlassen, erst am 17. Mai 1912 kehrte sie zu ihm zurück, um am 17. Oktober zu 3½ % und schon am 31. Oktober zu 4 % zu greifen. Im Jahresdurchschnitt betrug der Reichsbankdiskont 1908 4,76 %, 1909 3,93 %, 1910 4,35 %, 1911 4,40 %, 1912 4,95 %.

× **Kleine Noten** Die überstarke Anspannung des deutschen Zentralinstituts hat einen bereits ältern Plan rascher und unter geringerer Opposition wieder aufleben lassen: Die Vermehrung der kleinen Noten. In den siebziger Jahren, als unsere Bankverfassung geschaffen wurde, wollte man bekanntlich, durch die alte bundesstaatliche Mißwirtschaft abgeschreckt, den kleineren Zahlungsverkehr ganz von Noten freihalten. Man setzte deshalb den Mindestbetrag der Noten auf 100 Mark fest, und sah in den 120 Millionen Mark Reichskassenscheinen, die zu 20 und 5 Mark ausgegeben wurden, eigentlich schon einen schlimmen Schönheitsfehler, der nur mit einem frühern politischen Fehler halbwegs entschuldigt werden konnte, nämlich mit der Brachle-

gung von 120 Millionen Mark Goldes im Spandauer Juliusturm. 1905-1906, unter dem Eindruck der andauernden Goldknappheit, schuf man die 50- und 20-Mark-Noten, während man die Reichskassenscheine in kleinerer Stückerung von 5 und 10 Mark auszugeben begann. Für die Umlaufsumme der neuen kleineren Reichsbanknoten hatte die Bankgesetznovelle keine Grenzen bestimmt. Doch war durch die Aussprache zwischen Regierung und Budgetkommission ein Höchstbetrag von 300 Millionen Mark dafür in Aussicht genommen. Die Bankwelt hat schon immer in ihrer Mehrheit diese Grenzziehung für unbequem und falsch erklärt: besser als eine förmliche Übersättigung des Verkehrs mit Hartgold sei die Mobilmachung möglichst großer Goldsummen in den Händen der Banken, um bei Goldentziehungen nach dem Ausland oder bei sonstigen mehr vorübergehenden Goldansprüchen nicht immer gleich zu Abwehrmaßnahmen und Diskonterhöhungen greifen zu müssen. Auch die Bankenquotekommission im Jahr 1908 beschloß, und zwar auf einen Antrag Dr. Rießers, des Leiters des *Hansabundes*, die unbeschränkte Ausgabe der 50 Mark-Noten zu empfehlen, während für die 20 Mark-Noten der gegenwärtige Höchstbetrag von 300 Millionen Mark beibehalten werden sollte. Der Reichsbankpräsident Havenstein erhielt nunmehr am 14. Januar von der Budgetkommission die Zustimmung für die Aufhebung jeder Bindung nach dieser Richtung, nachdem im Vorjahr die Praxis sich ohnehin aus triftigen Gründen an die Begrenzung nicht mehr gehalten habe. Eine Verschönerung unseres Geldsystems erblickt man natürlich nirgends in diesem Vorschlag, aber immerhin scheint es geboten das Problem in Ruhe und ohne theoretische Voreingenommenheit zu erörtern und zu entscheiden.

✕ **Sparkassengesetz** ✕
Aus einer ähnlichen Sorge, und zwar um den Kurs der Staatsanleihen, ist das preußische Gesetz betreffend die Anlage von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1912 geboren. Die Hauptbestimmungen lauten hier wörtlich.

»§ 1. Die öffentlichen Sparkassen haben von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen, und zwar:

1) 15 vom Hundert, wenn ihr Einlagebe-

stand 5 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Grundstücksbeleihungen und die Gewährung von Darlehen als Personalkredit nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, beschränken;

2) 20 vom Hundert, wenn ihr Einlagebestand 10 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Ausleihungen (Nummer 1) nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, und die angrenzenden Kreise beschränken;

3) 25 vom Hundert in allen anderen Fällen.

§ 2. Von dem nach § 1 von der einzelnen Sparkasse zu haltenden Mindestbestand an mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber müssen drei Fünftel in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder Preußens angelegt werden.

Das Gesetz trat sofort am 1. Januar 1913 in Kraft und enthält mindestens insofern eine Härte, als konkurrierende Banken viel weniger in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt sind und sich vor Verlusten, wie sie durch die letztjährigen Kurssenkungen allen Inhabern von Staatspapieren zugefügt wurden, auch in Zukunft viel eher schützen können.

✕ **Kurze Chronik** ✕
Dem ganzen Wirtschaftsgang entsprechend stiegen bei den deutschen Eisenbahnen (ohne die beiden bayrischen Netze) von 1911 auf 1912 die Einnahmen; aus dem Personenverkehr von 820 188 287 auf 868 143 994 Mark, also um 47,9 Millionen Mark, aus dem Güterverkehr von 1 852 493 983 auf 1 990 886 280 Mark, also um über 138,3 Millionen Mark. ✕ Über Hamburg und Bremen wurden nach der jetzt vollständigen Statistik Auswanderer befördert: 1911 201 939, 1912 304 130. Immerhin ist die Rekordziffer von 1907 (387 486) noch nicht wieder erreicht. Die *Hamburg-Amerika-Linie* schlägt eine Dividende von 10 % (gegen 9 % im Vorjahr) vor. Eine gewisse Gefahr scheinen aber die deutschen Reedereien in der angekündigten Eröffnung einer neuen Auswanderungslinie von Triest und Österreich nach Kanada zu wittern.

✕ **Literatur** ✕
Aus periodischen Übersichten über die deutsche Zoll- und Steuergesetzgebung im den alten Hirthschen *Annalen des Deutschen Reichs* hatte sich dereinst das be-

kannte und allgemein geschätzte Handbuch von Aufseß, dem Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern in Berlin, entwickelt. Es erlebte 4 Auflagen, und nach dem Tod des Verfassers übernahm Karl Wiesinger, der die gleiche Stellung wie Aufseß in Altona bekleidete, die Fortführung des Werkes. Aus dem Aufseß-Wiesinger von 1900 ist nunmehr in 6. Auflage, nach dem jetzigen Stand der Gesetzgebung vollständig neu bearbeitet, das selbständige Werk von Wiesinger *Zölle und Steuern des Deutschen Reichs* /München, Schweitzer/ geworden. Das Buch enthält in eingehender und übersichtlicher Darstellung alles Wesentliche der Gesetzgebung, der Handels- und Zollstatistik, der Handelsverträge der Zollorganisation und der Organisation der Reichsbehörden, sowie der deutschen Reichsfinanzreformen aus den Jahren 1904, 1906 und 1909. Es wird als zuverlässiger Berater auf allen diesen Gebieten jedem nützliche Dienste erweisen. × *Die Einkommensentwicklung in Preußen seit 1896, nebst Kritik an Material und Methoden* ist der Titel einer von Dr. Klara Perls verfaßten Arbeit /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht./ An der Hand der preussischen Einkommensteuerstatistik untersucht die Verfasserin, im wesentlichen die Wolfsche Methode der Charakterisierung der Einkommensteuerstatistik anwendend, die Geldeinkommensbewegung von 1896 bis 1906, und zwar nicht nur im preussischen Staat allgemein sondern auch speziell die des flachen Landes und der Städte. Das Ergebnis der Untersuchung ist die Konstatierung einer bei weitem stärkeren Aufwärtsbewegung in den Städten als auf dem Lande. Das Durchschnittseinkommen aller physischen Zensiten hat sich nach der Verfasserin rechnerisch um 19 %, wahrscheinlich jedoch um noch mehr erhöht. Auch eine Erhöhung des Realeinkommens hält sie für gegeben. Die Steigerung der Unterhaltungsmittelpreise, in ihrer Bedeutung für den Haushalt betrachtet, sei in dem Zeitraum von 1896 bis 1906 von der Einkommenserhöhung sicherlich übertroffen worden. Um wie viel, ist eine Frage, die Dr. Klara Perls offen läßt. × Von den *Materialien für das wirtschaftswissenschaftliche Studium*, die Professor Dr. R. Passow (Aachen) herausgibt /Leipzig, Teubner/, ist jetzt der 3. Band, der die Warenbörsen behandelt, erschienen. Was bei der Besprechung des 1. und 2. Bandes gesagt wurde (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1674, und

1912, 3. Band, pag. 1217) kann nur wiederholt werden. × *Das Bankgeschäft und seine Technik* hat der Dozent an der Handelshochschule Berlin Professor Friedrich Leitner behandelt /Frankfurt, Sauerländer/. Am besten spricht für die umfassende Schrift, daß sie bereits in 3. Auflage vorliegt. Zahlreiche eingestreute Formulare, Geschäftsbedingungen, Verträge sind als Materialien für weitere Studien gedacht. Die gesetzlichen und rechnerischen Grundlagen der Bankgeschäfte sind berücksichtigt. × Als 7. Band von dem Kieler Professor Bernhard Harms herausgegebenen *Probleme der Weltwirtschaft* /Jena, Gustav Fischer/ ist eine Studie von Dr. E. A. Heber *Japanische Industriearbeit* erschienen. Das Buch kommt zu dem wirtschaftswissenschaftlichen Ergebnis, daß zurzeit der japanische Arbeiter einer höhern Intensivierung seiner Leistung nicht fähig ist, und daß Japan noch ein großzügiges Unternehmertum fehle.

Sozialpolitik / Johannes Helden

Heilbehandlung Eine der wertvollsten Leistungen der deutschen Invalidenversicherung ist die Heilbehandlung der durch Krankheit in ihrer Arbeitsfähigkeit bedrohten Versicherten. Aus kleinen Anfängen vor zirka 15 Jahren hat sich dieser Zweig bald zu einem der bedeutungsvollsten der deutschen Sozialfürsorge entwickelt. An dem Rückgang der Sterbefälle an Tuberkulose kann das Heilverfahren der Versicherungsanstalten sich einen Teil des Verdienstes zuschreiben. Mit der Bekämpfung der Tuberkulose begannen die Heilbehandlungen, und sie steht auch heute noch im Vordergrund der Arbeit der Versicherungsanstalten. Insgesamt sind in der Zeit von 1897 bis einschließlich 1911 von den Versicherungsanstalten 856 917 Versicherte behandelt worden, wovon auf das Jahr 1911 123 602 Versicherte entfallen. Die Statistik unterscheidet zwischen ständiger und nichtständiger Heilbehandlung. Nichtständige Heilbehandlung ist die gelegentliche Gewährung von ärztlicher Hilfe, Arznei, künstlichen Gliedmaßen, Zahnersatz und andern; unter ständiger Heilbehandlung wird die Durchführung einer Heil- und Wiederherstellungskur in Heilstätten, Krankenhäusern, Bädern und ähnliches verstanden.

Im Jahr 1911 wurden 47 579 Tuberkulöse ständig und 1339 Tuberkulöse nichtständig behandelt. Weiter wurden 190 Lupuskranken behandelt. Von Versicher-

ten, die mit anderen Krankheiten behaftet waren, erhielten 39 668 eine ständige und 34 826 eine nichtständige Heilbehandlung. Die Gesamtaufwendungen beliefen sich auf 27 748 853 Mark, wovon andere Versicherungsträger und Gemeinden 6 009 948 Mark erstatteten, so daß zu Lasten der Invalidenversicherungsanstalten 21 738 905 Mark verbleiben, was 10,4 % der Beiträge ausmacht. Von der Gesamtausgabe entfällt der weitaus größte Teil, nämlich rund 26½ Millionen Mark, auf die ständige Heilbehandlung und nur 1,2 Millionen auf die nichtständige, und hiervon wieder 1 082 019 Mark auf Zahnersatz; für diesen wichtigen Zweig der Gesundheitspflege werden die Mittel der Versicherungsanstalten erfreulicherweise in immer größerem Maß herangezogen. Auch in den Dienst der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus stellen sich die Versicherungsanstalten. 499 Geschlechts- und 923 Alkoholkranke wurden 1911 in Heilbehandlung genommen, wobei wohl erwähnt werden darf, daß unter den anders rubrizierten Kranken auch noch indirekte Opfer der beiden Volksseuchen sind. Sehr gering ist noch immer die Zahl unheilbarer Lungenkranke, die von den Versicherungsanstalten statt der unzureichenden Rente volle Verpflegung in einem Siechenheim erhalten. Nur 1117 Kranke wurden in dieser Weise versorgt. Die geringe Ausdehnung dieses Zweigs der Fürsorge scheint nicht allein von der Anstalt verschuldet zu sein sondern ihren Grund auch in der begreiflichen Abneigung gegen den Eintritt in ein Haus für Unheilbare zu haben. Über den Erfolg des Heilverfahrens für die Tuberkulösen sei berichtet, daß 91 % der Behandelten so weit hergestellt wurden, daß sie als nicht invalide im Sinn des Gesetzes anzusehen sind, das heißt ihre Erwerbsfähigkeit beträgt mehr als ein Drittel der normalen. Bei den wegen anderer Krankheiten Behandelten wurde dieses Ziel für 89 % erreicht. Für die Tuberkulösen besonders ist noch hervorzuheben, daß die Zahl der erfolgreichen Heilverfahren von Jahr zu Jahr steigt. Das hat seinen Grund zum Teil in der Statistik, in der (ganz mit Recht) die ausgeschieden werden, die das Heilverfahren vorzeitig beenden, zum andern Teil auch in der größern Vorsicht bei der Auswahl, die viele zurückweist, bei denen der Erfolg zweifelhaft ist. Die strengere Prüfung hat ihre Bedenken. Erwähnt mag noch werden, daß die Ein-

stellung der Arbeit als Heilfaktor, die vor Jahren zuerst von der Heilstätte der Versicherungsanstalt für das Großherzogtum Hessen in Sandbach im Odenwald vorgenommen wurde, in immer größerem Maß erfolgte. Einzelberichte sprechen sich über den Wert dieser Maßnahme günstig aus.

Bei aller Anerkennung der Nützlichkeit der von den Versicherungsanstalten geleisteten Arbeit zur Krankheitsbekämpfung muß doch immer und immer wieder das Verlangen gestellt werden den Anstalten die Pflicht zur Krankenbehandlung aufzuerlegen. Das ist jetzt um so mehr notwendig als sich Zeichen bemerkbar machen, die den Schluß gestatten, daß die Versicherungsanstalten nur dann die Aufwendungen für ein Heilverfahren machen wollen, wenn von ihm mit Sicherheit Verhütung oder Beseitigung der Invalidität zu erwarten ist.

✕ **Erholungs-** **Seit** etwas länger als einem Dutzend von Jahren begnügen wir der Gewährung von Erholungsurlaub. Zuerst bestand die Einrichtung von Ferien nur für wenige Angestellte, in den letzten Jahren scheint sich auch die Zahl der Betriebe zu vermehren, in denen Arbeitern Ferien gewährt werden können. Über den Umfang, den die Bewilligung von Erholungsurlaub an Angestellte und Arbeiter in Deutschland erreicht hat, ist von der *Gesellschaft für soziale Reform* eine Erhebung veranstaltet worden. Es sind die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Berufsvereine sowie Mitteilungen und Aufsätze der Tages- und Fachpresse und der *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* über die Arbeitsverhältnisse der Privatangestellten durchforscht worden. Daneben ist durch direkte Anfragen bei großen Verbänden der Privatbeamten, bei Gewerkschaften und Gewerbevereinen, Handelskammern und anderen Arbeitgebervertretungen Material gesammelt. Das Ergebnis dieser Erhebung hat Dr. Ludwig Heyde in einer Schrift *Urlaub für Arbeiter und Angestellte in Deutschland* /Leipzig, Duncker & Humblot/ veröffentlicht. Es ist klar, daß das Material auf lückenlose Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, was auch der Verfasser betont. Auf der andern Seite muß aber auch bei der Vielheit der Quellen, aus denen geschöpft worden ist, mit der Möglichkeit der doppelten und mehrfachen Zählung gerechnet werden.

Die Gewährung von Urlaub gilt in der

Regel noch als Wohlfahrtseinrichtung. Ein Rechtsanspruch, sei er durch Tarifvertrag oder Arbeitsordnung geschaffen, besteht nur in wenigen Fällen. Oft dient die Gewährung von Urlaub wie alle Wohlfahrtseinrichtungen als Mittel zur Fesselung der Arbeiter an den Betrieb. Hierfür wirken die Karenzzeit und die Verlängerung der Urlaubsdauer mit dem Dienstalster; auch die Einrichtung den Lohn für die Urlaubszeit erst nach Ablauf mehrerer Monate zu zahlen soll den Arbeiter nicht nur fesseln sondern auch willfährig machen. In manchen Berufsgruppen ist die Karenzzeit so erheblich lang, daß die Aussicht auf Urlaub in späteren Jahren nicht zum Verbleiben veranlassen kann, wenn die Verhältnisse sonst nicht zusagen. Soweit das Material Schlüsse zuläßt, scheinen die Handlungsgehilfen am besten gestellt zu sein. Die Verhältnisse der Großstadt sind günstiger als die in der Kleinstadt. Am meisten Eingang hat der Feriengedanke in den Bankhäusern und in den Warenhäusern gefunden. Sind doch zum Beispiel in München mehrere Warenhäuser durch Tarifvertrag, der mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen abgeschlossen ist, zur Gewährung von Ferien verpflichtet. Das gleiche gilt für viele Konsumvereine. Für die technischen Angestellten scheint die Frage noch recht ungünstig zu stehen; bei einigen Gruppen, so beim technischen Schiffsoffizierspersonal, sind Ferien überhaupt unbekannt. Der Arbeiterurlaub ist noch etwas ganz Neues. Rechtsanspruch auf ihn besteht, wie schon gesagt wurde, nur in wenigen Fällen. Die Gewährung ist fast immer unsicher und von Willkürlichkeiten abhängig. So wird aus einem Betrieb der Papierindustrie gemeldet, daß die Zahl der Beurlaubten von dem Inhalt der Strafkasse abhängt. Aus der Strafkasse wird nämlich der Lohn für die Urlauber genommen. In anderen Betrieben dieser Industrie wird nur denen kurzer Urlaub gewährt, die im Jahr 300 oder doch wenigstens 200 Überstunden geleistet haben. Von der Augsburger Maschinenfabrik wird gemeldet, daß nur die Gelben Urlaub erhalten. In manchen großen Gewerbegruppen, so im Bau-, im Bekleidungs- und im Reinigungsgewerbe, ist der Arbeiterurlaub so gut wie unbekannt. Und auch in jenen Gruppen, in denen er schon vorkommt, haben gewöhnlich nur kleine Schichten von ihm Vorteil. Das gilt auch für die Nahrungsmittelindustrie, in der die Urlaubsfrage durch eine

Reihe von Tarifverträgen geregelt ist, die zwischen den freien Gewerkschaften (Brauereiarbeiterverband und Bäckerverband) und den Arbeitgebern und deren Vereinigungen abgeschlossen sind. Auf Grund dieser Verträge haben zwar so und so viele Arbeiter Aussicht einmal Ferien zu erhalten, aber nur, wenn sie die Karenzzeit absolvieren. Einigermassen Anklang hat der Urlaub im Buchdruckergewerbe gefunden. Seine Länge steht hier auch mit der Länge des Arbeitsverhältnisses in Beziehung, doch sind die Karenzzeiten im allgemeinen nicht so lang wie in anderen Berufsgruppen, wo solche von 5 bis 10 Jahren häufig und solche von 10 bis 15 Jahren nicht selten sind. Besonders dargestellt sind die Verhältnisse der Arbeiter und Unterbeamten in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben. Urlaub ist hier regelmäßiger eingeführt als in Privatbetrieben. Er wird aber auch immer von einer längern Dienstzeit abhängig gemacht, ein Rechtsanspruch auf ihn ist nicht gegeben. Große Verbreitung hat der Urlaubsgedanke, wenigstens soweit die Arbeiter in Frage kommen, noch nicht gefunden. Dr. Heyde glaubt, daß die Bewegung im Fluß sei; es gelte den Arbeitgebern die moralische Pflicht zur Feriengewährung zum Bewußtsein zu bringen, "eine Pflicht, die zugleich ihr eigener Vorteil, und deren Erfüllung für das nationale Wohl, für die Gesundheit und Tüchtigkeit unseres Volkes von erheblicher Bedeutung ist". Daß die Gewährung von Erholungsurlaub in großem Umfang die Tüchtigkeit des gesamten Volkes heben würde, ist zweifellos. Der einzelne Unternehmer macht aber kaum Aufwendungen für Urlaub der Arbeiter, wenn nicht er in erster Linie den Nutzen davon hat. Sein Ziel ist größte Rentabilität seines Betriebs, und nicht Hebung der Leistung der Gesamtheit des Volkes. An der Gewährung von Urlaub, oder richtiger: an der dadurch herbeigeführten Steigerung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, hat der Unternehmer nur ein Interesse, wenn ihm die vermehrte Leistungsfähigkeit zugute kommt. Darum wird die Feriengewährung vorerst noch auf wenige Betriebe und in diesen auf den kleinen Kreis von Arbeitern beschränkt bleiben, der lange Jahre im Betriebe sitzt.

✕ Kurze Chronik Der preußische Landtag hat die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs ersucht, durch den die Vorschriften über ✕

Einfluß von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte nach dem Vorbild des Reichsgesetzes von 1909 gemildert werden sollen. X Die Regierung hat einen Entwurf zu einem Reichstheatergesetz veröffentlicht. X Die Gesellschaft für soziale Reform als deutsche Landesgruppe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat an die Reichsregierung das Ersuchen um Reform der amtlichen Nachweise für die Durchführung des Verbots der Nachtarbeit von Frauen gerichtet. Das gleiche Ersuchen wird von den anderen Landesgruppen der Internationalen Vereinigung an die Regierungen gestellt, die an dem internationalen Übereinkommen von 1906 beteiligt sind. X Der 4. Parteitag der Sozialdemokratie Preußens forderte in einer Resolution zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter volles Koalitionsrecht für landwirtschaftliche Arbeiter, Verbot der Kinderarbeit in der Landwirtschaft, Beseitigung aller Ausnahmegesetze und Gesindeordnungen und reichsgesetzliche Regelung des Landarbeiterrechts. Weiter wurde Verbesserung der Arbeiterversicherung und des Wohnungswesens verlangt. X Die Werkpensionskasse der Firma Krupp, die in den letzten Jahren vielfach die Gerichte beschäftigt hat, und deren Bestimmungen über Beitrittszwang für alle Werksangehörigen von vielen Seiten angegriffen worden sind, soll jetzt eine Änderung ihrer Satzungen erfahren. Der Beitrittszwang für alle Arbeiter bleibt bestehen. Die Wartezeit für die Pension wird verkürzt. Beim Ausscheiden aus dem Betriebe soll der von dem Versicherten geleistete Beitragsteil ihm unter gewissen Voraussetzungen vergütet werden. Wer vor 5jähriger Beitragsleistung ausscheidet, erhält nichts, wer später ausscheidet, verliert die Beiträge der ersten 3 Jahre. Die Herausgabe erfolgt nicht in bar, sondern der Beitrag wird entweder als einmalige Prämie einer Lebensversicherung oder für die freiwillige Zusatzversicherung der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung verwendet. X Eine Einschränkung des frühern Feierabends an den Sonnabenden und den Tagen vor Feiertagen für die Arbeiterinnen wünscht die nationalliberale Fraktion. Ein von ihr im Reichstag eingebrachter Antrag wünscht, daß für Betriebe, die in unmittelbarem Zusammenhang mit Verkaufsstellen stehen, Arbeiterinnen mit Änderungs- und Zurichtungsarbeiten für

die Verkaufsstellen an Sonnabenden und an Vorabenden der Festtage bis 8 Uhr beschäftigt werden dürften. Das wäre ein Rückschritt auf dem Weg der Verkürzung der Arbeitszeit. X In Belgien wird ein Kinderschutzgesetz geplant. Für gewerbliche Betriebe soll die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verboten werden. Auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft soll sich das Verbot der Kinderarbeit nicht erstrecken.

X Literatur Unter dem Titel *Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterversicherung* hat der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann einen Vortrag erscheinen lassen /Berlin, Springer/, den er im Herbst 1912 auf dem 26. Berufsgenossenschaftstage in Hamburg gehalten hat. Diese sehr lesenswerte Schrift ist in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits von Kampffmeyer, in seiner Polemik gegen Professor Bernhard (in diesem Band, pag. 12) herangezogen worden. Dr. Kaufmann verteidigt die Arbeiterversicherung und besonders das Reichsversicherungsamt gegen die Vorwürfe, die ihnen sowohl von Versicherten wie Unternehmern gemacht werden. Das Reichsversicherungsamt geht nach der Meinung seines Präsidenten den goldenen Mittelweg. Es kann nach ihm nicht jedes Wohlwollen bei seinen Entscheidungen ausschalten, muß vielmehr sich von einer gesunden Mischung von Rechts- und sozialpolitischem Empfinden leiten lassen. Das sind schöne Grundsätze, und niemand, der die Arbeit des Reichsversicherungsamts kennt, wird behaupten, daß diese Grundsätze nicht befolgt werden. Trotzdem unterscheidet sich die Rechtsprechung des Amts heute, und zwar zu ungunsten der Verletzten, von der vor 10 bis 15 Jahren. Das läßt sich schließlich noch immer mit der wechselnden Erfahrung und Einsicht, wenigstens formell, wenn auch nicht immer sachlich, begründen. Nicht begründen läßt sich aber, daß das Reichsversicherungsamt die Befolgung der von ihm selbst aufgestellten Grundsätze über den Einfluß der Vertrauensärzte auf die Entscheidungen der unteren Instanzen nicht erzwingen hat. Diese Preisgabe wird dem Reichsversicherungsamt hauptsächlich vorgehalten. Es ist ein Mangel des Vortrags und der Schrift, daß sie hierzu und zu der Unsicherheit des Reichsversicherungsamts in der Anwendung der Begriffe der *Gewöhnung* und *weiteren Gewöhnung an Unfallfolgen* nicht Stellung nimmt. Als

Ganzes ist die Abhandlung zur Lektüre sehr zu empfehlen; sie bietet treffliches Material gegen die (offenen und versteckten) Feinde der Arbeiterversicherung.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Graphologie Ein nie trügendes Orakel für die einen, die tiefste und feinste der offenbaren-

den Künste, den anderen eine Afterwissenschaft, gleichrangig mit Alchimie und Astrologie, betrogene Betrüger die *Kundigen*, ist die Graphologie in Wahrheit noch immer streckenweise eine *terra incognita*. Daß sie aber aus dem Zustand gefühlsmäßiger Deutekunst, spiele- rischer Charlatanerie oder oberflächlicher Empirie herausgekommen ist und immerhin in einigen Köpfen bereits einer Wissenschaft entgegenreift, ist durchaus das Verdienst deutscher Forscher. Leider haben die drei ernsthaften Publikationsorgane für die Graphologie seit einiger Zeit ihr Erscheinen eingestellt. Andererseits hat der innere Wert der nun in anderen, wissenschaftlichen Zeitschriften erscheinenden Veröffentlichungen entschieden zugenommen. In schöner Weise zeigt dies ein Aufsatz von L. Klages *Begriff und Tatbestand der Handschrift in der Zeitschrift für Psychologie*. Über dessen allerdings mehr definitorischen Charakter hinausgehend, jedoch im Anschluß an ihn, seien hier einmal einige, mehr prinzipielle, kritische Anmerkungen zur graphologischen Praxis und Theorie gemacht.

Die Graphologie will eine Psychodiagnostik sein, genauer gesagt: eine Charakterognostik. Die Deutung der *Symptome* stützt sich auf die Annahme, daß in der Handschrift ein Ausdruck des *Charakters* enthalten sei. Diesen Grundgedanken, wenn auch nicht zugegeben, so doch einmal als wahr unterstellt, tritt ein methodologisches Bedenken auf: Jede Diagnose ist ein Rückschluß von der Wirkung auf die Ursache, oder von einem Wirkungskomplex auf eine Ursache oder einen Ursachenkomplex. Ohne weitere Verstrickung in die Netze des Kausalitätsproblems kann man doch sagen, daß diese Art des Schließens stets problematisch ist. Gesetzt, es lasse sich die notwendige Verbindung von Strebsamkeit und Ehrgeiz mit »einer ausgesprochen druckstarken, unterlängenbetonten, winkelhaften Handschrift«

erweisen (wie es Klages in seinen, stellenweise so überaus trefflichen *Problemen der Graphologie* /Leipzig, Barth/ tun zu können glaubt), so ist eben damit die Notwendigkeit des Rückschlusses vom Schrifttypus auf den Charaktertypus noch lange nicht dargetan. Es könnte wohl sein (und hat die Praxis nicht oft genug gezeigt, daß dem so ist?), daß eine Reihe von Charaktermomenten in einem gegenseitig konfundierten Ursachenkomplex jene Symptomenreihe als Wirkungskomplex auslösen. Und auch noch andere Beziehungsmöglichkeiten lassen sich von diesem logischen Gesichtspunkt aus erkennen. Diese problematische Natur haftet einer jeden diagnostischen Disziplin ihrem Wesen nach an, und auch die Graphologie kann ihr nicht entgehen. Das scheint mir aber ihren Wert nicht zu mindern. Denn sie ist vornehmlich eine praktische Disziplin. Nicht als ob eine solche des theoretischen Fundaments entraten könnte oder dürfte; aber nur ihr symptomatologischer Teil bedarf der geschlossenen theoretischen Stringenz. Die Diagnose selbst aber ist die ganz individuelle Potenz im Abwägen des stark variierenden Gewichts der Symptome.

So folgen die Schwierigkeiten der graphologischen Praxis aus dem logischen Typus ihrer theoretischen Begründung. Das hört aber wohl selbst die vorsichtige jüngere deutsche Graphologenschule nicht gern. Zwar will auch G. Meyer (*Die wissenschaftlichen Grundlagen der Graphologie* /Jena, Gustav Fischer/) manche »graphologische Analyse bestenfalls höchstens [!] als eine Wahrscheinlichkeitsdiagnose gelten lassen«, aber er ist andererseits überzeugt, »daß die Theorie auf gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen steht«. Jedoch gegen die Theorie wendet sich, neben dem schon genannten logischen Einwand, noch ein an die Wurzel greifendes psychologisches Bedenken; es betrifft den Zusammenhang zwischen der Schrift als Ausdrucksbewegung und dem Charakter als dem hervortreibenden Moment. Gewiß sind für die ernsthafte Graphologie die Zeiten vorbei, in denen dieser Zusammenhang in recht oberflächlicher Weise konstruiert wird. Aber noch in einer 1908 veröffentlichten Graphologie liest man mit schmerzlichem Lächeln: »Wie im Leben der vom Gefühl Hingerissene sich mehr vorneigt, dem Ersehnten sich entgegenstreckt, so neigt auch der Gefühlvolle seine Buchstaben

mehr nach rechts.« So deduziert allerdings Klages nicht. Aber es liegen in seinem Fundament doch einige recht scholastisch aussehende Ecksteine. Etwa der Satz: »Die Schreibbewegung ist eine Leistung des lebendigen Körpers und im weitem Sinn ein Naturvorgang. Naturvorgänge aber sind einzig und unwiederholbar.« Also sind »zwei einander mathematisch gleiche Handschriften undenkbar«. Aber dieses letzte verlangt man gar nicht, und das erste würde die Graphologie selbst zerstören: Oder ist nicht die allfällige Realisierung des notwendigen Zusammenhangs zwischen Schrift und Charakter auch ein »Naturvorgang«? Oder zum Beispiel der Satz: »Wenn es expressive Funktionen gibt, so offenbart ihrer jede das psychische Ganze, aus dem sie stammt: das heißt den Charakter.« Die gewissermaßen mikrokosmische Widerspiegelung des Makrokosmos Individuum in jeder Expression ist für die Psychologie, sofern sie als Erfahrungswissenschaft induktiv vorgeht, auch heute noch ein schöner Satz. Aber die Hauptsache liegt tiefer. Die von Busse betonte, auch von Klages ausführlich behandelte Tatsache der »Ausdrucksunfähigkeit« eines Individuums bildet wirklich eine »Grenze graphologischer Erkenntnis«. Mag man auch eben diese Ausdrucksunfähigkeit aus einer Handschrift diagnostizieren können, sie ist aber doch der Schleier, hinter dem sich der betreffende Charakter verbirgt. Allein, vor allem, ist es denn wirklich durchaus selbstverständlich, daß jede Charaktereigenschaft eine ihr entsprechende Ausdrucksbewegung hat, ja haben muß? Gewiß, die im Bezirk des *Temperaments*, des *Naturells* liegenden Eigenschaften werden wohl, da sie sich ja irgendwie auf die Ausführung von Bewegungen beziehen, in solchen zum Ausdruck kommen. Aber selbst da ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen (es scheint mir einiges dafür zu sprechen; aber ich sehe nicht, daß man diese Möglichkeit ins Auge gefaßt hätte), daß irgendwelche jener *Temperamenteigenschaften* nicht unwesentliche Modifikationen je nach der Art der Bewegung erfahren. Aber es gibt doch schließlich eine Reihe von Charaktereigenschaften (sie liegen mehr in der intellektuellen Sphäre), für die die Notwendigkeit einer Expression weder ersichtlich noch beweisbar ist. Nehmen wir etwa als Beispiel die Tendenz zu begrifflicher Unterscheidung. Sie kann ein Ausfluß einer allgemeinen Ordnungs-

liebe sein; und insofern diese die Art der Bewegungsausführung bestimmt, kann auch jene Tendenz im Schriftcharakter zum Ausdruck kommen. Aber »aus der unvermeidlichen Korrespondenz zwischen Begriff auf der einen und räumlicher Einheit seines Symbols auf der andern Seite« auf die Neigung zur Vergrößerung des Abstands zwischen den Wörtern zu schließen, das erinnert doch sehr an die berüchtigte *Egoismus-schleife*, die *Besitzpunkte* usw. Ist schon der Begriff nicht das Wort, so noch weniger sein geschriebenes Symbol. Jedoch kann das Streben nach begrifflicher Klarheit wohl unter Umständen die klarere Gruppierung von Wörtern bedingen. Wohlverstanden: kann. Dieser Schriftcharakter könnte indessen auch aus anderen Motiven entspringen. Damit wären wir aber wieder zum ersten Einwand dieser kritischen Betrachtungen gelangt. Diese wollen nicht die Graphologie verwerfen. Sicherlich können Graphologie und Psychologie sich gegenseitig beträchtlich fördern. Wofür ja gerade die Arbeiten von Klages ein deutliches Beispiel sind.

×
Kurze Chronik Professor Meumann, der Leiter des psychologischen Instituts im allgemeinen Vorlesungswesen zu Hamburg, plant die Errichtung eines internationalen Instituts für Jugendkunde und Jugendforschung. Im Zusammenhang damit ist im Lauf des letzten Jahres mit Arbeiten für ein Programm zur psychologischen Untersuchung des Zeichnens (Psychologie und Analyse des Zeichnens und Didaktik des Zeichenunterrichts) begonnen worden. × Dem Direktor der lateinischen Hauptschule der Franckeschen Stiftung in Halle, Dr. Rausch, ist ein Lehrauftrag für Pädagogik erteilt worden; hiermit ist in Preußen der erste Lehrstuhl für Pädagogik errichtet worden. × Der Wiener Juristentag verhandelte September 1912 über die Frage, was geschehen könnte, um das Verständnis der Juristen für psychologische Fragen zu fördern. In der These, die zur Annahme gelangte, wird die psychologische Vertiefung der juristischen Übungen, die Abhaltung von Vorlesungen über Rechtspsychologie und forensische Psychopathologie als wünschenswert bezeichnet. Auszüge aus den betreffenden Referaten gibt ein interessanter Aufsatz W. Sterns in der *Zeitschrift für angewandte Psychologie*.

×

×

Literatur

Eine Psychologie vom Standpunkt Aristotelischer Philosophie bietet das *Lehrbuch*

der *allgemeinen Psychologie* von H. Geyser /Münster, Schönigh/. Obwohl das Interesse des katholischen Verfassers mehr philosophisch gerichtet ist, bringt er doch eine sehr gute Übersicht der gesamten neueren experimentallpsychologischen Untersuchungen, so unter anderm eine bemerkenswerte Darstellung der jüngsten *Psychologie des Denkens*. Man wird viele Abschnitte des Buches trotz seiner theologischen Tendenz mit großem Nutzen lesen. X Den Einfluß von Wetter, Klima und Landschaft auf das Seelenleben behandelt W. Hellpachs Schrift *Die geopsychischen Erscheinungen* /Leipzig, Wilh. Engelmann/. Die Wirkung von Wetter und Klima stellt sich als psychophysiologische (durch das Zentralnervensystem) dar, die der Landschaft als ästhetische (durch die Sinne). Aber das hierüber vorhandene Beobachtungsmaterial ist noch sehr gering, und jene Einwirkungen sind oft individuell so verschieden, daß sich, bis jetzt, wesentliche Richtlinien noch nicht aufstellen lassen. Erwähnt sei, daß Veränderung der Luftelektrischen Spannung die Stimmung, solche der Temperatur die geistige Leistungsfähigkeit, solche des Luftdrucks das Schlafbedürfnis beeinflussen. Die psychophysiologische Periodizität ist vom Klima abhängig, aber die tägliche Arbeitskurve nicht. Für Volkscharakter und Völkerschicksal scheint die Landschaft von größerer Bedeutung zu sein als das eigentliche Klima. X Gegen das Eindringen der Psychologie in die Pädagogik (seit Herbart) macht J. Kretzschmar (*Entwicklungspsychologie und Erziehungswissenschaft* /Leipzig, Wunderlich/) Front. Er glaubt beklagenswerte Folgen konstatieren zu können. Gerade jetzt aber haben dagegen die Juristen in der entsprechenden Frage ihren noch vor 10 Jahren ganz ablehnenden Standpunkt aufgegeben (siehe die Notiz über den Wiener Juristentag oben in der *Kurzen Chronik*).

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Prostitution Selbst wer die umfangreiche Geschichte der antiken Prostitution von Dufour kennt, wird über die vielen Aufschlüsse erstaunen, die ihm Dr. med. Iwan Bloch in seinem Werk *Die Prostitution* /Berlin, Markus/ über das Wesen der antiken käuflichen weiblichen

und männlichen Liebe gibt. Der Prostitution haftet ein sittlicher Makel an, und die Geschichte der Prostitution berichtet von der Preisgabe, von der Feilbietung von Männern und Frauen; und deshalb sollte man unter den Begriff eines sittlich-anstößigen Prostitutionsakts nicht allgemein gebilligte Promiskuitätsgebräuche primitiver Völkerschaften und weit verbreitete religiöse, die Hingabe der Frauen heischende Kulte halbzivilisierter Stämme bringen. Deshalb kann ich es nicht billigen, daß Dr. Bloch in seinem, sonst begrifflich scharf gefaßten Werk gerade wie Dufour von religiöser Prostitution redet. Die Prostitution als eine sittlich gebrandmarkte soziale Erscheinung hat das Bestehen einer mehr oder weniger festgefügteten Eheform zur Voraussetzung. Dr. Bloch bezeichnet die Prostitution selbst als eine bestimmte Form des außerehelichen, meist käuflichen Geschlechtsverkehrs, und er hätte noch hinzusetzen müssen: eines nach herrschender sozialer Sitte verwerflichen Geschlechtsverkehrs.

In der Prostitution brechen primitive polygamische Instinkte machtvoll durch, und künstlerische, dionysische Elemente betätigen sich in ihr. Mit dem sexuellen Rausch vereinigen sich andere Rauschmomente: der Schönheitsrausch, der Zauber des Tanzes, die narkotische Umnebelung der Sinne. Die interessantesten und lebenswahrsten Ausführungen Dr. Blochs enthalten gerade die Kapitel *Die Beziehungen der Prostitution zu den künstlerischen Elementen des Lebens*. Was für ein schlechter Psycholog war doch jener seltsame soziale Hygieniker, der einmal Vorschläge zur Sanierung der Prostitution machte, die schließlich auf eine Verwandlung der buntpflügenden, tanz- und alkoholfreudigen Bordelle in kahle, hygienische Sexualwerkkräme lossetzten. Wer wird diese nüchternen Fabrikräume sanitärer sexueller Massenbefriedigung aufsuchen, denen alles Sinnberückende, Dionysische fehlt?

Über den sozialen Charakter der antiken griechischen Prostitution ist sich Dr. Bloch völlig im klaren: wir verweisen hier nur auf seine ökonomisch-historischen Darlegungen *Das antike Sklavenwesen als Quelle der Prostitution* und *Das antike Städtewesen als begünstigender Faktor der Prostitution*. Sehr eingehend unterscheidet er auch die verschiedenen, wenn man so sagen will, sozialen Klassen der Prostitution: die Bordell- und Straßendirnen, die musischen und bacchischen Prostituierten, die Flö-

spielerinnen, die Hetären und die Demimonde. Bis in die kleinsten, aber interessantesten Details verbreitet er sich in den Kapiteln: Persönlichkeit und Lebensweise des antiken prostituierten Weibes, die Klientel der Prostituierten, die ökonomischen Beziehungen der antiken Prostitution.

Die *Psychopathia sexualis* des Altertums hat, soweit ich mich erinnere, niemand so eingehend dargestellt wie Dr. Bloch in dieser Arbeit. Der moderne Sexualmensch hatte auf dem sexualpathologischen Gebiet wirklich nichts mehr zu erfinden; diesen Eindruck erhält man aus den Blochschen Ausführungen über die Beziehungen zwischen Prostitution und sexuellen Perversitäten und über die männliche Prostitution im Altertum. Im Hinblick auf die ungeheure Verbreitung der männlichen Prostitution im Altertum meint Dr. Bloch mit Recht: »Es ist noch die Frage, ob die Lustknaben und Kinäden, oder die Freudenmädchen häufiger in der hellenistischen Literatur vorkommen.« Die Grundverschiedenheit zwischen der antiken und der modernen Hygiene der Prostitution setzt Dr. Bloch sehr lichtvoll aus einander. Das Altertum kannte die Syphilis nicht, und die vorwiegend sanitätspolizeiliche Seite unserer modernen Prostitutionsbekämpfung schied daher völlig aus. Dagegen war schon die sittenpolizeiliche Reglementierung der Prostitution stark im Altertum entwickelt; die Reglementierung, die gesetzliche Kleidertracht der Prostituierten, die Dirnensteuern usw.

Was ich im Eingang unserer Kritik schon betonte, daß die käufliche Hingabe im Altertum schon echte Prostitution war, das heißt eine moralisch und rechtlich gebrandmarkte soziale Erscheinung, das bestätigen uns die Ausführungen Blochs in dem Kapitel *Die soziale und rechtliche Inthamierung der Prostituierten*. Darin spricht übrigens auch Bloch klar die soziale Eigenart der antiken Prostitution aus: »Die antike Prostitution war aber nur eine besondere Abart und Erscheinungsform dieser Sklaverei, da sie, wie schon erwähnt, sich zum größten Teil aus dem Sklavenstand rekrutierte ...« Neu ist uns die von Bloch erschlossene Tatsache, daß in der antiken Welt schon der abolitionistische Standpunkt von dem Rhetor Dio Chrysostomos aus Prusa mit überzeugender Kraft vertreten ist. Die rassenhygienischen Beziehungen zwischen Alkoholismus und Zeugung hat Plato schon in

seinen Gesetzen darzutun gesucht. Die Frage der sexuellen Abstinenz erörtert die Gynäkologie des Soranos von Ephesus.

In den letzten Kapiteln seines Werkes behandelt Bloch die Prostitution in der christlich-islamitischen Kulturwelt. Den bestimmenden Einfluß des heiligen Augustinus auf die Sexualethik des Mittelalters würdigt er sehr eingehend. Die Sünde der Fortpflanzungslust fällt in der Lehre des heiligen Augustin fast gänzlich mit dem Begriff der Erbsünde zusammen. Die Prostitution ist ihm eine Funktion dieser Erbsünde. Würde man die Prostitution auszurotten versuchen, so würde sie mit vernichtender Gewalt in die menschliche Gesellschaft hereinschlagen und alle sozialen und Familienbände auflösen. Augustinus billigt aus diesem Grund die Bordelle, und mit Berufung auf ihn hat Thomas von Aquino später die Duldung der Bordelle und der Prostituierten empfohlen. Die Verachtung des Fleisches, die Geißelung des Fleisches, den Flagellantismus, alle diese sadistischen Momente schließt dann Bloch in ihrer Bedeutung für die mittelalterliche Prostitution auf.

Im Mittelalter ist die Prostitution ebenfalls *infamiert*: Die Dirne ist ehrlos, verachtet und schon äußerlich durch eine besondere Tracht von den anständigen Frauen unterschieden. In der mittelalterlichen Welt des Orients mit seinen großen Städten gedeiht die *freie Prostitution*, in den kleinen winkligen Städten des Okzidents die Bordellprostitution. Das ist ein sehr wichtiger Unterschied, auf den uns erst Dr. Bloch aufmerksam gemacht hat. Übrigens deutet dieser wieder auf die sozialen Ursachen der mittelalterlichen Prostitution hin: auf den Frauenüberschuß, auf die massenhafte Entstehung deklassierter, verarmter Frauen, auf die fahrenden Frauen usw. Die Prostitution ist im Mittelalter, darauf habe ich schon in meiner Arbeit über die Prostitution als soziale Klassenerscheinung aufmerksam gemacht, vorwiegend eine *städtische Erscheinung*. Dr. Bloch rückt die Tatsache in das richtige Licht, daß gerade auf dem Land vielfach eine strenge Sittenpolizei ihres Amtes waltete: die Knabenschaft (siehe auch meine Besprechung des Querischen Werkes *Bauernerotik und Bauernfeme in Oberbayern* in dieser Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1451 f.). Die ländliche Prostituierte ist auch heute noch eine große Ausnahme. Bloch gibt uns in seiner Arbeit über die

Prostitution mehr als eine Geschichte der käuflichen Liebe, er stellt ein großes Stück Sittengeschichte packend und lebensvoll dar. Wenn wir in dem Bloch'schen Werk den kolossalen Einfluß der Prostitution auf das öffentliche Leben, auf die Kunst, auf die Literatur (die Komödie, Monographien der Hetären, die Satiren, die Pornographien des Altertums) verfolgen, so glauben wir feststellen zu können, daß das feile Liebesleben im Mittelalter nicht diese beherrschende Stellung in dem Verkehr der Geschlechter einnahm wie im Altertum; denn die mittelalterliche Literatur, obwohl sie uns zeitlich so nahe steht, ist nicht so wie die antike von dem starken Geruch erotischer Sumpfbüthen durchduftet. Die mittelalterlichen Städte sahen arbeitsame Geschlechter, nur wenige müßiggängerische Gruppen, keine faulenzenden Lumpenproletarier und keine rechtlosen Sklaven.

Das für die Prostitutionsgeschichte des Altertums klassische Werk, die *Hetären-gespräche des Lukian*, hat Hans Ludwig Held in der Wielandschen Übersetzung neu herausgegeben /Leipzig, *Hans Sachs Verlag*/. Der Wielandsche Text, glaube ich, hätte da und dort korrigiert werden müssen.

Schon stark nach Prostitution riecht das leichtfertige englische Hofleben unter Karl II., das uns die sittengeschichtlich äußerst interessanten Memoiren des Grafen von Gramont, ausgezeichnet von L. Hamilton /Berlin, Borngräber/ aufrollen. Von welcher sittlichen und geistigen Qualität die königlichen und höfischen Drogen waren, deren Galanterieen, Liebesintrigen und verschwenderische Spielereien das Volk aussogen, beweist am besten die glänzende Rolle, die der vielbewunderte Gauner, Falschspieler und Hochstapler Chevalier von Gramont in dieser Crème der Gesellschaft spielen konnte. Die Illustrationen des Franz von Bayros in diesem Buch fügen sich gut in den Geist der *galanten Zeit Englands*.

✕
Katholizismus In der Schrift *Wesen und Ursprung des Katholizismus* /Leipzig, Teubner/ tritt

Professor Rudolph Sohm zu einem anregenden Waffengang mit dem Professor A. Harnack über den Grundcharakter der urchristlichen *ecclesia* und über das Werden des Katholizismus an. In den Begriff der Kirche des Urchristentums wird nach Sohm häufig unsere moderne Anschauung von der

Körperschaft, der Gemeinde hineingetragen. Jede christliche Gemeinschaft galt aber im Urchristentum als Kirche. Der Begriff der Kirche war in den ersten Zeiten des Christentums nur ein religiöser. Diesen Begriff hat Harnack, wie Sohm nachweist, nicht überall festgehalten; denn er spricht schon da von der Kirche als von einer korporativen Größe, einer Ortsgemeinde zu einer Zeit, da sich noch keine Ansätze zu dieser fanden. Sehr lichtvoll sind die Ausführungen Sohms über den Katholizismus. Dem Katholizismus ist die Kirche eine »rechtlich verfaßte Organisation, das Leben mit Gott ist durch das katholische Kirchenrecht geregelt. Nur die katholische Rechtskirche betrachtet der Katholizismus als die legitime Fortsetzung der Urkirche. Die Kirche Christi ist sichtbar in der katholischen Rechtskirche.« Diese Kirche ist von Christus geschaffen und wird von ihm regiert. Sie ist ein Teil der Offenbarung durch Christum. An der von Christus geschaffenen katholischen Kirche findet die Souveränität des Staates eine feste Grenze. Das Göttliche Religiöse verkörpert sich sichtbar in der Kirche und deren Rechtsordnung und Zwangsgewalt. »Das katholische Prinzip«, bemerkt Sohm fein, »entspricht dem brennenden Verlangen der Menschenseele nach Sichtbarkeit des Unsichtbaren.« In den Zeiten der Urkirche gliedert nach den Vorstellungen dieser Kirche Gott den Leib der Christenheit durch Verteilung der Gnadengaben. »Die Organisation der *ecclesia* ist die charismatische Organisation.« Die Abendmahlsfeier ist nach Sohm ein organisatorisch wirksames, das katholische Kirchenrecht entwickelndes Moment gewesen. Die eucharistische Ordnung wird schlechtweg zur gottesdienstlichen Ordnung. Mit der Leitung der Eucharistie war von vornherein die Verwaltung des Kirchenguts (der Opfergaben) und damit die Fürsorge für Arme und Kranke verbunden. Und die eucharistische Ordnung wird schließlich zur Rechtsordnung. »Die sakramentale Idee von dem Abendmahl als *Mitteilung des ewigen Lebens* kündigt sich an. Die Entwicklung bewegt sich in der Richtung auf die heilsvermittelnde Sakramentskirche der Folgezeit.« Die Bischöfe, die Vorsitzenden der eucharistischen Versammlungen, werden lebenslänglich bestellt. Im sogenannten 1. *Clemenabrief* wird die Lehre verkündet, daß die Bestellung zu einem Bischofs- und Diakonenamt ein dauerndes Recht auf die kirchliche Funktion

gebe. In der *ecclesia* muß feste Ordnung sein. »Gott will, das beweist das Alte Testament, daß jeder ihm opfere, diene an dem ihm gebührenden Platz.« Die göttliche Rechtsordnung, die rechtlich gestaltete Kirchenordnung ist im Werden begriffen, die Kirche des Kirchenrechts wird die Kirche im religiösen Sinn.

× Kurze Chronik ×
Am 12. Januar vollendete

Eugen Dühring sein 80. Lebensjahr. Für die Geschichte des Sozialismus ist sein Wirken an der Berliner Universität von Bedeutung gewesen. Um ihn scharten sich um die Mitte der siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts zahlreiche sozialistische Intellektuelle und sozialdemokratische Arbeiter, die seinen sozialitären, naturrechtlichen, antistaatlichen Theorien Gefolgschaft leisteten. Die scharfe Fehde, die Dühring vor allem in seiner *Kritischen Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus* dem Marxismus ansagte, veranlaßte bekanntlich Friedrich Engels zur Abfassung seiner Streitschrift *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*. In den letzten Jahrzehnten ist Dühring immer mehr in eine philiströs-beschränkte Anschauungsweise hineingeraten, die ihn (im Verein mit zunehmender Verbitterung) in die Bahnen meist kleinlich-gewöhnlicher Polemik trieb. Da Dühring, wenngleich nicht originellen, so doch wissenschaftlichen Geistes war, so bleibt es objektiv zu bedauern, daß er seine Anlagen durch seine minderwertigen Haß- und Verfolgungswahnempfindungen verdunkeln ließ. Die späteren Auflagen seiner *Kritischen Geschichte der Philosophie* zeigen, gegen die ursprüngliche Fassung gehalten, diesen Abstieg in einer peinlichen und mitleiderregenden Weise. × In unseren Tagen, in denen die Türkei den weltgeschichtlichen Kampf um ihre Existenz führt, hat das Sonderheft der *Zeiten und Völker* (Stuttgart, Franckh/ Konstantinopel (Geschichte, Land und Leute von der Gründung der Stadt bis auf unsere Tage) eine erhöhte Bedeutung erhalten.

× Literatur ×
Die Memoiren, Briefe und sonstigen Lebensdokumente der Margaretha von Valois hat W. Fred in 2 Bänden herausgegeben (Leipzig, Inselverlag). Die farbigen, lebensvollen Memoiren streifen eine ereignisreiche Epoche französischer Geschichte; die Bartholomäusnacht und die blutigen Verfolgungen der Hugenot-

ten. Die beigegefügte Geschichte Brantômes *Margaretha von Valois* ist ein Musterstück byzantinischer Hofgeschichtsschreibung, eine süßliche, fast Erbrehen erregende Verhimmelung der Margarethe von Valois. Die unwahren platonischen Liebesbriefe der derb-sinnlichen Margarethe an Herrn de Chauvalon sind ein merkwürdiger Beitrag zu dem Seelenleben dieser eigenartigen Frau. Was für eine galante Dame die gewandte, schöne und gefallsüchtige Margarethe war, das erfährt man aber weder aus ihren Memoiren noch aus ihren Briefen sondern erst aus dem kurzen Lebensabriß, in dem W. Fred das Leben der *Reine Margôt* und ihrer Zeit geistvoll darstellt. In der wohl vom französischen König selbst veranlaßten Schmähschrift *Divorce satyrique* werden die erotischen Ausschweifungen der Margarethe, die selbst vor blutschänderischem Umgang mit ihren Brüdern nicht zurückgeschreckt sein soll, zynisch geschildert. Die geschiedene Frau des Königs wurde schließlich die »unersättliche Gönnerin von Pagen und Stallknechten«. Aber inmitten ihrer derberotischen Genüsse verlor sie sich selbst nicht, behielt sie den Schwung, die Elastizität und die Grazie ihres Geistes.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

Reger Produktivität ist nach Nietzsche eine Eigenschaft des Genies. Dieses Zeichen der Genialität finden wir bei Reger in höchstem Maß, in einem Maß, das immer wieder unser Staunen weckt. Zwei Werke für Orchester: ein *Konzert im alten Stil* mit 2 obligaten Violinen (opus 123), eine *Romantische Suite* (opus 125), zwei Lieder für Alt solo mit Orchester: *Weihe der Nacht* mit Männerchor (opus 119) und *An die Hoffnung* (opus 124) und ein Streichquartett (opus 121) sind die wichtigsten aus der Fülle seiner diesjährigen Gaben, denen eine Fülle reichsten Inhalts entspricht. Wie stets kultiviert Reger die klassischen, auch von Brahms festgehaltenen Formen. Doch noch mehr als Brahms dehnt Reger die von Bach und seinen Nachfolgern mit mehr allgemein menschlichem Empfinden erfüllten Formen so weit aus, daß sie den Ausdruck seines eigenen, ganz persönlichen Fühlens zu lassen fähig sind. Statt der heutzutage durchweg üblichen immer größern Häufung instrumentaler Mittel finden wir bei ihm eine

innere Umbildung der musikalischen Ausdrucksweise, die vom Sinnlichen vollständig losgelöst uns die reingestigte Seite der Tonkunst enthüllt. Diesem seelischen Charakter der Musik Regers ordnen sich die angewendeten Mittel unter. Keine Attitude, nirgends ein Suchen nach äußerer Wirkung. Die melodische Linie hat bei allem ihr innewohnenden *espressivo* nicht den erregenden Zug der Wagnerschen Melodik; die äußerst komplizierte, oft paradoxe Harmonik wird nie kakophon, ein breiter überzeugender Aufschwung nie zur abgehetzten, atemlosen Steigerung. Der *Roman-tischen Suite* finden wir ein Gedicht Eichendorffs beigegeben, das aber nicht als Programm aufzufassen ist sondern nur den Untergrund bildet, dem träumerische weltabgewandte Stimmungen, zarte Elfenrhythmen, intime Klangmischungen erwachsen. Neuartig und ungewohnt ist es, wie Reger hier seine starke kontrapunktische Kunst mit den harmonischen und thematischen Mitteln der französischen Impressionisten verbindet. Die melodischen Elemente entwickeln sich nicht sondern fließen fast substanzlos in einander. Zu Regers allerbesten Werken gehört das *Konzert im alten Stil*, das sich als sehr erweiterte Suite in der Händelschen Auffassung präsentiert, aufgebaut aus scharf umrissenen, charakteristisch rhythmisierten Themen, die uns in eine Welt heftiger innerer, zum Sieg führender Kämpfe blicken lassen.

×
Strauß: Ariadne auf Naxos ×
 Ariadne auf Naxos, Melodram von Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauß, zu spielen nach dem *Bürger als Edelmann* des Molière. Wer bei jedem neuen Straußschen Werk etwas Besonderes sucht, findet es auch diesmal. Nur daß die Besonderheit diesmal nicht auf rein musikalischem Gebiet, sondern in dem allgemeinen Stil der Oper zu finden ist. Innerhalb einer als Widmung an Max Reinhardt bestimmten melodramatischen Gelegenheitskomposition einer Molièreschen Komödie hat sich eine im Haus des reichen Bürgers Jourdain bei einem Festmahl vorgeführte theatralische Darbietung zu einer selbstständigen Oper ausgewachsen, die das Rahmenlustspiel weit überragt. Dies dramatische Intermezzo besteht nun selbst wieder aus einer Mischung des antiken Tragödienstoffs von Ariadne und Dionysos mit einer italienischen Stegreifburleske, die auf Wunsch des völlig ungebildeten Jourdain beide zu gleicher Zeit

gespielt werden. Aus diesem zwitterartigen Charakter des Ganzen erwuchs für den Dichter wie für den Komponisten die Schwierigkeit einen Stil zu finden, dem sich alle diese heterogenen Elemente, ernste und heitere, schauspielmäßige und opernhafte, unterordnen, ohne ihren eigentlichen Charakter zu verlieren. Der 1. Akt bringt lose aneinandergereihte Szenen aus dem Leben des beschränkten aber eingebildeten Parvenus Jourdain, der 2. ein Souper in seinem Haus und anschließend die Oper. Zerbinetta, die Hauptfigur der Buffooper, findet ihr Glück darin von einem Liebhaber zum andern zu flattern, ohne es mit der Liebe je sonderlich ernst zu nehmen; die von Theseus verlassene Ariadne kann erst nach gänzlicher Umwandlung ihres eigenen Selbst durch die Liebe dem Gott Bacchus gehören. Richard Strauß war nicht gerade glücklich darin den Geist des komplizierten Stücks in einem einheitlichen Stil einzufangen, der uns als Ariadnefaden durch das Werk leiten könnte. Was uns seine Musik zunächst sympathisch macht, ist das Weiterfortschreiten auf dem mit dem *Rosenkavalier* betretenen Weg der Abkehr von der ausmalenden Musik und dem Massenorchester. Aber je weiter sich Strauß von seinem eigentlichen Gebiet entfernt, desto mehr zeigt sich, daß seine Erfindung nur da fruchtbar ist, wo er Stilexperimente machen kann. So sind die burschen und stilisierten Stellen am besten geraten: Gesänge in der Art altertümlicher Volkslieder, eine raffinierte Ausmalung der Genüsse eines Soupers, die archaisierende, in weit ausgespanntem Bogen gesteigerte Klage der Ariadne, außerordentlich witzige Parodien der alten Koloraturoper können den stilkundigen Musiker interessieren, vermögen uns aber nicht zu erwärmen. Eigentliches Leben kommt erst mit dem Auftritt des Bacchus hinein. In unaufhaltsamem Fluß steigert sich jetzt die Musik bis zu dem Liebesduett zwischen Ariadne und Bacchus, das die Verwandlung der Ariadne zu höherm Leben darstellt. Aber gerade bei diesem Höhepunkt des Werkes macht sich eine Unoriginalität in der thematischen Erfindung bemerkbar. So schwingt sich die barock beginnende Musik gegen Ende zum allgemein Menschlichen auf. Wenn dann aber, ganz zum Schluß, noch einmal Jourdain, den wir schon ganz vergessen hatten, mit seinem Thema erscheint, so werden wir daran erinnert, daß die Oper nur als musika-

lisch-dramatisches Intermezzo aufzufassen war, das wir nicht zu ernst nehmen dürfen. Muß ich noch hinzufügen, daß alles Technische mit nicht zu übertreffender Virtuosität gearbeitet ist, daß besonders die Behandlung des kleinen, durch Klavier und Harmonium erweiterten Orchesters uns ganz ungewohnte Klangwirkungen vermittelt?

✕ Weingartner In dem Kampf, den Weingartner seit 5 Jahren gegen die Generalintendantur der Berliner königlichen Schauspiele führt, hat die letzte Instanz gesprochen: Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt. Hiermit ist Weingartner endgültig bis 1916 aus dem Berliner Konzertleben verbannt. Sehr interessante Aufschlüsse über die Vorgeschichte des Prozesses gibt eine Broschüre, die Weingartner am Tag des Termins vor dem Reichsgericht erscheinen ließ, betitelt *Erlebnisse eines königlichen Kapellmeisters in Berlin* /Berlin, Paul Cassirer/. Was wir hier über die Zurücksetzungen und Schikanen erfahren, denen Weingartner während seiner Tätigkeit als Kapellmeister am Berliner Opernhaus ausgesetzt war, ändert die Beleuchtung seines damaligen Verhaltens, das zu der scharfen Kontraktbruch-erklärung seitens der Generalintendantur führte, freilich zu seinen Gunsten. Die Schrift ist, wie schon der Titel andeutet, nicht nur für den einzelnen Fall von Interesse. Sie ist ein Kulturdokument, das ein grelles Licht auf manche Zustände an unseren größten Bühnen wirft; sie zeigt, welche einflußlose Stellung der erste musikalische Sachverständige des Theaters häufig einnimmt, und gegen welche außerkünstlerischen Rücksichten und Rücksichtslosigkeiten er zu kämpfen hat.

Um nun trotz allem sich den Berlinern künstlerisch in Erinnerung zu bringen, veranstaltete Weingartner einen Zyklus von 4 Konzerten in Fürstenwalde, außerhalb des ihm verbotenen Bannkreises. Daß das Experiment geglückt ist, läßt uns über das Bedenkliche der Benutzung dieser Hintertür hinwegsehen. Daß eine jedesmal wachsende Zuhörerschaft die Unannehmlichkeiten nächtlicher Eisenbahnfahrten, den stimmunglosen Saal, das teilweise unzulängliche Orchester mit in den Kauf nahm, beweist, daß nicht die Mode als Triebfeder wirkte, sondern ehrliche Begeisterung für Weingartners künstlerische Persönlichkeit. Das Programm bestand, neben der Eg-

mont- und der Großen Leonorenouvertüre aus den 9 Symphonien Beethovens, die unter Weingartner klangen, wie wir es von den Konzerten im Opernhaus her von ihm gewöhnt sind: warm, ungekünstelt und so selbstverständlich, als ob gar keine andere Interpretation möglich wäre.

Auch als Komponist ist Weingartner in diesem Jahr wieder in den Konzertsälen erschienen/ und zwar mit einer *Lustigen Ouvertüre* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/. Trotz flüssiger Melodien, schwungvoller episodischer Walzer- und Marschrhythmen, geistvoller Instrumentierung lassen die Buntheit des Inhalts und ein unorganisches Zerfallen in einzelne Teile schließlich einen einheitlichen, uns fortreisenden Eindruck nicht aufkommen.

✕ Berlin: Deut-Nachdem bisher alle Versuche in Berlin eine zweite ständige Opernbühne zu erhalten an den übertriebenen Eintrittspreisen oder an der künstlerischen Unzulänglichkeit gescheitert sind, hat Groß Berlin unter dem Namen *Deutsches Opernhaus* jetzt endlich ein Theater, das, durch städtischen Zuschuß bis zu gewissem Grad finanziell gesichert, imstande ist zu mäßigen Eintrittspreisen Opern in der künstlerischen Qualität aufzuführen, ohne die Opernvorstellungen in der Großstadt nun einmal nicht genießbar sind. Das Gebäude ist, wie es sich für ein Volkstheater ziemt, innerlich und äußerlich schlicht und einfach gehalten; aller überflüssige Prunk ist vermieden. Die Bühneneinrichtung weist als Neuerung 2 verschiebbare Seitenbühnen auf, die den schnellsten Szenenwechsel ermöglichen, sowie die letzten technischen Errungenschaften. An der Verbesserung der noch nicht befriedigenden Akustik wird gearbeitet.

Das Repertoire begann mit Beethoven, Mozart, Lortzing, Weber; dazwischen sollen dann moderne Werke kommen von Tschaiakowsky, Puccini und anderen. Gesangsensemble und Orchester stehen auf respektabler künstlerischer Höhe, und so ist zu hoffen, daß das hier erreichte Ideal einer Volksoper für Berlin erhalten bleibt. Zu tadeln ist die Wahl der ersten Novität, des ganz unoriginellen Werkes eines Wagnerepigonen, Hösel, *Wieland der Schmied*. Es ist zuzugeben, daß man nach wertvollen Opern, die heute geschrieben werden, vergeblich Umschau halten würde. Aber dann muß man eben ruhig abwarten, bis das Bedeutende kommt, und inzwischen nicht durch Mit-

telmäßigkeiten dem Publikum das Hören verleiden. Es gibt doch so viele bedeutende Opern, von Gluck bis in unsere Zeit, die im königlichen Opernhaus so selten oder nie herankommen, daß das *Deutsche Opernhaus* mit ihrer Aufführung sich ein gewaltiges Verdienst erwerben könnte. Ist es zu glauben, daß ein so herrliches Werk wie der *Falstaff* in den Archiven der königlichen Oper verstauben muß, nur weil die Einstudierung vielleicht nicht so ganz leicht ist, während minderwertige Dinge hervorgezerrt werden, weil sie Gelegenheit zu Ausstattungzauber geben? Hier läge eine Aufgabe des neuen Opernhauses, durch deren Erfüllung es zur Gesundung unserer unleidlichen Opernverhältnisse beitragen könnte.

×
Kurze Chronik Am Bußtag brachte Siegfried Ochs mit dem *Philharmonischen Chor* in Berlin eine ungestrichene Aufführung der *Matthäuspassion*, und zwar in 2 Abschnitten, so, daß der 1. Teil am Vormittag, der 2. Teil am Abend gespielt wurde. Trotz dieser Zerteilung lag über der in nicht unwesentlichen Punkten von der üblichen Auffassung abweichenden Darstellung des Riesenwerks, das aufs minutöseste ausgearbeitet und nuanciert war, eine außergewöhnlich weichevolle Stimmung.

× Nach mehrjährigem Aufenthalt in Amerika erschien der Dirigent Max Fiedler im Berliner *Beethovensaal* mit 2 Brahmsabenden, die alle 4 Symphonien und 2 Ouvertüren des Meisters brachten. Der außerordentliche Erfolg dieser erlesenen Konzerte stellt sowohl den Leistungen des Dirigenten wie dem Geschmack und der Konzentrationsfähigkeit des Berliner Konzertpublikums ein sehr erfreuliches Zeugnis aus. × Das *Beecham-Symphonie-Orchestra* aus London erwies sich in 2 Gastkonzerten in Berlin als ein Orchester allerersten Ranges. × In Schwerin fand ein französisches Musikfest unter Mitwirkung bedeutender auswärtiger Künstler statt. × Im Meininger Hoftheater findet Anfang April ein Musikfest mit vorwiegend klassischem Programm unter Leitung Max Regers statt. × Das Stadttheater in Zürich hat für Ende März eine *Parsifal*-Aufführung in Aussicht genommen. Nach dem schweizerischen Urheberrecht werden Wagners Werke dort schon an seinem 30. Todestag, am 13. März 1913, frei. Die Oper in Monte Carlo kündigte eine *Parsifal*-Vorstellung

für den 23. Januar an. Da hier die Schutzfrist erst am 1. Januar 1914 abläuft, legte Frau Cosima Wagner gegen die Aufführung Protest ein. Die Opernleitung betonte demgegenüber, es handle sich um eine Aufführung vor geladenem Publikum, und nicht zu gewinnbringendem Zweck. Gleichwohl hat der Fürst von Monaco die Aufführung untersagt. × Zur Feier des 100. Geburtstags Verdis am 10. Oktober 1913 werden in ganz Italien Verdiszyklen geplant, die eine Übersicht über Verdis ganzes Schaffen bieten und besonders auch unbekanntere Werke des Meisters bringen sollen. × Die *Gesellschaft der Musikfreunde* in Wien veranstaltete zur Feier ihres 100jährigen Bestehens eine Festwoche. × Der Kapellmeister an der Wiener Hofoper Bruno Walter, ist, nachdem die Direktion in eine Lösung seines Vertrags gewilligt hat, an das Hoftheater in München als Nachfolger Mottls berufen worden. Das so lange ungelöste Problem der Besetzung dieser wichtigen und exponierten Stelle ist nun definitiv entschieden. Walter hatte sich schon als Dirigent der Wagnerfestspiele im *Prinzregententheater* allgemeine Sympathien in München erworben.

×
Literatur Mit dem rücksichtslosesten und am wenigsten anerkannten unter den musika-

lischen Neuerern, mit Arnold Schönberg, beschäftigt sich eine bei Piper in München veröffentlichte Schrift, die aus einer Reihe einzelner Aufsätze bestehend mehr eine Verherrlichung als eine kritische Würdigung darstellt. Kandinsky und Gütersloh suchen ihn uns als Maler näher zu bringen; eine Reihe von Schülern bemüht sich um seine harmonischen und melodischen Extravaganzen plausibel zu machen. Eine eingehendere Analyse seiner Werke soll uns von der unerbittlichen inneren Notwendigkeit seines Schaffens überzeugen. Die Absicht der Schrift zur Klärung eines solchen Problems, wie es Schönberg noch ist, beizutragen, ist sehr verdienstlich; ich wünschte indes doch etwas mehr Objektivität. × Näheres über die künstlerischen Ideen und Ziele des Expressionismus auf malerischem und musikalischem Gebiet, zu dem sich auch Schönberg bekennt, erfahren wir aus dem reich illustrierten Buch *Der blaue Reiter*, herausgegeben von Kandinsky und Franz Marc (München, Piper). Aus den musikalischen Abhandlungen möchte ich den Artikel Sabanejew über Skria-

bins Harmonik und seine Theorie der korrespondierenden Klänge und Farbenharmonieen hervorheben. Andere Aufsätze problematisieren mehr kategorisch als überzeugend die Anarchie in der Musik. Schönberg selbst äußert sich über das Verhältnis zum Text. Musikbeilagen von Kompositionen Schönbergs und zweier seiner Schüler geben uns Beispiele von der Art der Vertiefung ihrer Ausdrucksmittel.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Metall dampf- Die Aronssche Quecksilberdampflampe hat im Lauf der Zeit wesentliche

Verbesserungen erfahren. Die erste große Verbesserung bestand darin, daß an Stelle des Glasgefäßes, in dem der Lichtbogen erzeugt wird, Röhren aus geschmolzenem Quarz benutzt wurden. Der Druck in der Lampe konnte dadurch wesentlich gesteigert und die Belastung der Lampe ganz bedeutend vergrößert werden. Die sogenannten *Quarzlampen* weisen deshalb auch eine ungleich bessere Ökonomie auf als die älteren Quecksilberdampflampen mit Glasgefäßen (0,23 Watt per Hefnerkerze anstatt 0,56 Watt). Die allgemeine Einführung der Quarzlampe scheitert aber an dem wenig angenehmen, ausgesprochen grünen Licht, das zwar die Erkennbarkeitsschärfe bedeutend erhöht, das aber zugleich alle Farben verändert. Von Anfang an sind deshalb auch Versuche angestellt worden die Lichtfarbe des Quecksilberlichts zu verbessern, und Dr. Leo Arons selbst hat seinerzeit Versuche gemacht mit seiner Lampe weißes Licht zu erzeugen, indem er dem Quecksilber Zink und Kadmium beifügte. Diese Versuche haben jedoch zu keinem Resultat geführt, weil das Zink respektive Kadmiumamalgam die Leuchtröhren bald vollständig verschmierte. Größere Erfolge haben nun Mieczyslaw Wolke und Karl Ritzmann zu verzeichnen, die nicht von dem flüssigen Quecksilber sondern von dem bei gewöhnlichen Temperaturen festen Kadmium ausgingen und dem Kadmium nur wenige Prozent Quecksilber beifügten. Bringt man dieses Gemisch auf irgendeinem Weg zur Verdampfung und leitet dann durch den Metaldampf den elektrischen Strom, so treten die charakteristischen Spektrallinien des Quecksilberdampfes im Gelben, Grünen, Blauen und Violetten auf, es mischt sich diesen Linien zu-

gleich aber auch die sehr intensive rote Kadmiumlinie bei, so daß ein Licht von der Farbe der gewöhnlichen Intensivbogenlampen mit Reinkohlen entsteht. Kadmiumlampen mit einem Gesamtverbrauch von 620 Watt liefern 3800 Hefnerkerzen Lichtstärke und weisen deshalb einen spezifischen Verbrauch von nur 0,16 Watt per Hefnerkerze auf. Sie sind also die ökonomischste künstliche Lichtquelle, die wir gegenwärtig besitzen. Während bei den Quecksilberdampflampen das Zünden durch erstmalige Verdampfung von Quecksilber keine Schwierigkeit macht, müssen zur Zündung von Metaldampflampen mit festen Elektroden besondere Kunstgriffe angewandt werden. Bei der sogenannten *Kippzündung* ist am positiven Pol ein Graphitkörper an einer kleinen eisernen Kette befestigt. Kippt der Anodenbehälter nach oben, so gleitet der Graphitkörper herab, und es erfolgt Stromschluß. Hierdurch wird der Lichtbogen erzeugt, gleichzeitig wird aber auch ein Elektromagnet erregt, der die Leuchtröhre wieder in ihre ursprüngliche Stellung zurückführt, so daß die Kette mit dem Graphitkörper nach dem positiven Pol zurückgleiten kann. Die zweite Art der Zündung beruht auf der Tatsache, daß sich nach dem Verlöschen der Lampe in der Nähe der Elektroden ein dichter Beschlag bildet. Im Innern des Gefäßes befindet sich nun in der Nähe des Kathodenbehälters ein Kontakttring, von dem ein leitender Faden mit großem Widerstand zur Anode führt. Der Beschlag vermittelt beim Zünden zunächst den Stromübergang von der Kathode zum Kontakttring und von diesem durch den Faden hindurch zur Anode. Im Moment des Stromschlusses verdampft dann der Beschlag, und es entsteht ein Lichtbogen zwischen den beiden Elektroden.

×

Metallschne-

Rasch umlaufende, dünne Metallscheiben, auch wenn sie keine gezahnte Peripherie besitzen, wirken wie Kreissägen, und bereits seit 30 Jahren weiß man, daß derartige Scheiben mit Vorteil zum Schneiden von Schienen, Trägern und andern benutzt werden können. In der Technik fand diese Erkenntnis aber doch keine praktische Verwertung, weil man damals die erforderliche hohe Umdrehungsgeschwindigkeit nicht betriebsicher zu beherrschen vermochte. Erst vor etwa Jahresfrist ist es den *Marswerken* in Nürnberg gelungen Maschi-

×

nen mit zahnlosen Scheiben zum Schneiden von Metallen auf den Markt zu bringen, und seitdem hat dieses Verfahren großen Anklang gefunden. Praktisch möglich wurde die Konstruktion erst durch die Benutzung des Elektromotors, und seitdem der Technik in den neueren Stahlsorten ein zähes und durchaus gleichmäßiges Material zur Verfügung steht. Die neuen Trennmachines bestehen einfach aus einem rasch umlaufenden Elektromotor, auf dessen Welle das kreisförmige, dünne Trennblatt direkt aufgekeilt ist. Um schädliche Fliehkraftspannungen zu vermeiden, wird der Durchmesser der Trennscheiben möglichst klein gehalten. Damit wird aber auch der gleichzeitige Vorteil erreicht, daß die Trennblätter sehr dünn sein können. Je dünner sie aber sind, um so weniger Material wird aus dem Arbeitsstück entfernt, um so geringer wird der erforderliche Energiebedarf, und (was das wichtigste ist) um so geringer wird die schädliche Erwärmung von Arbeitsstück und Trennblatt infolge der Reibungsarbeit. Die wünschenswerte Kühlung erzeugt sich das rasch umlaufende Trennblatt selbst, indem es einen kräftigen Luftstrom zu beiden Seiten zwischen Blatt und Arbeitsstück mit sich reißt. Die Trennblätter bestehen aus weichem, zähem Stahl von 4000 Kilo Festigkeit per Quadratzentimeter.

× **Gießmaschine für Hochöfen** Das aus den Hochöfen abgestochene Roheisen wird gewöhnlich durch Gräben nach länglichen Sandformen geleitet, in denen es zu *Masseln* erstarrt. Dieses Verfahren ist einfach und billig, hat aber doch auch erhebliche Nachteile, die sich besonders beim rationellen Großbetrieb bemerkbar machen. Zunächst ist ein großer Flächenraum zur Unterbringung der Gießbetten erforderlich; die jedesmalige Wiederherstellung der Gießbetten verursacht nicht geringe Kosten; die in Sand gegossenen Masseln sind nach dem Erstarren mit einer Sandschicht bedeckt, die beim Umgießen des Roheisens häufig sehr lästig wird; und schließlich ist das Aufnehmen der erstarrten Masseln schwierig und kostspielig. Diese sämtlichen Nachteile werden durch eine neuerdings von der *Deutschen Maschinenfabrik* in Duisburg konstruierte Gieß- und Verlademaschine behoben. Die Maschine besteht im wesentlichen aus 2 neben einander angeordneten ge-

waltigen, um senkrechte Achsen drehbaren Rädern, an deren Peripherie gußeiserne Kokillen zur Aufnahme des flüssigen Roheisens angeordnet sind. Zwischen diesen Rädern befindet sich eine in ihrer Längsachse kippbar gelagerte Gießrinne mit 2 seitlichen Auslaufschneuzen. Diese Rinne wird einmal nach der einen und dann nach der andern Seite gekippt, so daß das flüssige Eisen abwechselnd in eine Kokille des rechten und dann in eine des linken Rades ausfließt. Wenn eine Kokille vollgegossen ist, dreht sich der Kokillenkranz selbsttätig um eine Kokillenteilung weiter, während die Gießrinne gleichzeitig nach der andern Seite kippt. Der Gießrinne wird das flüssige Roheisen in großen Gießpfannen vom Hochofen her zugeführt. Wenn die Kokillen drei Viertel der ganzen Drehung zurückgelegt haben, ist das eingegossene Eisen erstarrt, die Kokille wird dann um ihre Längsachse umgekippt, so daß die erstarrte Masse in einen bereitstehenden Wagen hineinfallen kann. Während die entleerte Kokille weiter wandert, wird sie von unten mit Kalkmilch ausgespritzt und dann schließlich wieder in ihre Aufnahmestellung umgedreht, wenn sie bis an die Auslaufschneuze der Gießrinne herangelangt. Es findet also ein vollständig kontinuierlicher Betrieb statt. Sowohl der Betrieb der Kokillenkranze als auch die Kippbewegung der Gießpfanne, der Gießrinne und der Kokillen wird durch Druckwasser bewirkt. Bei einer Störung kann das Eisen in ein Notgießbett geleitet werden.

× **Kurze Chronik** Zur Wasserversorgung der Schneekoppenbaude, die bisher ausschließlich durch Träger besorgt wurde, wird eine interessante Pumpenanlage gebaut werden. Das Wasser mehrerer Quellen wird mit 60 Meter Gefälle durch eine Freistrahlturbine geleitet, die eine Hochdruckpumpe antreibt. Das Wasser wird durch eine 700 Meter lange Rohrleitung 500 Meter hoch bis zu einem auf dem Dach der Schneekoppenbaude angeordneten Hochbehälter gefördert werden. × In dem *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk* in Essen wird gegenwärtig eine 15 000 Kilowatt-Turbo-dynamo aufgestellt. Noch 2 größere Maschinenaggregate, von 30 000 Kilowatt Leistung, befinden sich seit Mitte 1912 in dem Düsseldorf-Beißholzer Werk der Gesellschaft im Betrieb.

Literatur

Von dem groß angelegten Werk *Die Technik im 20. Jahrhundert*, her-

ausgegeben von Professor A. Miethe, /Braunschweig, Westermann/ (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1698 f., und 1912, 2. Band, pag. 954 f.) ist der 3. Band erschienen. Der gebildete Durchschnittsleser wird diesem Band von den bisherigen 3 erschienenen wohl das geringste Interesse entgegenbringen, denn seine Lektüre beansprucht eine recht erhebliche Gedankenarbeit. Besonders der Abschnitt über die Umsetzung und Verwertung der Energie von Professor Anton Gramberg (Danzig-Langfuhr) ist für den nicht fachmännisch Gebildeten ziemlich schwierig. Es ließe sich deshalb wohl der Einwand erheben, ob dieser Abschnitt in einem im wesentlichen doch für den Laien bestimmten Buch nicht deplaciert ist. Und doch möchte ich gerade diese Abhandlung nicht missen, denn sie vermittelt den Einblick in die Gedankenarbeit des modernen Ingenieurs; sie formuliert klar die technischen Probleme der Gegenwart, und sie gibt eine geradezu plastische Vorstellung von den inneren Vorgängen der Kraftmaschinen unseres Jahrhunderts. Mit dem Satz von der Erhaltung der Energie beginnt der Abschnitt, und der Verfasser macht dem Leser klar, daß keine unserer Maschinen Energie zu erzeugen imstande ist, daß es sich immer nur um Umsetzungen einer Energieform in eine andere handelt. Das *Perpetuum mobile*, das selbst mancher Gebildete vom 20. Jahrhundert erwartet, strandet schon an den Einleitungszeilen. Und dann werden wir mitten hineingeführt in die Beschreibung (im Kirchhoffschen Sinn) der mechanischen Energie in ihrer Mannigfaltigkeit, nachdem die in Betracht kommenden mechanischen Begriffe knapp definiert worden sind. Durch die Einführung des Kraft-Weg-Diagramms wird die Darstellung anschaulich gemacht, und wenn der Leser sich bis zu dem Vergleich der Leistung eines modernen D-Zugs und eines Artilleriegeschosses von 440 Kilo Gewicht durchgearbeitet hat, wenn er verstanden hat, wie aus dem gleichen Energiegehalt der beiden bewegten Massen die gleichen zerstörenden Wirkungen eines plötzlich aufgehaltene D-Zugs und eines Geschosses folgen, in dem einen Fall zur Hervorrufung des Beschleunigungsvorgangs 670, im andern

aber 7 Millionen Pferdestärken zu leisten sind, dann wird er sicher mit dem größten Interesse und auch mit Spannung den weiteren Darlegungen folgen. Er gelangt dann auch bald zu eindringendem Verständnis der Vorgänge in unseren Wärmekraftmaschinen; und die anschaulichen Diagramme über den Wärme(respektive Energie-)verbleib bei unseren Dampfmaschinen, Gasmotoren, Dieselmotoren zeigen ihm deutlich die erreichten technischen Leistungen unseres Jahrhunderts sowie die Grenze des Erreichbaren. Zur Ausweitung der Erkenntnis wird die Lektüre dieser Ausführungen von bleibendem Nutzen sein. An diesen ausgezeichnet disponierten Abschnitt schließt sich ein Überblick über die Wärmekraftmaschinen, der von Professor K. Koerner (Prag) herrührt. Hier tritt die Beschreibung in den Vordergrund, die durch treffliche Abbildungen verdeutlicht wird. Im Grunde verlangt dieser Abschnitt aber ganz erheblich mehr rein technische Kenntnisse als der vorige, denn es wird ein Leser vorausgesetzt, der technische Schnittzeichnungen zu lesen vermag. Dieser Abschnitt, wie der folgende über Wasserkraft und Windkraft vom Diplomingenieur Jos. Scheuer (Berlin), ist deshalb mehr ein Kompendium für den Techniker als eine amüsante Lektüre für den gebildeten Laien. Der von Professor K. Simons (Charlottenburg) herrührende Abschnitt über die Starkstromtechnik ist gleichfalls mehr für einen technisch bereits vorgebildeten Leser bestimmt. Gerade hier hätte man aber eine populärere Darstellungsweise gewünscht, denn die moderne Starkstromtechnik interessiert den gebildeten Laien weitaus am meisten von allen technischen Disziplinen. Nur an einer einzigen Stelle versucht der Verfasser durch Einführung mechanischer Gleichnisse das Verständnis für die Kraftübertragungen durch Gleichstrom, untransformierten und transformierten Wechselstrom zu erleichtern. Der letzte Abschnitt des Bandes, über Elektrochemie, ist von Professor K. Arndt (Charlottenburg) verfaßt. Hier hat der Leser wieder leichtere Arbeit. Er wird mit Theorien nicht geplagt und erhält doch einen guten Einblick in den gegenwärtigen Stand der Elektrochemie. Der Band ist wieder, abgesehen von zahlreichen Textabbildungen, mit 5 prächtig ausgeführten Mehrfarbenbildern geschmückt.